BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Stadtbürgerschaft 16. Wahlperiode

Plenarprotokoll 42. Sitzung 20.02.07

42. Sitzung am Dienstag, dem 20. Februar 2007

Inhalt

	eine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung ngabe gemäß § 70 der Geschäftsordnung	
Fra	agestunde	
1.	Gymnasiale Oberstufe Osterholz Anfrage der Abgeordneten Frau Stahmann, Crueger, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25. Januar 2007	1772
2.	Umgang des Jugendamts mit Hinweisen auf Kindeswohlgefährdung Anfrage der Abgeordneten Crueger, Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25. Januar 2007	1774
3.	Rechnungshof rügt Untätigkeit des Umweltsenators zur Abwassergebühr Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. Januar 2007	1775
4.	Lateinlehrer- beziehungsweise Lateinlehrerinnenmangel an Schulen in Bremen Anfrage der Abgeordneten Frau Stahmann, Dr. Güldner, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. Januar 2007	1777
5.	Überfall auf Fanfeier im Weserstadion Anfrage der Abgeordneten Dr. Güldner, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31. Januar 2007	1779
6.	Gutachten zur Einrichtung einer Umweltzone Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Dr. Güldner, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31. Januar 2007	1781
7.	Großtagespflegestellen in Bremen Anfrage der Abgeordneten Crueger, Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 7. Februar 2007	1783

8. Ganztagsbetreuung im Kindergarten Anfrage der Abgeordneten Crueger, Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 7. Februar 2007	1785		
Aktuelle Stunde			
Versuchte nächtliche Baumfällaktion des Senats am Concordia-Tunnel			
Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) Abg. Frau Kummer (SPD) Abg. Focke (CDU) Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) Senator Neumeyer	1791 1792 1793		
Umsetzung der EU-Arbeitszeitrichtlinie bei der Feuerwehr Bremen Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU vom 27. September 2006 (Drucksache 16/608 S)			
Dazu			
Mitteilung des Senats vom 19. Dezember 2006 (Drucksache 16/647 S)			
Abg. Tschöpe (SPD) Abg. Herderhorst (CDU) Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) Bürgermeister Röwekamp	1799 1800		
Schulversuch 6-jährige Grundschule Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD vom 17. November 2006 (Drucksache 16/635 S)			
Dazu			
Mitteilung des Senats vom 30. Januar 2007 (Drucksache 16/658 S)			
Abg. Rohmeyer (CDU) Abg. Frau Wangenheim (SPD) Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) Abg. Rohmeyer (CDU) Senator Lemke	1805 1807 1809		

Leseförderung

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU vom 13. Dezember 2006 (Drucksache 16/645 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 6. Februar 2007

(Drucksache 16/663 S)

Abg. Frau Hövelmann (SPD) Abg. Bensch (CDU)	1816
Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen)	1817 1819
Bericht des Petitionsausschusses Nr. 57 vom 30. Januar 2007	
(Drucksache 16/661 S)	1821
Bericht des Petitionsausschusses Nr. 58	
vom 13. Februar 2007	
(Drucksache 16/664 S)	1821
Ortsgesetz zur Änderung der Nutzungs- und Gebührenordnung für Ül	oer-
gangswohneinrichtungen der Stadtgemeinde Bremen	
Mitteilung des Senats vom 6. Februar 2007	
(Drucksache 16/662 S)	1821

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Bartels, Eckhoff, Dr. Güldner, Perschau, Dr. Schrörs, Frau Speckert.

Präsident Weber

Vizepräsidentin Dr. Mathes Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Arnold-Cramer Schriftführerin Böschen Schriftführer Herderhorst

Bürgermeister Röwekamp (CDU), Senator für Inneres und Sport

Senator für Bildung und Wissenschaft Lemke (SPD)

Senator für Bau, Umwelt und Verkehr **Neumeyer** (CDU)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales Rosenkötter (SPD)

Staatsrat Dr. vom Bruch (Senator für Inneres und Sport)

Staatsrat **Dr. Wewer** (Senator für Bildung und Wissenschaft)

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.01 Uhr.

Präsident Weber: Die 42. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

(Beifall)

Die Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

 Zertifizierungspflicht für selbstständige Weiterbildungsanhieter

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23. November 2006

Dazu

Antwort des Senats vom 30. Januar 2007 (Drucksache 16/659 S)

Sanierung, Um-, Aus- und Neubauten von Schulgebäuden

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 6. Dezember 2006

 Kostenersparnis dank Klinik Service GmbH? Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 12. Dezember 2006 Dazu Antwort des Senats vom 30. Januar 2007

Antwort des Senats vom 30. Januar 2007 (Drucksache 16/660 S)

- Wie barrierefrei sind die Bremer Sozialzentren? Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22. Januar 2007
- Rechte und Rechtsschutz von Beiratsmitgliedern Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 23. Januar 2007
- Übertragung der Medizinischen Ambulanz des Gesundheitsamts in freie Trägerschaft und Zentralisierung der Versorgung
 Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. Februar 2007

II. Eingabe gemäß § 70 der Geschäftsordnung

Eingabe des von der Bremer Initiative Aktive Bürgerstadt initierten Bürgerforums Bremen mit Vorschlägen und Ideen zur Zukunftsfähigkeit der Stadt Bremen.

Diese Eingabe kann bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurde interfraktionell vereinbart, den Tagesordnungspunkt 6 mit dem Bericht des Petitionsausschusses außerhalb der Tagesordnung, es handelt sich hierbei um zwei Petitionsberichte, zu verbinden.

Wer mit der interfraktionellen Absprache einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit der interfraktionellen Absprache einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen 12 frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt den Titel "Gymnasiale Oberstufe Osterholz". Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Stahmann, Crueger, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie verteilt sich die Anwahl der Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe Walliser Straße bezogen auf die einzelnen Osterholzer SEK-I-Standorte?

Zweitens: Wie will der Senat künftig sicherstellen, dass die gymnasiale Oberstufe am Standort Walliser Straße weiterhin für alle Schülerinnen und Schüler der SEK-I-Schulen in Osterholz anwählbar ist?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Anwahlen der Schülerinnen und Schüler für den elften Jahrgang der gymnasialen Oberstufe Walliser Straße verteilen sich für das Schuljahr 2006/2007 wie folgt:

Von den insgesamt 105 Schülerinnen und Schülern kommen 73 aus Osterholzer Sek-I-Standorten, und zwar 19 aus den Schulzentren Im Ellener Feld und Graubündener Straße, zukünftig Albert-

Einstein-Schule, 29 aus dem Schulzentrum Koblenzer Straße und 25 aus der Gesamtschule Ost

Zu Frage 2: Die Osterholzer Schulen sind in einem intensiven Beratungsprozess, der durch eine externe Moderation unterstützt wird und in den auch der Stadtteilbeirat einbezogen ist. Hiermit wird das Ziel verfolgt, zum kommenden Schuljahr durch eine Neustrukturierung und Vernetzung der Arbeit der Schulen eine engere Zusammenarbeit aufzubauen, sodass das Kursangebot der gymnasialen Oberstufe optimal an die Profile, Schwerpunktfächer und Wahlpflichtbereiche der abgebenden Schulen angekoppelt wird. Hierbei soll auch berücksichtigt werden, dass das Kursangebot der Oberstufe auch für Schülerinnen und Schüler anderer Stadtteile attraktiv bleibt. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, der Prozess läuft jetzt schon eine ganze Weile. Woran hakt es denn? Die Anwahlen für die Oberstufen laufen bereits, und es muss schnell Klarheit herrschen, mit welchem Profil die neue Oberstufe starten soll.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Das ist natürlich ein etwas schwieriger Prozess, weil es dort mehrere Sek-l-Zentren gibt, die zuliefern sollen. Hier eine hohe Einvernehmlichkeit nicht nur über die Inhalte - das ist eher leicht -, sondern über die zukünftigen Strukturen herbeizuführen, ist ein schwieriger Prozess, weil natürlich auch alle darauf achten, dass ihre Schule so stark bleibt, wie sie ist.

Wir sind im Augenblick in einem Prozess, das haben Sie auch aus der Antwort entnommen, wir haben einen Moderator eingesetzt, der die beteiligten Schulen berät und den Beratungs- und Entscheidungsprozess zusammenführt, betreut und begleitet. Wie Sie wissen, beabsichtigen wir, das Ergebnis dieser Beratungen in der Deputationssitzung im März zu präsentieren, die Schwerpunkte sind eigentlich schon ableitbar. Wirtschaft wird ein wichtiger Punkt sein, den gibt es nicht an ganz so vielen Standorten in der Stadt, das Musikprofil der Gesamtschule Ost wird einfließen, das finde ich auch sehr positiv.

Mir ist das Wichtigste, dass die Schulen nicht gegeneinander arbeiten in Osterholz, sondern dass klar gesagt wird, dass der Stadtteil Osterholz eine eigenständige Oberstufe braucht und dass das Angebot der Bildungslandschaft Osterholz so gut gemacht wird, dass man nicht die Schülerinnen und Schüler in andere Stadtteile schicken muss, sondern dass man dort eine durchgängige Form der Beschulung hat.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Frau Kollegin Stahmann, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Es gibt Befürchtungen im Stadtteil - Herr Senator Lemke, Sie haben das angesprochen -, dass sich einige Sek-I-Zentren nicht wiederfinden in der neuen Oberstufe. Wie begegnen Sie diesen Ängsten über das Moderationsverfahren hinaus?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Ich will dem weiteren Diskussionsverlauf nicht vorgreifen, aber wenn Sie mich hier im Parlament befragen, dann sage ich dazu: Ich muss versuchen, alle Menschen, die an diesem Prozess beteiligt sind, mitzunehmen und denen nicht etwas überzustülpen, was sie nicht wollen. Damit kann man Bildungspolitik nicht gewinnen, sondern man muss die Menschen vor Ort mitnehmen.

In diesem Prozess, in dem wir uns im Augenblick befinden, will ich nichts schnell machen, sondern lieber mit guten Argumenten die verschiedenen Schulen dazu bringen, einen inhaltlichen Prozess einzugehen, aber noch nicht über die letztendliche Struktur zu entscheiden. Ich will über Inhalte eine Einigung - das bekommen wir, glaube ich, auch hin - und sagen, das machen wir einmal im nächsten Jahr so, dass wir diese Schwerpunkte bilden, dass wir auch Lehrer austauschen und sagen, wir tauschen zwischen den Schulen aus, auch zwischen der gymnasialen Oberstufe und den Sek-I-Zentren tauschen wir so aus, dass sich daraus nachher eine Bildungslandschaft ergibt.

Mein Ziel war, dass wir das schon alles konkret mit Veränderung der Strukturen zum nächsten Schuljahr umsetzen, aber wenn das nicht geht und die Schulen sagen, wir haben Angst davor, jetzt hier eines Tages als Verlierer dazustehen, dann werde ich der Deputation vorschlagen, dass wir mit der Umstrukturierung noch ein Jahr warten.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Daraus resultiert jetzt noch einmal eine Nachfrage: Herr Senator Lemke, Sie gehen davon aus, dass der Prozess noch offen ist und noch nicht abgeschlossen wird, dass der Deputation jetzt am

9. März nicht das konkrete Konzept auf den Tisch gelegt wird zur Beschlussfassung?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Nein, das endgültige Papier mit einer klaren Struktur, glaube ich, werde ich Ihnen noch nicht vorlegen können, sondern erst nach der Befassung am runden Tisch. Wir sind im Augenblick in dem Prozess, dass wir mit den beteiligten Schulen in Moderation ein Ergebnis vorbereiten. Dieses Ergebnis wird dem runden Tisch in Osterholz unter ganz bewusster Einbeziehung der Beiräte vorgelegt, dann diskutiert, und danach wird das in die Beratung der Deputation einfließen. Damit haben wir, glaube ich, ein Konzept gefunden, mit dem sich alle identifizieren können und es keine Sieger und Verlierer gibt.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff "Umgang des Jugendamts mit Hinweisen auf Kindeswohlgefährdung". Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Crueger, Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie schnell reagiert das Jugendamt, wenn Lehrkräfte oder Schulleitungen das Jugendamt über eine Gefährdung des Kindeswohls informieren?

Zweitens: In welchem Zeitraum erfolgt eine Reaktion beziehungsweise Intervention?

Drittens: Welche Maßnahmen werden nach einem konkreten Hinweis beziehungsweise auf Bitten um Intervention vom Jugendamt ergriffen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2: Die Schulen sind gehalten, bei Vermutungen, Befürchtungen beziehungsweise Verdachtsmomenten zu Kindeswohlgefährdungen das Amt für Soziale Dienste einzuschal-

ten. Über das Nottelefon ist bei akuter Kindeswohlgefährdung eine verbindliche Erreichbarkeit des Jugendamts sichergestellt. Ferner ist ein prospektives Verfahren, standardisiertes Mitteilungsund Rückmeldungsverfahren, ressortübergreifend verabredet und in Vorbereitung, um Defizite in der Kommunikation und in der Zusammenarbeit weiter zu minimieren.

Nach der Informationsgewinnung bedarf es zur Erfüllung des Schutzauftrages einer unmittelbaren und sofortigen Risikoeinschätzung durch das Jugendamt unter Berücksichtigung der elterlichen Erziehungsverantwortung. Sollte sich diese Einschätzung auf eine akute Kindeswohlgefährdung beziehen, erfolgt vonseiten des Jugendamts unmittelbar am selben Tag eine "Vor-Ort-Klärung", Hausbesuch. Ist das Ergebnis dieser Prüfung, dass die Eltern nicht bereit oder in der Lage sind, die Gefährdung abzuwenden oder an der Abwendung mitzuwirken, muss das Jugendamt die erforderlichen Maßnahmen zum Schutze des Kindes unmittelbar treffen.

Zu Frage 3: Die zu ergreifenden Maßnahmen hängen von der Einschätzung der Risikolage und des Hilfebedarfs durch den Sozialarbeiter/die Sozialarbeiterin ab. Grundsätzlich steht die gesamte Palette der Maßnahmen der Erziehungshilfe zur Verfügung. Die rechtsverbindliche Einflussnahme auf die elterliche Erziehungsverantwortung verpflichtet das Jugendamt zur Anrufung des Familiengerichtes, wenn die Gefährdung des Kindeswohls nicht durch Hilfen an die Eltern abgewendet werden kann. Dessen ungeachtet ist das Jugendamt verpflichtet und befugt, das Kind oder den Jugendlichen unmittelbar in Obhut zu nehmen, wenn eine dringende Gefahr diese Inobhutnahme erfordert und eine familiengerichtliche Entscheidung nicht rechtzeitig eingeholt werden kann. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin Stahmann, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, das Verfahren, das Sie jetzt vorgestellt haben, bezieht sich auf die neu eingerichtete Hotline-Nummer. Was passiert, wenn jetzt Schulleiter oder Klassenlehrer im Sozialzentrum versuchen, einen Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin zu erreichen? Wie sieht da das Verfahren aus?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Dieses Verfahren sieht vor, dass man die Hotline erreichen kann oder die Sozialzentren. In jedem Fall, auch wenn über die Hotline diese Meldung kommt, wird die Bearbeitung über das zuständige Sozialzentrum erfolgen.

Insofern ist immer das Sozialzentrum in diese Fälle einbezogen.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Habe ich Sie richtig verstanden, dass die Sozialzentren jetzt gehalten sind, dass, wenn ein Hinweis auf Kindeswohlgefährdung vorliegt, sie es dann auch zur Hotline melden müssen und dann das Verfahren über die Hotline läuft?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Nein, aber es gibt die Möglichkeit sowohl als auch, wenn diese Rufnummer den Schulen eher oder schneller bekannt oder im Kopf ist, kann das über die Hotline erfolgen, gleichwohl kann es wie bisher über die Sozialzentren in der Bürozeit, der normalen Erreichbarkeit, erfolgen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Wie hat der Senat das Angebot mit der Hotline jetzt den Schulen bekannt gemacht, in welcher Form sind die Lehrer und Lehrerinnen darüber informiert worden?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Insgesamt ist diese Hotline öffentlich bekannt gemacht worden. Mir ist im Moment nicht bekannt, ob es dort ein Sonderrundschreiben innerhalb des Bildungsressorts gegeben hat, diese Nummer den Schulen und den Schulleitungen auch mitzuteilen.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage, Frau Kollegin? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Sie schließen also aus, Frau Senatorin, wenn telefonische Hinweise gegeben werden, dass keine Hilfe erfolgt, weil das mehrfach geschildert worden ist? Ich bitte Sie, das zu bestätigen oder an dieser Stelle zu kommentieren. Trifft es zu, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erreichbar sind innerhalb der nächsten 24 Stunden, wenn Informationen eingehen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Über das jetzt eingerichtete Nottelefon ist sichergestellt, dass auch entsprechend die Mitteilung an das Sozialzentrum weitergeleitet wird und in dem Verfahren, wie es

bisher auch gewesen ist, am Wochenende dann auch die Polizeidienststellen einbezogen sind. Das kommt aber ja am Wochenende für die Schulen nicht infrage.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage, Frau Kollegin? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Ist jetzt sichergestellt, dass alle Anrufbeantworter der Fallsachbearbeiter angestellt und nicht ausgeschaltet sind?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Es ist sichergestellt, dass in jedem Fall von der Hotline ein Sachbearbeiter in den Sozialzentren erreicht werden kann. Sollte das nicht der Fall sein, so wird unmittelbar vom Sozialzentrum, wenn es sich als notwendig erweist, dieser Fall weiter verfolgt und dann übergeben an das zuständige Sozialzentrum.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema "Rechnungshof rügt Untätigkeit des Umweltsenators zur Abwassergebühr". Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Dr. Mathes!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie beurteilt der Senat die neuere Rechtsprechung, nach der anstelle der derzeitigen Einheitsgebühr die gesplittete Abwassergebühr auch in der Stadt Bremen eingeführt werden müsste?

Zweitens: Aus welchen Gründen hat der Umweltsenator trotz eindeutiger Aufforderung des Landesrechnungshofs nichts unternommen, die Abwassergebühr rechtssicher auszugestalten?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Neumeyer.

Senator Neumeyer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Zunächst ist festzustellen, dass es in Deutschland keine neuere Rechtsprechung gibt, die die Einführung einer gesplitteten Abwassergebühr gebieten würde. Maßgeblich sind noch immer die Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts vom 12. Juni 1972 und vom 25. März 1985, Bundesverwaltungsgericht, Aktenzeichen VII B 117,70 und 8 B 11.84. Seit diesen Entscheidungen hat sich die Rechtslage nicht wesentlich geändert. In der Stadtgemeinde Bremen wurde der Anteil der Kosten für die Regenwasserbeseitigung, der durch die Gebühren zu decken ist, zuletzt 1997/1998 mit 16 Prozent rechnerisch bestätigt. Das Oberverwaltungsgericht Bremen hat in einem Normenkontrollverfahren angesichts dieses Sachverhalts für die Stadtgemeinde Bremen den von ihr verwendeten Frischwassermaßstab als rechtlich zulässig bestätigt, Oberverwaltungsgericht Bremen, Urteil vom 26. Mai 1998.

Der Senat hält daher an seiner zuletzt im Rahmen einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage vom 12. September 2006 bekräftigten Auffassung fest, dass es eine Rechtsverpflichtung für die Stadtgemeinde zur Einführung einer zusätzlichen Regenwassergebühr nicht gibt.

Zu Frage 2: Der Antwort zu Frage 1 ist zu entnehmen, dass der Senat die abweichende Rechtsauffassung des Landesrechnungshofs nicht teilt. Einer höheren Rechtssicherheit, wie in der Frage unterstellt, bedarf es daher nicht. Der in der Stadtgemeinde Bremen verwendete Frischwassermaßstab ist ein kostengünstiger Maßstab und hat sich seit mehreren Jahrzehnten bewährt.

Erst vor 3 Jahren ist in Bremen auf Vorschlag des Umweltressorts der Einheitsgebührensatz nach Frischwassermaßstab durch die Einführung von verminderten Gebührensätzen modifiziert worden. Zum einen gilt ein verminderter Gebührensatz in Höhe von 2,34 Euro - statt 2,79 Euro - je Kubikmeter Abwasser bei Grundstücken, die nicht an eine mit einem Niederschlagswasser- oder Mischwasserkanal versehene öffentliche Verkehrsanlage angrenzen und Niederschlagswasser auch nicht in einen Niederschlagswasser- oder Mischwasserkanal entwässern, Paragraf 5 Absatz 2 Entwässerungsgebührenortsgesetz, EGebOG. Zum anderen gilt ein verminderter Gebührensatz in Höhe von 2,68 Euro je Kubikmeter Abwasser bei Grundstücken, die zwar an eine mit einem Niederschlagswasser- oder Mischwasserkanal versehene öffentliche Verkehrsanlage angrenzen, das auf dem Grundstück anfallende Niederschlagswasser aber ordnungsgemäß und vollständig versickert oder in ein oberirdisches Gewässer eingeleitet wird gemäß Paragraf 5.

Diese Regelungen haben vergleichbare Wirkungen, wie sie bei einer gesplitteten Gebühr erreicht werden würden, ohne aber die mit einer gesplitteten Gebühr verbundenen Nachteile in Kauf nehmen zu müssen. Zu diesen Nachteilen zählen ins-

besondere die hohen Einführungskosten, die einen gebührenbedarfserhöhenden Effekt auslösen; dauerhaft höhere Systemkosten; angesichts ohnehin schon hoher Grundwasserstände in vielen alten Stadtteilen eine Risikoerhöhung für ältere Bausubstanz; keine beziehungsweise marginale ökologische Vorteile und gebührenerhöhende Effekte durch Abkopplung größerer Betriebe.

Aus den vorgenannten Gründen verzichten neben der Stadtgemeinde Bremen auch etliche andere Städte wie zum Beispiel Hamburg auf die Einführung einer gesplitteten Abwassergebühr. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Sehr geehrte Frau Dr. Mathes, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Zunächst eine ganz schlichte, Herr Senator Neumeyer: Glauben Sie wirklich das, was Sie hier gerade vorgelesen haben? Glauben Sie in der Tat daran, dass es keine neuere Rechtsprechung gibt? Ich nehme einen Punkt aus der Antwort heraus. Es ist im Moment so, dass man nur im Internet zu googlen braucht oder sich ein paar Urteile besorgt, dann weiß man, wie die aktuelle Rechtslage bundesweit ist. Bremen stellt sich hin und sagt, es gibt keine neuere Rechtslage, die dafür spricht, dass man eine gesplittete Gebühr einführen muss.

Ich zitiere jetzt noch einmal, bevor ich zu der Frage komme: Ich möchte nämlich von dem Senator substanziell wissen, auf welcher Grundlage er im Ressort zu der Auffassung kommt, dass die vorhandene neuere Rechtsprechung für Bremen nicht relevant sei. Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten aus dem letzten Landesrechnungshofbericht: "Aus der Antwort des Ressorts geht zwar hervor, dass es sich mit der Rechtsfrage auseinandergesetzt hat, es hat jedoch entgegen seiner Zusage aus dem Jahr 2000 die neuere Rechtsprechung im Bundesgebiet nicht berücksichtigt. So ist verschiedenen Urteilen unter anderem zu entnehmen, dass die Bemessung der Abwassergebühr ausschließlich nach der verbrauchten Wassermenge nur für Gemeinden zulässig ist. die eine verhältnismäßig einheitliche Bebauungsstruktur aufweisen. Verwaltungsgericht Düsseldorf." Ich kann jetzt die ganzen Aktenzeichen et cetera vorlesen, aber das kann man auch nachlesen.

Die Grundvoraussetzungen sind für Bremen nicht erfüllt, insofern bitte ich doch einmal substanziell zu belegen, warum für Bremen aus Sicht des Senats diese neuere Rechtsprechung nicht relevant sei.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Neumeyer: Es gibt ja ein Urteil, das sich mit Bremen beschäftigt, das ist das Urteil des Oberverwaltungsgerichts vom 26. Mai 1998, das die Bemessungsgrundlage bestätigt hat. Das ist der Maßstab, mit dem wir uns auseinanderzusetzen haben. Es gibt aus unserer Sicht auch keinen Grund, das Thema offensiv anzugreifen, weil es nicht dazu führen würde, dass es für die Gebührenzahler am Ende zu entsprechenden Reduktionen käme. Vielmehr würde der Verwaltungsaufwand, der mit einer gesplitteten Abwassergebühr einhergehen würde, dazu führen, dass dieser Verwaltungsaufwand über Gebühren zu einer durchschnittlichen Gebührenerhöhung führen würde.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Das ist von 1998! Auch der Bundesrechnungshof hat dargelegt, warum es für Bremen nicht mehr relevant ist. Wenn man sich das überlegt, es ist auch bald 10 Jahre her. Wie erklärt sich denn der Senator, dass in 70 Prozent der Großstädte gerade Klageverfahren dazu geführt haben, dass die gesplittete Gebühr eingeführt werden musste? Warum glaubt der Senator, dass Bremen eine Insel ist und diese Rechtsprechung in dieser Form hier nicht erfolgen würde?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Neumeyer: Bremen ist natürlich keine Insel, wenngleich wir politisch eine Insel in Niedersachsen sind. Unabhängig davon ist die Rechtsauffassung, die der Senat hier vertritt, eine Rechtsauffassung, die viele vergleichbare Stadtregierungen auch in anderen Städten - ich nannte Hamburg - in gleicher Weise verfolgen. Insoweit glaube ich, dass wir tatsächlich das zum Maßstab nehmen müssen, wo es bei uns in Bremen bezogen auf unsere Gebührenerhebung eine entsprechende Rechtsprechung gibt.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, Ihnen ist ja bekannt, dass der BUND bereits im November einen Widerspruch gegen den Entwässerungsgebührenbescheid eingelegt hat und dass der Senator für Bau, Umwelt und Verkehr dazu eine Stellungnahme abgeben musste, die bis heute nicht vorliegt. Ich frage Sie daher: Wie kann es sein, wenn Sie so sicher in Ihrer Rechtsauffassung sind, dass man dann solche Stellungnahme nicht zeitnäher erstellen kann?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Neumeyer: Frau Abgeordnete, Sie wissen doch, dass wir alle Anfragen immer sehr ordnungsgemäß beantworten. Das gilt auch für diese Anfrage. Ich bin mir sicher, dass wir auch mit dem BUND eine gute Informationspolitik verfolgen, was nicht zwingend immer dazu führen muss, dass man automatisch zu einer gleichen und einheitlichen Rechtsauffassung gelangt.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über den Lateinlehrer- beziehungsweise Lateinlehrerinnenmangel an Schulen in Bremen. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Frau Stahmann, Dr. Güldner, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Crueger!

Abg. Crueger (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: An welchen Schulen fehlen derzeit und im kommenden Schuljahr Lateinlehrer/Lateinlehrerinnen?

Zweitens: Ist dem Senat bekannt, dass bereits pensionierte Lehrer/Lehrerinnen auf Honorarbasis Latein unterrichten, und wie bewertet der Senat diesen Umstand?

Drittens: Wie gedenkt der Senat sicherzustellen, dass der Bedarf an Lateinlehrer/Lateinlehrerinnen und auch in anderen sogenannten Mangelfächern wie zum Beispiel Physik und Spanisch durch qualifizierte Lehrkräfte gedeckt werden kann?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Im laufenden Schuljahr konnte am Gymnasium Vegesack eine durch einen Todesfall unbesetzte Lateinlehrerstelle nicht wieder besetzt werden, da trotz Ausschreibung keine Bewerbungen vorlagen. In Absprache mit dem Schulleiter wurde eine Umschichtung von Unterricht unter Einbeziehung einer Personalverstärkung zum 1. Mai 2007 vorgenommen.

Für das Schuljahr 2007/2008 erfolgt erst zum 28. Februar 2007 eine Bedarfserhebung, da bis zu diesem Zeitpunkt Pflichtstundenänderungen und Beurlaubungen beantragt werden können. Es ist aber schon jetzt absehbar, dass an voraussichtlich 3 Schulen Lateinlehrkräfte in den Ruhestand eintreten, deren Stellen - soweit Fachbedarf an den Schulen besteht - wieder besetzt werden sollen. Es handelt sich um die Schulen Altes Gymnasium, Schulzentrum Julius-Brecht-Allee und Hermann-Böse-Gymnasium.

Zu Frage 2: Um einen drohenden Unterrichtsausfall zu vermeiden, konnte in einem Einzelfall durch den befristeten Einsatz einer pensionierten Lehrkraft in geringem Stundenumfang eine Übergangslösung bis zur Besetzung der Stelle organisiert werden. Die Maßnahme hat sich als geeignet erwiesen, da es gelungen ist, den Fachunterricht kompetent zu sichern.

Zu Frage 3: Um die Lehrerversorgung in Mangelfächern zu sichern, sind bereits in der Vergangenheit Maßnahmen ergriffen worden, die fortgeführt werden. Die aktuellen Informationen zum Fachbedarf sind im Internet dargestellt. Für Bedarfe in Mangelfächern wie Latein, Physik und Spanisch - Sek I - werden Seiteneinsteigerangebote ausgewiesen. In Kooperation mit der Universität und dem LIS finden regelmäßig Beratungs- und Informationsveranstaltungen mit Lehramtskandidatinnen und Lehramtskandidaten zur Personalgewinnung statt.

Der besonderen Mangelsituation in dem Fach Latein wird künftig durch weitergehende Maßnahmen wie folgt Rechnung getragen:

Erstens: Bewerberinnen und Bewerber erhalten frühzeitiger als bisher die Zusage für einen Platz zum Vorbereitungsdienst und eine konkrete Einstellungszusage unter dem Vorbehalt einer erfolgreich abgeschlossenen Ausbildung.

Zweitens: Die Veröffentlichung von Stellenanzeigen erfolgt außer durch eine Dauerausschreibung im Internet auch in der regionalen und überregionalen Presse sowie in Fachzeitschriften.

Drittens: Es erfolgt eine gezielte Werbung an Universitäten mit Lehramtstudierenden des Fachs Latein für einen Platz im Vorbereitungsdienst in Bremen.

Viertens: In Bundesländern, die Lateinlehrkräfte ausbilden, wird für die Einstellung in Bremen geworben.

Fünftens: Im Rahmen der Planungen der Bildungslandschaft Bremen wird eine ausgeglichene

Schulstandortverteilung mit dem Angebot Latein überprüft und weiter optimiert. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Crueger, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Crueger (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, ich danke Ihnen! Wie sieht es aus mit den Referendariatsstellen im Fach Latein oder auch in anderen Mangelfächern? Wird auch über eine Ausweitung gesprochen, dass man jungen Referendaren, die aus anderen Bundesländern hierher kommen, ihr Referendariat machen und idealerweise übernommen werden können, dann auch ein Angebot macht, was es im Moment in der Form nicht gibt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Das Problem ist, dass wir die vorhandenen Referendariatsplätze leider nicht besetzen können, weil uns das entsprechende Personal nicht zur Verfügung steht. Deswegen habe ich gesagt - ich habe das richtig zur Chefsache gemacht, weil ich von vielen der hier genannten Schulen auch angesprochen worden bin -, dass wir aggressiver werben müssen. Wir müssen in die Universitätsstädte gehen, wo Lateinlehrer ausgebildet werden, um dort nicht nur Anzeigen zu schalten, sondern auch vor Ort mit unseren Mitarbeitern die Studenten anzusprechen und ihnen zu sagen, ihr bekommt hier ein Referendariat, ihr müsst nicht jahrelang warten, ihr bekommt sofort einen Referendariatsplatz. Wir können sogar darüber reden, wenn ihr euer Referendariat ordentlich macht, dass ihr hier euren Lebensmittelpunkt setzen könnt.

Das ist ein riesiges Angebot für junge Leute. Wir sind so weit schon vorbereitet, um dem Mangel zu begegnen.

Präsident Weber: Herr Kollege Crueger, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Crueger (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, wir begrüßen Ihre Bemühungen und dass Sie das zur Chefsache gemacht haben. Ich glaube, wir sind uns darüber einig, dass gerade in einem als relativ trocken verschrienen Fach wie Latein, obwohl man jetzt einen Mangel an geeigneten Bewerbern hat, man trotzdem auf die genaue pädagogische Befähigung dieser Mitarbeiter oder zukünftigen Mitarbeiter achten muss, weil es nichts hilft, wenn wir Mitarbeiter haben, die zwar Latein können, es aber nicht vermitteln können.

(Abg. Frau Wangenheim [SPD]: Das gilt für alle Lehrer!)

Ich glaube, da sind wir uns auch einig. Insofern bedanke ich mich!

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Das gilt für alle Lehrerinnen und Lehrer! - Danke schön!

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage trägt die Überschrift "Überfall auf Fanfeier im Weserstadion". Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Dr. Güldner, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Linnert!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Erkenntnisse liegen dem Senat über einen Überfall auf eine Feier von Fußballfans im Weserstadion am 20. Januar 2007 vor, bei dem es zu Zerstörungen und zahlreichen Verletzten gekommen sein soll?

Zweitens: Treffen Informationen zu, nach denen es sich bei den Angreifern um Fußballfans aus dem rechtsextremistischen Umfeld gehandelt haben soll?

Drittens: Welche Gegenmaßnahmen werden ergriffen, um rechtsextremistische Bestrebungen im Umfeld der Fußballfanklubs und Zusammenstöße zwischen unterschiedlichen Fangruppen zu verhindern?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Bürgermeister Röwekamp.

Bürgermeister Röwekamp: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Im Ostkurvensaal des Weserstadions fand am 20. Januar 2007 eine Feier der Ultra-Gruppierung "Racaille Verte" anlässlich ihres einjährigen Bestehens statt. Unter den circa 100 Teilnehmern sollen sich auch befreundete Ultras aus Essen, Bochum und Babelsberg befunden haben. Ultras gelten als fanatische Fans, die eher gewaltfrei agieren und ihre Vereine lautstark vor allem durch Gesänge unterstützen. Racaille Verte besteht nach eigenem Bekunden aus circa 25 Mitgliedern. Die Gruppe schottet sich von anderen Gruppierungen ab und regelt den Zugang restriktiv.

Aufgrund der bisher erfolgten Ermittlungen geht der Senat von folgendem Sachstand aus: Gegen 1 Uhr sollen sich 10 bis 20 Angreifer, die als "Rechte", Neonazis und Mitglieder der "Standarte Bremen" bezeichnet wurden, gewaltsam Zutritt zum Ostkurvensaal verschafft haben und wahllos auf die Teilnehmer der Feier eingeschlagen, dabei aber auch zielgerichtet nach bestimmten Personen aus der Ultraszene gesucht haben.

Die Polizei wurde über einen Mitarbeiter des Fanprojektes informiert und war bereits 4 Minuten nach Eingang des Anrufs mit mehreren Funkstreifenwagen vor Ort. Der Polizei gegenüber gaben sich keine Geschädigten zu erkennen, es konnten auch keine potenziellen Angreifer festgestellt werden. Die Betroffenen machten gegenüber den einschreitenden Beamten keine Aussage. Der Mitarbeiter des Fanprojekts konnte nur vom Hörensagen berichten.

In einem Gespräch zwischen den Mitarbeitern des Fanprojekts und den sogenannten szenekundigen Beamten der Polizei Bremen am 23. Januar 2007 wurde der Vorfall bestätigt. Die Angreifer wurden wiederum der rechten Szene zugeordnet und sollen vor dem Eintreffen der Polizei das Gebäude wieder verlassen haben. Konkrete Hinweise auf beteiligte Personen wurden wiederum nicht gegeben. Die Mitarbeiter des Fanprojekts wiesen jedoch auf einen bereits bestehenden Konflikt zwischen den politisch eher linksorientierten Ultrafans von Werder Bremen und eher rechts einzustufenden Hooligans hin. Die Polizeibeamten nahmen das Gespräch zu Protokoll und fertigten eine Strafanzeige. Die daraufhin eingeleiteten Ermittlungen erbrachten bisher keine weiteren Erkenntnisse und wurden fortgesetzt.

Zu Frage 2: Die bisherigen Informationen der Polizei stammen ausschließlich von nicht unmittelbar beteiligten Personen und konnten bisher nicht verifiziert werden. Derzeit kann weder bestätigt noch ausgeschlossen werden, dass sich Mitglieder der "Standarte Bremen" an dem Übergriff beteiligt haben. Bei der "Standarte Bremen" handelt es sich um eine Vereinigung Bremer Hooligans. Einige Mitglieder weisen rechtsextremistische Tendenzen auf, dies gilt aber nicht für die gesamte Mitgliederschaft der "Standarte Bremen".

Zu Frage 3: Politisch motivierte Auseinandersetzungen zwischen Fußballfans sind in Bremen bisher nicht registriert worden. Die Mitglieder der "Standarte Bremen" sowie der Ultraszene verhalten sich im Stadion unauffällig. Rassistische oder rechtsextremistische Äußerungen wurden bisher nur im Einzelfall bekannt und werden konsequent verfolgt.

Neben den polizeilichen Maßnahmen im Zusammenhang mit Fußballspielen sowie ständigen Aufklärungsmaßnahmen im Umfeld der einschlägigen Szene erfolgen derzeit weiterführende Gespräche zwischen Polizei, Werder Bremen, Fanprojekt und Elko-Werder-Security. Insbesondere im Hinblick auf Veranstaltungen im Ostkurvensaal findet eine regelmäßige Abstimmung zwischen dem Fanprojekt und der Polizei Bremen statt.

Effektive Gegenmaßnahmen können darüber hinaus aber nur ergriffen werden, wenn eine Zusammenarbeit mit der Polizei erfolgt und die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden unterstützt wird. Dies fand im vorliegenden Fall bisher nicht statt. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Bürgermeister, können Sie denn bestätigen, dass es bei einer ganzen Reihe von Personen zu erheblicher Körperverletzung gekommen ist?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Röwekamp: Wir können nicht einmal das bestätigen, weil die Geschädigten sich uns gegenüber bisher weder zu Art und Umfang noch zum Anlass der Körperverletzung geäußert haben. Mittlerweile liegt uns seit 4 Tagen jedoch eine etwas detailliertere Sachverhaltsschilderung vor, die neben einer konkreten Benennung von Geschädigten und möglichen Tätern auch die Tatumstände näher beschreibt. Wir sind dabei, über die Kriminalpolizei die Ermittlungen in diese Richtung fortzuführen.

Präsident Weber: Frau Kollegin, eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Dann würden Sie sagen, dass hier nicht der Eindruck entstehen soll, dass Sie das verharmlosen, habe ich das richtig verstanden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Bürgermeister Röwekamp: Nein, überhaupt nicht, sondern wir sind sehr daran interessiert, die Umstände dieser Handlung aufzuklären. Wir wissen, dass sich die Ultras mittlerweile auch wieder getroffen haben, und sind natürlich mit enger polizeilicher Begleitung dabei. Wir sind froh darüber, dass wir die Betroffenen jetzt doch überzeugen konnten, uns detailliertere Angaben zu den Verletzungshandlungen, zu den Geschädigten und zu den möglichen Tätern zu machen, sodass wir jetzt in der Lage sind, intensiv zu ermitteln. Wir haben

eine Ermittlungsgruppe eingesetzt, die aus 6 Polizeibeamten besteht.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Das war eine gute Information! Liegen Ihnen Erkenntnisse darüber vor, dass Mitglieder der "Standarte Bremen" Kontakte, personelle Verbindungen zur Türsteherszene oder zur Hells-Angels-Szene haben?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Röwekamp: Polizeilich verwertbare Erkenntnisse darüber haben wir nicht. Soweit wir uns auf Erkenntnisse stützen sollen, die aus dem Landesamt für Verfassungsschutz gegebenenfalls kommen, unterliegen diese der Geheimhaltung und können in den entsprechenden Gremien natürlich beantwortet werden.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Würden Sie dieselbe Antwort wie eben auch geben, wenn ich Sie frage, ob vielleicht erwogen wird, da verdeckte Ermittlungen anzustellen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Röwekamp: Auch das können wir gern gemeinsam in den entsprechenden Kontrollgremien besprechen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen): Also, 6 Polizisten ermitteln, Sie nehmen es ernst, es ist zu gravierenden Körperverletzungen gekommen, und Sie würden auch hier bestätigen, dass, wenn man auf einen Sachverhalt stößt, bei dem viele Menschen erstens zwar geschädigt wurden, aber zweitens der Polizei gegenüber keine Angaben machen wollen, vieles dafür spricht, dass sie eingeschüchtert sind und Angst haben?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Röwekamp: Deswegen sind wir sehr froh darüber, dass wir mit unserem an sich sehr gut aufgestellten und erfolgreichen Fanprojekt und in der Zusammenarbeit natürlich auch mit Werder Bremen die Menschen überzeugen konnten, sich uns gegenüber zu offenbaren und nähere Angaben zu machen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Sie sind auch Sportsenator, und ich weiß, dass es das Fanprojekt aus historischen Gründen nicht schafft, jugendliche Fans aus der rechten Szene anzusprechen. Gibt es Überlegungen mit Werder Bremen, sich vielleicht so diversifiziert aufzustellen, dass man es auch schafft, zu diesen Gruppen Zugang zu bekommen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Röwekamp: Ich weiß von den Verantwortlichen von Werder Bremen, dass sie über diesen Vorfall genauso entsetzt und schockiert sind wie wir. Es gibt weiterführende Gespräche, um solche Auseinandersetzungen und Ausschreitungen auch insbesondere durch eine Intensivierung des Fanprojekts noch stärker zu verhindern, als es bisher der Fall gewesen ist. Wir sind da im Dialog.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Sie schließen nicht aus, dass es möglicherweise dazu kommt, mit einer eigenen Gruppe noch einmal so zu arbeiten, dass man auch zu diesen Jugendlichen Zugang hat?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Röwekamp: Ich finde, es muss auch ein Ergebnis sein, das von allen Seiten akzeptiert wird. Das ist der Erfolg unseres bisherigen Fanprojekts. Ich weise noch einmal darauf hin, dass wir bis zu diesem Vorfall an sich im Bremer Weserstadion weder Auseinandersetzungen zwischen linken und rechten Fans hatten noch dass es zu nennenswerten Aktionen innerhalb des Stadions gekommen ist, sodass wir bisher auch keinen Anlass hatten, bei aller Flexibilität in dem Fanprojekt jetzt eine Neuaufstellung zu sortieren. Dieser Fall gibt uns aber natürlich noch einmal Anlass, darüber nachzudenken, ob es nicht noch etwas Besseres gibt.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste Anfrage in der Fragestunde befasst sich mit dem Thema "Gutachten zur Einrichtung einer Umweltzone". Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Dr. Güldner, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen. Bitte, Frau Kollegin Dr. Mathes!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wann wird das Gutachten zur Einrichtung einer Umweltzone, die zur Verringerung der Luftbelastung mit Feinstaub und anderen Schadstoffen dienen soll, fertiggestellt?

Zweitens: Wem wird der Senat die Ergebnisse dieses Gutachtens vorlegen, und zu welchem Zeitpunkt wird die Deputation für Umwelt und Energie beteiligt?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Neumeyer.

Senator Neumeyer: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Im August 2006 wurde vom Senator für Bau, Umwelt und Verkehr das Sachverständigenbüro Lohmeyer aus Karlsruhe mit der Berechnung verschiedener Szenarien einer Umweltzone beauftragt. Da die Emissionen aus dem Verkehr in bestimmten Bereichen einen relevanten Anteil an den Gesamtemissionen haben, wurden im Rahmen einer Arbeitsgruppe verschiedene Szenarien der Verkehrsabwicklung erarbeitet.

Die hierfür erforderlichen Berechnungen hinsichtlich der Verkehrsmengen mussten durch Einschaltung des Ingenieurbüros IVV-Aachen modellmäßig durchgeführt werden. Da die durch die Luftreinhalteplanung geforderten Grundlagen im Verkehrsmodell - Emissionsklassenbildung bei den Kfz - bisher nicht vorhanden waren, mussten diese erst durch ein aufwendiges Verfahren ermittelt werden, modellmäßig umgesetzt und plausibilisiert werden. Darüber hinaus war die Schnittstelle zwischen den Gutachtern IVV und Lohmeyer zu definieren und umzusetzen. Die Abstimmungen und Berechnungen waren aufwendiger als ursprünglich erwartet und führten zu einer zeitlichen Verzögerung. Aufgrund dessen liegt das beauftragte Gutachten zurzeit leider noch nicht vor. Nach Mitteilung des Gutachters Lohmever ist die Fertigstellung jedoch im März zu erwarten.

Zu Frage 2: Nach Vorlage des Gutachtens und interner Plausibilitätsprüfung ist eine Beratung des Gutachtens und eine Bewertung der Ergebnisse der Szenarien im ressortübergreifenden Arbeitskreis "Luftreinhalteplanung" unter Federführung des Senators für Bau, Umwelt und Verkehr geplant. Eine Befassung der städtischen Deputation für Umwelt und Energie ist nach erfolgter Plausibilitätsprüfung vorgesehen.

Abhängig von der Wirksamkeit der untersuchten Maßnahmen wird der Arbeitskreis eine fachliche Empfehlung erarbeiten, die in die Luftreinhalteplanung einfließen wird. Im Falle einer einzurichtenden Umweltzone ist eine Beteiligung der Öffentlichkeit bereits von der EU vorgeschrieben und vorgesehen. Das Gutachten wird, wie bereits alle vorigen Gutachten zur Luftreinhaltung, im Internet veröffentlicht werden.

Da die Einrichtung einer Umweltzone, abhängig von den zu ergreifenden Maßnahmen, Einschränkungen des Verkehrs in dieser Zone bedeuten kann, ist eine Beteiligung der betroffenen Verbände wie zum Beispiel Spediteure oder Einzelhandelsunternehmen, aber auch der übrigen betroffenen Ressorts zwingend notwendig. Die ergänzte Luftreinhalteplanung wird zu gegebener Zeit dem Senat und der Stadtbürgerschaft vorgelegt. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich meine, es ist erst einmal positiv, dass wir das Gutachten demnächst bekommen. Ich habe wahrscheinlich dahingehend nur eine Frage: Wie erklärt sich der Senator, dass sein Pressesprecher am 29. Januar im "Weser-Kurier" äußert, dass er von solch einem Gutachten überhaut nichts wisse?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Neumeyer: Ich darf Ihnen versichern, es gibt so ein Gutachten, es ist auch keine geheime Kommandosache. Wir befinden uns hiermit in guter Gesellschaft. Glücklicherweise haben wir ab 1. März die Verordnung des Bundesverkehrsministeriums, das die Voraussetzungen zur Schaffung von Umweltzonen beinhaltet. Leider haben wir an 2 Standorten in Bremen die Situation, wo wir uns sehr ernsthaft mit der Frage der Einrichtung von Umweltzonen auseinanderzusetzen haben.

Präsident Weber: Zu einer weiteren Zusatzfrage hat das Wort der Abgeordnete Kasper. - Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Kasper** (SPD): Herr Senator, können Sie sich vorstellen, auch die Baudeputation, die den Teil Verkehr umfasst, umfassend zu informieren?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Neumeyer: Das kann ich mir nicht nur vorstellen, sondern ich halte es für zwingend geboten, weil wir uns auch mit der Frage zu befassen haben, welche Einschränkungen wir vornehmen, bei welchen Fahrzeugtypen mit welchen Euronormen wir nicht mehr zulassen, dass sie diese Umweltzonen durchfahren. Dazu gilt es, Umweltgesichtspunkte genauso zu berücksichtigen wie beispielsweise auch Gesichtspunkte, wie der Bewirtschaftungsverkehr in Zukunft innerhalb der Umweltzonen gewährleistet werden kann, wie Behindertentransporte in den Umweltzonen in Zukunft gewährleistet werden können und wie Taxitransporte mit Fahrzeugen, die nicht der Euronorm entsprechen, die wir für zulässig halten, um durch diese Umweltzonen zu fahren, gewährleistet werden können.

Soweit denke ich, dass eine breite Abstimmung nicht nur in der Umweltdeputation, sondern auch in der Verkehrs- und Baudeputation zu erfolgen hat und selbstverständlich auch, wie bereits eingangs beschrieben, mit den anderen Ressorts und den betroffenen Verbänden.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Kasper** (SPD): Teilen Sie meine Auffassung, dass die Verkehrsmanagementzentrale mit ihren technischen Möglichkeiten einen nicht unwesentlichen Beitrag leisten kann, um diese Umweltzonen einzurichten, sprich Verkehre zu steuern um die Umweltzonen herum?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Neumeyer: Die Verkehrsmanagementzentrale wird uns Aufschluss darüber geben können, inwieweit wir welche Verkehrsflüsse auch in den Umweltzonen haben. Wir müssen aber rein physisch die Genehmigung erteilen für Fahrzeuge, um überhaupt die Umweltzonen in Zukunft befahrbar zu halten. Das setzt voraus, dass wir entsprechende Plaketten herausgeben und entsprechende Maßstäblichkeit auf den Weg bringen. Das können wir nicht alles ausschließlich nur über die Betrachtung der Verkehrsmanagementzentrale machen, weil diese Plaketten nicht ansteuerungsfähig sind. Wir werden damit keine automatische Kontrolle haben, dass tatsächlich auch nur diese Fahrzeuge in Zukunft die einzurichtenden Umweltzonen befahren, die dafür noch zulässig sind.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Kasper** (SPD): Eine kurze abschließende Frage: Inwieweit ist da der Hausbrand, sprich die Kleinfeuerungsanlagen, mit einbezogen in die Auftragsvergabe für dieses Gutachten, oder bezieht sich dieses Gutachten nur auf Verkehrsbelastung?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Neumeyer: Selbstverständlich müssen alle Schadstoffbelastungen, die in einer solchen Umweltzone entstehen können, Berücksichtigung finden. Das tun sie auch. Sie wissen, dass wir an den Messstellen, an denen wir nicht nur CO₂-Ausstoß, sondern auch andere Schadstoffe, die ausgesandt werden, messen. Da kann man nicht unbedingt alle Ursachen erkennen. An bestimmten Tagen gibt es Auffälligkeiten, aber es ist die Summe von vielen Emittenten, die dazu führen, dass es zu entsprechenden Schadstoffbelastungen kommt. Infolgedessen müssen auch alle Berücksichtigung finden und in einem Abwägungsprozess natürlich bei der Einrichtung von Umweltzonen mit einbezogen werden.

Auffällig ist dennoch, dass wir eklatante Überschreitungen an 2 Standorten haben, das ist in der Neuenlander Straße und im Bereich des Remberti-Kreisels. Das sind 2 Standorte, an denen wir es mit einem sehr besonders hohen Verkehrsaufkommen zu tun haben.

(Abg. Kasper [SPD]: Danke!)

Präsident Weber: Es liegen keine weiteren Zusatzfragen vor.

Die siebte Anfrage trägt den Titel "Großtagespflegestellen in Bremen". Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Crueger, Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Crueger!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat die sogenannten Großtagespflegestellen?

Zweitens: Wie weit sind die Prüfungen des Senats bezüglich der Großtagespflegestellen im Zusammenhang mit der modellhaften Erprobung unterschiedlicher Betreuungsformen, siehe Drucksache 16/454 S, fortgeschritten?

Drittens: Wie gedenkt der Senat, diesbezüglich weiter vorzugehen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Bei den sogenannten Großtagespflegestellen handelt es sich um Zusammenschlüsse von Tagespflegemüttern oder -vätern, die entweder in ihrer eigenen beziehungsweise der Wohnung der betreuten Kinder, häufig jedoch in angemieteten Räumen, in der Regel zwischen 8 bis 10 Kleinkinder betreuen. Insbesondere für Kinder, die wegen der beruflichen Situation ihrer Eltern auf eine hohe Flexibilität in der Betreuung angewiesen sind, können Tagespflegestellen eine gute Alternative oder Ergänzung zur Betreuung in Einrichtungen darstellen. Dies kann auch auf die sogenannten Großtagespflegestellen zutreffen.

Zu Fragen 2 und 3: Im Vordergrund der Anstrengungen des Senats, bezogen auf die Verbesserung der Betreuung der Kinder unter 3 Jahren, lag und liegt die Schaffung von Betreuungsplätzen in Einrichtungen. Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales plant, den Landesrechtsvorbehalt zu nutzen, um zu prüfen, ob Großtagespflegestellen in Bremen zugelassen werden sollen. Die in der Folge notwendigen Richtlinienentwicklungen für die beiden Stadtgemeinden werden nicht vor der Sommerpause abgeschlossen sein. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, sind die Richtlinien, in denen es um die Qualitätsstandards geht, mit denen solche Großtagespflegestellen später arbeiten sollen, schon in der Entwicklung?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Wir sind hier noch nicht so weit in der Entwicklung, dass ich heute sagen könnte, so oder so müssen sie aussehen. Wir sind uns aber darüber einig, dass es hier ganz wesentlich um Qualitätsstandards geht. Ich will noch einmal deutlich hervorheben, dass es hier um eine mögliche Alternative geht. Insgesamt, das wissen Sie, Herr Abgeordneter, sind wir dabei, die Tagesbetreuung von Kindern sukzessive - also stufenweise - zu erweitern und auszubauen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, werden an der Entwicklung dieser Kriterien auch die parlamentarischen Gremien, beispielsweise der Jugendhilfeausschuss, beteiligt? Ich könnte mir vorstellen, dass wir vorab ausreichend früh einen Entwurf bekommen, der dann auch noch diskussionsfähig ist, und nicht am En-

de nur mit den fertigen Ergebnissen beglückt werden.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Ich danke noch einmal für den Hinweis, Herr Crueger! Selbstverständlich werden dort auch die entsprechenden Gremien in diese Entwicklung und natürlich auch Beschlussfassung darüber eingebunden.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, das Projekt, die Großtagespflegestelle in der Neustadt, die vor einigen Wochen durch die Zeitung ging, hat jetzt, wenn ich das richtig sehe, eine vorübergehende Betriebserlaubnis bekommen bis zum Abschuss eines solchen Kriterienkatalogs und müsste sich dann daran messen lassen. Ist das richtig so?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Ich will noch einmal hervorheben, dass für uns ganz wesentlich ist, dass hier bestimmte Qualitätsstandards eingehalten werden. Es geht um die Qualifikation des Personals, und es geht unter anderem auch um Sicherheitsstandards, also feuerpolizeiliche Vorgaben, die auch einzuhalten sind.

Bei der Großtagespflegestelle in der Neustadt haben wir eine Duldung bis Ende Februar ausgesprochen. Zurzeit wird geprüft, ob wir dort eine befristete einjährige Betriebserlaubnis werden geben können.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, die Prüfung misst sich dann an welchen Kriterien, lediglich an den formalen, feuerpolizeilichen Kriterien, oder woran wird es dann gemessen? Wir haben eigentlich keine Standards für diese Großtagespflegestellen. Da wundert es mich ein bisschen, nach welchen Kriterien wir dann entscheiden, ob sie eine Betriebserlaubnis für 1 Jahr bekommen oder nicht.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Hier wird es sich ganz wesentlich darum handeln, ob zunächst einmal die Rahmenbedingungen eingehalten werden. Dazu gehört natürlich auch eine Qualifikation des Personals.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe an der Stelle einfach die Schwierigkeit, Frau Senatorin, vielleicht teilen Sie die mit mir, über diese Einrichtung in der Neustadt, egal, wie man darüber denkt, den Stab zu brechen, solange noch nicht die qualitative Überlegung zu einem Ende gekommen ist.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Gerade das war unser Bemühen, hier zu einer Übergangsregelung zu kommen, die deutlich macht, dass es notwendig ist, hier den Eltern, die in der derzeitigen Situation auf eine Betreuung ihrer Kinder in sehr flexiblem Ausmaß angewiesen sind, diese Möglichkeit nicht zu verwehren, auf der anderen Seite aber auch Sorge dafür zu tragen, dass hier die Rahmenbedingungen eingehalten werden.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Grotheer! - Bitte sehr!

Abg. **Grotheer** (SPD): Frau Senatorin, teilen Sie die Auffassung, dass es für solche Einrichtungen einen echten Bedarf gibt?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Wir werden in der Folge sicherlich auch in der Kindertagespflegeplanung, die jetzt ansteht, im März/April feststellen, ob hier die Notwendigkeiten bestehen, über die Angebote, die wir machen, weitere Angebotsmöglichkeiten zu geben. Ich möchte ausdrücklich nicht ausschließen, dass wir dieses Verfahren - Großtagespflegestellen einzurichten - auch in Erwägung ziehen, um hier flexible Möglichkeiten bieten zu können.

Präsident Weber: Herr Kollege Grotheer, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Grotheer** (SPD): Frau Senatorin, als Sozial-deputierte stehen wir diesem durchaus aufgeschlossen gegenüber, weil wir erfahren, dass es einen echten Bedarf bei Eltern gibt für solche Pflegestellen. Uns interessiert aber auch die Frage: Gibt es Richtlinien für entsprechende Einrichtungen in anderen Bundesländern, und wie sind die Erfahrungen dort?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Wir wissen, dass es in einigen Bundesländern diese Regelung gibt. Es ist zugelassen, dass wir auf Landesebene diese Regelung eigenständig festlegen. Wir haben Erfahrungen zum Beispiel aus Bayern, Baden-Württemberg und Berlin, wo solche Möglichkeiten bestehen. Es gibt aber auch die Möglichkeit, es zu beschränken, also nicht für 10 Kinder zu öffnen, sondern möglicherweise hier auch kleinere Einheiten als Pflegestellen einrichten zu können. Ich freue mich insgesamt, dass unsere Überlegung auch sehr positiv von Ihnen begleitet wird.

Präsident Weber: Herr Kollege Grotheer, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Grotheer [SPD]: Danke sehr, ich habe keine weitere Frage!)

Eine weitere Zusatzfrage hat die Abgeordnete Frau Möbius.

Abg. Frau **Möbius** (SPD): Frau Senatorin, es ist in der Neustadt auch so, dass dort staatliche Kindertagesheime mittlerweile Leerräume haben, das heißt also, die Gruppenräume, die angeboten werden, stehen zum Teil leer, weil Kinder in dem Alter nicht mehr in der Neustadt leben. Jetzt haben wir diese leerstehenden Räume. Wäre es eine Möglichkeit, das mit in die Überlegungen einzubeziehen, dass man sagt, diese Pflegestellen könnte man auch verlagern in Kindertagesheime, weil man dann die Effekte hätte, dass die Voraussetzungen in Bezug auf feuerpolizeiliche Vorgaben und die Struktur von vornherein gegeben sind?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Ich will an dieser Stelle noch einmal auf die Antwort hinweisen, dass es durchaus offen ist, auch in angemieteten Räumen das durchführen zu können. Dementsprechend wären solche Überlegungen sicherlich mit einzubeziehen.

Präsident Weber: Frau Kollegin Windler, bitte!

Abg. Frau **Windler** (CDU): Frau Senatorin, wir sind schon lange im Gespräch gerade über das Thema Großpflegestellte in der Neustadt. Wir haben auch schon sehr gute Lösungsvorschläge zusammen erarbeitet. Sind Sie mit mir der gleichen Auffassung, dass wir die Kinderbetreuung flexibler gestalten müssen, als es jetzt in den Kindertagesstätten der Fall ist, weil sich die Arbeitszeiten verschieben und es sehr viele alleinerziehende Mütter und Väter gibt, die dann diese Betreuungszeiten benötigen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Wir haben gerade in den letzten Wochen und Monaten eine Reihe Entwicklungen im Bereich von Kindertagesbetreuung auf den Weg gebracht. Wir werden hier weiter auch initiativ bleiben, um größere Flexibilität insbesondere bei der Stundenanzahl der Betreuung von Kindern zu realisieren. Das wird, wie gesagt, ein Stufenplan sein, der sich auch an unseren Möglichkeiten und an den Notwendigkeiten vor Ort orientieren muss.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau Windler [CDU]: Nein, danke!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte Anfrage steht unter dem Betreff "Ganztagsbetreuung im Kindergarten". Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Crueger, Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viele Anträge auf Ganztagsbetreuung, 5 bis 8 Stunden, wurden für das kommende Kindergartenjahr in Bremen eingereicht, wie viele dieser Anträge waren von Eltern von Kindern, die diese nicht aus beruflichen, sondern anderen Gründen länger betreut haben wollen?

Zweitens: Welche Kriterien legt der Senat bei der Bewertung von Anträgen von Eltern zugrunde, die ihr Kind nicht aus beruflichen Gründen über 4 Stunden hinaus betreut wissen wollen?

Drittens: Wie bewertet der Senat den Umstand, dass Eltern, die ihr Kind nicht aus beruflichen Gründen länger als 4 Stunden betreut wissen wollen, es als diskriminierend empfinden, diese Gründe offenlegen zu müssen, und wie gedenkt der Senat hier gegenzusteuern?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Erst nach Abschluss der kleinräumigen Planung in den Stadtteilen Mitte März 2007

kann über die Anzahl der Anmeldungen für bestimmte Betreuungsangebote in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung berichtet werden. Bis zu diesem Zeitpunkt werden Doppelanmeldungen und mögliche Verschiebungen von Anmeldungen zwischen Einrichtungen geklärt.

Zu Frage 2: Kriterien zur Vergabe von Plätzen sind im Aufnahme- und Betreuungszeitenortsgesetz, BremenABOG, Paragraf 6, verbindlich geregelt.

Zu Frage 3: Gemäß Paragraf 20 Bremisches Tageseinrichtungs- und Tagespflegegesetz sind Eltern dazu verpflichtet, den Trägern die für die Entscheidung über die Aufnahme ihres Kindes in einer Tageseinrichtung erforderlichen Auskünfte zu geben, das heißt, im Zusammenhang der Fragestellung werden Auskünfte der Eltern benötigt, die eine Anwendung der Allgemeinen Kriterien des Aufnahmeund Betreuungszeitenortsgesetzes Paragraf 6 ermöglichen, um den Bedarf einer Familie nach Tagesbetreuung in Konkurrenz zu den Bedarfen anderer Familien bewerten und frei von Ermessensfehlern über die individuell benötigte tägliche Betreuungsdauer entscheiden zu können. Der Senat sieht keinen Anlass für eine Veränderung dieser Praxis.

Präsident Weber: Frau Kollegin Stahmann, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, wie ist es in der Vergangenheit gewesen, wie viele Eltern sind denn zum Zuge gekommen bei der Platzbelegung für eine Ganztagsplatz, die nicht berufstätig waren, aber andere Gründe angegeben haben wie zum Beispiel psychische Erkrankungen, Depressionen, akute Notsituationen in der Familie, Pflege von Angehörigen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Frau Abgeordnete, da explizit nach diesen Hintergründen nicht gefragt worden ist, kann ich Ihnen zu den Zahlen hier nichts sagen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, dem Senat müsste es ein Leichtes sein, wenn die Zahlen für dieses Jahr noch nicht vorliegen, einen Vergleichszeitraum zu benennen, zum Beispiel das letzte Jahr, um auf die Frage, ob Eltern diskriminiert werden, die nicht berufstätig sind, zu antworten!

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Es geht, wenn ich Sie richtig verstehe, darum, Eltern Möglichkeiten zu geben, über die 4 Stunden hinaus Betreuungszeiten in Anspruch zu nehmen. Das wird von Fall zu Fall in den Einrichtungen nach ganz bestimmten Kriterien, die festgelegt sind, auch entschieden.

Präsident Weber: Frau Stahmann, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Welche Chancen räumen Sie als Senatorin den Eltern ein, die in eine akute Notsituation kommen, zum Beispiel erkranken, kurzfristig einen Ganztagsplatz zu bekommen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Frau Abgeordnete, das hängt ganz sicherlich von dem Einzelfall ab, der dann aktuell geprüft werden muss. Ich denke, dass wir in unserer gesamten Politik, was Kindertagesbetreuung angeht, außerordentlich sensibel auch mit diesen Ausnahmefällen umgehen werden.

Präsident Weber: Frau Stahmann, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, in der vorherigen Frage hat die Abgeordnete Frau Windler darauf hingewiesen, dass die Betreuungssituation in Bremen nicht gerade prima ist für Eltern, die berufstätig sind, oder auch für Alleinerziehende. Wie bewerten Sie denn das Platzangebot an Ganztagsplätzen für das Bundesland oder für die Stadt Bremen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Wir werden uns in der Folge mit diesem Thema insgesamt auseinandersetzen. Es ist sehr deutlich, auch in der Politik meines Hauses sehr deutlich, dass wir insgesamt dem Bereich von Kindertagesbetreuung eine höchste Priorität einräumen werden.

Präsident Weber: Frau Stahmann, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Das war leider nicht meine Frage! Ich habe gefragt, ist das Platzangebot an Ganztagsplätzen ausreichend für die Stadt Bremen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Zurzeit ist mir nicht bekannt, dass es dort Nachfragen gibt, die wir nicht bescheiden können.

Präsident Weber: Frau Stahmann, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Dann kann ich davon ausgehen, Frau Senatorin, dass, wenn die Zahlen bestätigt worden sind aus den Sozialzentren, wir noch einmal darüber sprechen können, wie viele Plätze abgelehnt wurden und wie viele Plätze tatsächlich vorhanden sind?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Ich kann sagen, dass wir, wie bisher auch, dies der Deputation und dem Jugendhilfeausschuss zur Information zur Kenntnis geben werden.

Präsident Weber: Herr Kollege Crueger, Sie haben eine weitere Zusatzfrage an die Senatorin? - Bitte sehr!

Abg. Crueger (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, kommt Ihnen auch wie uns gelegentlich zu Ohren, dass es durchaus einen Steuerungsmechanismus gibt, wenn sich Eltern nämlich um einen Kindergartenplatz in einem Kindertagesheim bewerben - sie haben einen Rechtsanspruch auf 4 Stunden -, dann aber mehr Stunden in Anspruch nehmen wollen, dass es dann durchaus im Beratungsgespräch in der Einrichtung dazu kommen kann, dass ihnen von vornherein gesagt wird: Mehr als 4 Stunden werden Sie nicht bekommen? Wenn Sie 8 Stunden möchten, vergessen Sie es, nehmen Sie lieber ein geringeres Angebot, dann ist die Chance größer, dass sie von vornherein den Zuschlag geben! Also gibt es sehr wohl angesichts der begrenzten Anzahl an Ganztagsplätzen da noch einmal eine Steuerung auf der Stadtteilebene.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Diese Rückmeldungen sind mir zurzeit nicht bekannt. Ich möchte aber noch einmal sagen, dass es hier darum geht, und gerade deshalb ist diese Phase eingebaut worden, unter den Stadtteilen und innerhalb der Stadtteile in den einzelnen Einrichtungen hier eine gewisse Steuerung vornehmen zu können.

Präsident Weber: Herr Kollege Crueger, Sie haben eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, man kann sich darüber streiten, wann es bedarfsdeckend ist, und mit Prozentzahlen zu

operieren, wird der Sache auch nicht gerecht. Bei den Plätzen für unter Dreijährige haben wir eine Umfrage in Auftrag gegeben, die ermitteln soll, wie hoch der Bedarf tatsächlich ist. Ich weiß jetzt nicht, ob es unbedingt eine Umfrage sein müsste, die man an irgendein Institut vergibt, aber wäre es nicht durchaus im Interesse des Ressorts herauszufinden, sozusagen völlig wertungsfrei zu evaluieren, auf welchem Wege auch immer, ob die Bedarfe womöglich größer sind als das im Moment angebotene Kontingent an Ganztagsplätzen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Wir haben, glaube ich, ein gemeinsames Interesse, den Bereich von Kinderbetreuung auch der unter Dreijährigen sukzessive auszubauen und zu verstetigen, um die Möglichkeit zu geben, nicht nur Eltern, die berufstätig sind, sondern auch darüber hinaus Platzangebote machen zu können.

Präsident Weber: Herr Kollege Crueger, Sie haben eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, das war leider nicht meine Frage. Ich habe danach gefragt, ob es angedacht wird, seitens des Ressorts eine Evaluation zu machen. Was im Moment passiert, ist nämlich, dass wir im Jugendhilfeausschuss sogenannte bereinigte Zahlen vorgelegt bekommen, die überhaupt keine Aussagekraft haben. Ist an eine Evaluation gedacht, um zu sehen, wie hoch der Bedarf an Ganztagsplätzen in der Bevölkerung ist, und zwar ohne Ansehen der Personen, egal ob jemand Hartz-IV-Empfänger oder Honorar-Professor an der Universität ist?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Herr Crueger, ich werde gern Ihre Anregungen aufnehmen zu prüfen, ob es erforderlich ist, hier in ein Gutachten zu investieren, oder ob uns die Daten in ausreichender Weise zur Verfügung stehen, um auch im eventuellem Abgleich mit anderen Städten, anderen Ländern zu den entsprechenden Daten kommen zu können.

Präsident Weber: Herr Kollege Crueger, Sie haben eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, bei der Beantwortung der Fragen von Frau Stahmann war mir das noch nicht ganz deutlich geworden. Teilen Sie seitens des Ressorts die Prämisse mit uns Grünen, dass es zwei Seiten einer Medaille sind, die Eltern, die aus sozialen Gründen, und diejenigen Eltern, die aus berufli-

chen Gründen einen Ganztagsplatz beanspruchen, dass das zwei Seiten einer Medaille sind, die man nicht gegeneinander ausspielen darf, sondern denen man gleichermaßen gerecht werden muss?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Deswegen sage ich, es sind nicht zwei Seiten einer Medaille, sondern es ist eine Problemlage, die man insgesamt betrachten muss.

Präsident Weber: Herr Kollege Crueger, Sie haben eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Heißt das, dass man versucht, dieser Problemlage oder diesen zwei unterschiedlichen Problemlagen gleichermaßen gerecht zu werden?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Wir versuchen, nicht nur die Berufstätigkeit von Eltern, sondern ganz besonders auch das soziale Umfeld ins Auge zu nehmen. Es ist deutlich geworden, dass es notwendig ist, hier nicht nur von einer Kinderbetreuung zu reden, sondern auch in der Folge, wie es auch in vielen Kindertageseinrichtungen in den KiTa passiert, auch die Eltern mit in die Betreuung einzubeziehen, um insgesamt die Lage für die Kinder in sozialen Problemlagen verbessern zu helfen.

Präsident Weber: Herr Kollege Crueger, Sie haben eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, eine noch! Frau Senatorin, sind Sie der Meinung, wenn wir einmal unterstellen, wir teilen die gleiche Prämisse und wollen alle Eltern gerecht behandeln, dass sich diese Gerechtigkeit in den momentanen Aufnahmekriterien nach beiden Seiten hin widerspiegelt?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Zurzeit gehen wir davon aus. Wir haben einen Kriterienkatalog, nämlich eine Regelung, die ganz klare Kriterien festlegt. Darüber hinaus sind wir nicht nur interessiert, sondern wir werden es vorantreiben, auch hier die Kindergartenplätze für Kinder unter 3 Jahren auszubauen, soweit es notwendig ist.

Präsident Weber: Herr Kollege Crueger, Sie haben eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, es ist aber so, die Kriterien sind so gestaffelt, dass Berufstätigkeit das vorrangige Kriterium ist. Stimmt das?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Ja, das ist richtig!

(Abg. Crueger [Bündnis 90/Die Grünen]: Danke schön!)

Präsident Weber: Frau Senatorin, eine weitere Zusatzfrage von der Abgeordneten Frau Schmidtke! - Bitte sehr!

Abg. Frau **Schmidtke** (SPD): Frau Senatorin, ich habe eben ein bisschen den Eindruck, dass es viele unausgesprochene Fragen gegeben hat. Deswegen möchte ich eine Frage auf den Punkt bringen. Stimmen Sie mit mir darüber überein, dass es zu den zwei Seiten der Medaille, die hier immer wieder benannt wurden, auch eine dritte Seite gibt, nämlich das Steuerungselement "Wohl des Kindes"? Das heißt, ist es auch für Sie vorstellbar, dass es Kinder gibt, die einfach nicht mehr als diese 4 Stunden Betreuung im Kindergarten aushalten würden, dass ein Mehr eine zu hohe Belastung für einige Kinder wäre?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Frau Abgeordnete, ganz sicherlich werden und müssen diese Kriterien auch mit einbezogen werden. Es werden in aller erster Linie die Eltern beurteilen können, ob es eine Zumutbarkeit ist, hier über die 4 Stunden hinaus eine Betreuung durchzuführen. Nur das ist keine Verpflichtung, dieses Angebot über die 4 Stunden hinaus anzunehmen. Insofern gehe ich mit Ihnen überein.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage von der Abgeordneten Frau Reichert! - Bitte sehr!

Abg. Frau **Reichert** (SPD): Ich möchte nur, Frau Senatorin, dass Sie mich beruhigen. Es ist richtig, dass die Sozialdeputation, in der eigentlich solche Sachen zu bereden sind, nicht aufgelöst worden ist? Ja, ich habe Angst!

Präsident Weber: Das war mehr eine rhetorische Frage! Möchten Sie diese beantworten, Frau Senatorin?

Senatorin Rosenkötter: Nein, muss ich nicht kommentieren!

Präsident Weber: Mit der Beantwortung dieser Frage ist die Fragestunde beendet.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Frau Krusche, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgendes Thema frist- und formgerecht eingebracht worden:

Versuchte nächtliche Baumfällaktion des Senats am Concordia-Tunnel.

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Neumeyer.

Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meinen Damen und Herren! Seit Sonntagmorgen ist die Schwachhauser Heerstraße zwischen Hollerallee und Concordia-Tunnel lindenfrei! Ich weiß nicht, ob Sie sich dieser Tatsache rühmen wollen, wir Grünen jedenfalls sagen: Das war ein schwarzer Tag für die politische Kultur in Bremen!

Die Große Koalition hinterlässt mit dieser Nachtund Nebelaktion, es war bereits die zweite dieser Art innerhalb einer Woche, nicht nur Verdrossenheit, Wut und Empörung bei den Menschen in Schwachhausen und auch in anderen Stadtteilen, sondern die Große Koalition hinterlässt aus meiner Sicht ein ziemlich erschreckendes Bild ihrer Politik.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Innerhalb einer Woche haben Sie unter Beweis gestellt, dass Bürgerproteste Sie nicht interessieren, dass Sie bereit sind, auch unter massivem Polizeieinsatz die Proteste von Bürgern vom Tisch zu fegen, dass Sie Beiratsbeschlüsse ignorieren und mit Täuschung und Tricks ein Verkehrsprojekt durchsetzen wollen, das die Menschen im Stadtteil und darüber hinaus nicht wollen, das nur einen einzigen Zweck hat, nämlich diese Straße für den Autoverkehr aufzuweiten. Wir finden, das ist eine arrogante Politik der Großen Koalition.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Man muss sich das einmal vorstellen: Nach der ersten missglückten Baumfällaktion am Sonntag vor einer Woche versprechen Bürgermeister Böhrnsen und Bau- und Umweltsenator Neumeyer, dass sie beim nächsten Mal transparent vor-

gehen wollen, dass sie kooperativ sein wollen. Was folgt auf diese Sprüche? Noch mehr Nacht - und Nebelaktionen, noch weniger Informationen für Bürgerinnen und Bürgern, noch geheimere Aktionen als vorher und dies alles noch unter Einsatz massiver Polizeigewalt!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, Sie haben sich an gemachte Versprechen nicht gehalten, und dann Herr Neumeyer, müssen Sie sich doch nicht wundern, dass die Bürgerinitiative ein Gesprächsangebot ablehnt, wenn Sie die Aktion für den nächsten Tag geplant haben. Solche Gesprächsangebote sind scheinheilig und nichts weiter!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Unter dem Strich wollten Sie kurz vor der Wahl Fakten schaffen, um ein Projekt, das seit über 20 Jahren heiß umstritten ist, das die Menschen in der Stadt nicht wollen, unumkehrbar durchzusetzen. Wir finden, das ist kein gutes Demokratieverständnis.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Außerdem kann man nur sagen, wenn Sie von der Stärkung der Beiratsrechte sprechen und wenn Sie von Bürgerbeteiligung sprechen, dann spottet dies auch jeder Beschreibung. Sie scheren sich in Wirklichkeit einen feuchten Kehricht um die Beschlüsse von den drei Beiräten. Drei Beiräte haben gemeinsam gegen den Ausbau der Schwachhauser Heerstraße Beschlüsse, Beschlüsse und noch einmal Beschlüsse gefasst, sie haben ein alternatives Gutachten in Auftrag gegeben, sie haben Kompromissvorschläge gemacht. Das alles schert Sie nicht, und dann reden Sie von der Stärkung der Beiratsrechte. Wer soll Ihnen da wohl Ihre Worte noch glauben, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben es noch sehr genau im Ohr, ich glaube, es war anlässlich der Debatte zur Bebauung des Hollerlands oder zum Bau der Hollerlandtrasse, da sagte Herr Neumeyer: Ach, was regen sich denn die Umweltschützer so auf, die Vögel können doch weiterfliegen! Ähnlich zynisch, wie dieser Satz damals schon war, finde ich es, wenn Sie heute davon reden, hinterher würde doch diese Straße viel schöner, und es würden viele neue Bäume gepflanzt. Dann lassen Sie doch die, die jetzt da stehen, weiterhin stehen, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

Wer heute Bäume fällt, um eine Straße für den Autoverkehr zu verbreitern, der beweist eigentlich nur, dass er sich vor der Autolobby beugt, die die Worte drohende Klimakatastrophe, Klimaschutz im Höchstfall als Lippenbekenntnis vor sich herträgt, aber in Wirklichkeit nichts dafür tut, um dies zu verhindern, den Klimaschutz zu stärken oder aber die Klimakatastrophe zu verhindern. Nichts tun Sie! Ihre Worte sind das Papier nicht wert, auf dem sie stehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir Grünen halten die Aufweitung einer Straße, auf der heute schon die Grenzwerte weit überschritten sind, für eine verkehrte Verkehrspolitik. Wir glauben, dass diese Maßnahme unzeitgemäßer denn je ist. Ich muss Ihnen sagen, andere Städte beschließen Umweltzonen, Sie vergeben erst einmal Gutachten, wie wir vorhin gehört haben, immerhin. Aber was nützt das alles, wenn Sie auf der einen Seite von Klimaschutz, von Umweltzonen reden, aber auf der anderen Seite mit Ihrer faktischen Politik nach wie vor dem Autoverkehr hier den Vorrang geben! Dies ist eine unehrliche Politik!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ganz dreist wird es dann, wenn Sie sagen, das sei eine Maßnahme für den ÖPNV. Meine Damen und Herren, es ist alles andere, nur keine Maßnahme zur Stärkung des ÖPNVs. Der ÖPNV fährt auch heute dort problemlos. Es ist auch kein Problem, den ÖPNV weiterfahren zu lassen, auch in einem eigenen Gleisbett. Aber es ist eine politische Entscheidung, ob man das eine ernst meint, nämlich die Stärkung des ÖPNVs, oder aber sagt, trotzdem brauchen die Autos zwei Spuren links und rechts. Dann ist es nicht ehrlich, wenn Sie sagen, wir stärken den ÖPNV. Es ist auch Platz genug für die Autos mit nur einer Spur links und rechts vorhanden, und die Bäume könnten stehen bleiben. Dazu braucht man wirklich keine Bäume zu fällen.

Wir glauben, dass es überfällig ist, dass es in Bremen eine andere Verkehrspolitik gibt, eine Verkehrspolitik, die sich endlich von Riesenwachstumsprognosen verabschiedet, von ewig neuen Straßenaufweitungen und die endlich mit der Einhaltung von Luftreinhalteplänen ernst macht, die Durchgangsverkehre soweit es geht aus der Stadt und aus Wohngebieten herausnimmt, die das Wort Klimaschutz nicht nur als Lippenbekenntnis vor sich herträgt, sondern tatsächlich Maßnahmen für den Klimaschutz und für die Reduzierung des Autoverkehrs ergreift. Sie

tun das alles nicht! Sie lassen Bäume absägen, um eine Straße ohne Not zu verbreitern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Außer, dass diese Straßenaufweitung unnötig ist, kostet sie viel Geld. In der Ausweitung der Straße stecken 5,5 Millionen Euro bremische Mittel. Von den Bundeskosten möchte ich hier gar nicht reden, dann sind es nämlich über 20 Millionen Euro. Meine Damen und Herren, das ist viel Geld, und dieses Geld fehlt irgendwo anders. Ich möchte Sie noch einmal an das Wort des Bürgermeisters erinnern, hatte er neulich nicht gerade gesagt, man solle dann vielleicht lieber eine Straße weniger bauen, um das Geld sinnvoller, zum Beispiel für Soziales, auszugeben!

Meine Damen und Herren, solche Worte hören und dann sehen, was Sie tun, da können sich die Bürgerinnen und Bürger, mit Verlaub gesagt, doch nur verarscht fühlen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist wirklich schon unglaublich! Sollten Sie noch einmal das Wort von der Stärkung der Bürgerrechte, der Bürgerbeteiligung, des Bürgerengagements und so weiter in den Mund nehmen, es wird Ihnen so leicht keiner mehr vor Ort glauben, in Schwachhausen nicht, in Mitte nicht, in der östlichen Vorstadt nicht, und ich nehme an, auch in der ganzen Stadt werden Ihre Worte nur noch als hohle Phrase verstanden, aber niemals als das, was sie wirklich ernst meinen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wollen, dass Sie die Menschen auch in ihren Protesten ernst nehmen. Wir hätten uns gewünscht, dass Sie hier kompromissfähig gewesen wären im Interesse der Botschaft nach außen hin, ja, der Bremer Umweltsenator verdient diesen Namen zu Recht, er tritt ein für eine Umweltpolitik, für den Klimaschutz, für eine eindeutige Stärkung des ÖPNVs und dafür, dass man die, die immer noch meinen, Autoverkehr sei das A und O, vom Gegenteil überzeugt.

Ich wünsche mir einen Umweltsenator, der die Handelskammer davon überzeugt, dass wir eine veränderte Verkehrspolitik in Bremen brauchen. Ich wünsche mir einen Umweltsenator, der in alle Köpfe der Menschen hineinbringt, dass es höchste Zeit ist, genau zu überlegen, wo muss ich Auto fahren, wo muss ich nicht Auto fahren. Es ist höchste Zeit dafür, Schilder aufzustellen, um zu verhindern, dass Autos mit schnellem Tempo quer durch die Stadt rasen.

Wir sagen Ihnen, für Ihre Art der Verkehrspolitik werden Sie die Quittung bekommen und, ich finde, zu Recht, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Kummer.

Abg. Frau **Kummer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Harter Tobak, Frau Krusche, harter Tobak!

(Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie waren ja leider nicht da, Frau Kummer!)

Doch, ich war da! Die Aktuelle Stunde ist nicht mehr ganz so aktuell. Sie haben recht, die Bäume sind mittlerweile weg, aber völlig lindenfrei ist diese Straße beileibe nicht, da stehen noch eine ganze Menge Bäume. Sie haben recht, 16 sind weg, aber lindenfrei kann man das nicht nennen.

Wenn Sie hier sagen, wir hätten mit Täuschungen und Tricks gearbeitet, wir hatten ein hochtransparentes Beschlussverfahren! Wir haben hier gemeinsam gestanden in Deputationen, in der Bürgerschaft, im Senat, auch der Petitionsausschuss war damit befasst und die Wirtschaftförderausschüsse. Ich glaube, alle Gremien, die es hier seitens des Parlaments gibt, sind mit dieser Frage befasst worden. Jahrelang haben wir miteinander diskutiert, und da kann ich seitens des Parlaments keine Täuschungen und keine Tricks erkennen.

Auch das Gericht hat uns in unserer Beschlussfassung recht gegeben. Das Oberverwaltungsgericht hat im Dezember letzten Jahres den Beschluss gefällt und uns recht gegeben und die Revision nicht zugelassen. Deswegen weise ich hier auf das Schärfste zurück, dass wir mit Tricks und Intransparenz arbeiten. Das haben wir hier im Parlament gerade an dieser Stelle wahrlich nicht getan.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Frau Krusche, mich hat an der ganzen Aktion auch etwas geärgert, da gebe ich Ihnen insofern recht, aber aus anderem Grund. Den Abend oder den Nachmittag vorher hat mich Herr Senator Neumeyer angerufen und mir mitgeteilt, dass das Urteil mittlerweile schriftlich eingegangen sei, Revision nicht zugelassen sei und die Exekutive nun daran gehe, unsere Beschlüsse umzusetzen, sprich, dass die Bäume am Wochenende abgesägt werden würden, weil, wie Sie wissen, die Vegetationsperiode bald beginnt, und dann darf nicht mehr gesägt werden.

Am Sonntagmorgen habe ich dann von der missglückten nächtlichen Aktion gehört, und das hat mich wirklich geärgert, da hat beides nicht geklappt.

(Zuruf von der SPD: Das war aber, weil die Telefonkette zusammengeklappt ist!)

Die Information hat nicht geklappt und die Umsetzung hat auch nicht geklappt, das hat mich wirklich geärgert. Aber jeder hat irgendwie zwei Versuche, und dieses Wochenende ist dann in der Tat gesägt worden. Ich habe mir das am Sonntagvormittag angesehen, es sieht wirklich nicht schön aus, wenn Bäume abgesägt werden, da gebe ich Ihnen recht. Allerdings hielt sich auch die Zahl der Demonstranten und auch die Zahl der Polizisten in überschaubaren Grenzen, sodass ich von einer bremenweiten massiven Protestaktion, die da stattgefunden hat, nicht ganz so viel erkennen konnte.

Was mich dann auch noch geärgert hat, warum das mit der Umsetzung nicht gleich geklappt hat ich habe es eben gesagt -, weil wir hier jahrelang miteinander gerungen haben, miteinander gestritten haben, wir haben Kompromisse gefunden, das wissen Sie auch, Frau Krusche! Wir hatten damals Vorschläge von Straßen für den MIV von Straßenbreiten, 6,50 Meter waren das, glaube ich, ich weiß es nicht mehr genau, jetzt sind wir bei 5,50 Metern angelangt. Es wurden vergleichsweise viele Bäume dadurch gerettet, und ich kann daran nicht erkennen, dass das kein Kompromiss ist

Ich verstehe auch nicht ganz, Frau Krusche, worauf Sie am Ende hinauswollen. Der Beiratsgutachter Stempel, der die Beiräte auch beraten hat, hat, glaube ich, letztes Jahr den Beiräten noch vorgeschlagen, dass eine 4,75 Meter breite Straße links und rechts neben der Hochlage auch genügen würde. Nun machen wir 5,50 Meter. Wenn Sie sich die Planung ansehen und auch die Straße genau ansehen, werden Sie erkennen, dass auch eine 4,75 Meter breite Straße neben der Hochlage schlussendlich leider dazu führen würde, dass die 16 Bäume, die jetzt abgesägt wurden, auch hätten abgesägt werden müssen. Die Bäume stehen ungefähr 3,50 Meter neben der potenziellen hochgelegten Straßenbahnschiene.

Die Bäume hätten auch abgesägt werden müssen, wenn wir die Straße in dem Profil so bauen, wie wir es wollen, nämlich mit Hochlage, dann ist völlig klar, dass links und rechts daneben nicht eine kleine Wohnstraße entstehen kann. Darüber haben wir uns auch lange unterhalten, und das ist mehrheitliche Beschlusslage des Parlaments. Warum das jetzt noch einmal in dieser Aktuellen

Stunde eine so große Rolle spielt, verstehe ich auch nicht.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU - Abg. Frau Schön [Bündnis 90/Die Grünen]: Weil Sie das Problem nicht verstanden haben!)

Die andere Frage, die ich Ihnen, meine Kolleginnen und Kollegen vom Bündnis 90/Die Grünen, gern stellen würde und die Sie mir auch in den vielen Debatten noch nicht beantwortet haben, ist die Frage, wie Sie das letztendlich finanzieren wollen. Wenn man nämlich, so wie der Kollege Hollatz das in Lilienthal macht, eine Überfahrbarkeit der Schienen zulässt, fehlen Ihnen am Ende des Tages die 30 Prozent zusätzlicher Finanzierung des Bundes, die ihm jetzt in Lilienthal fehlen, das sind, wenn Sie in die Beschlusslage hineinsehen, 6,5 Millionen Euro. Das, finde ich, ist eine Menge Geld, ich weiß nicht, wo Sie das hernehmen wollen.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist das erste Mal, dass das hier angeführt wird! Dass das eine Menge Geld kostet, hat sonst nie eine Rolle gespielt!)

Sie wissen auch, dass wir die Schienen reparieren müssen, die Straßenbahnschienen sind kaputt. Jedes Jahr unterstopft Kollege Drechsler von der BSAG dort wieder die Schienen, weil sie kaputt sind. Die Straße ist kaputt, die Eisenbahnbrücke ist kaputt. Ich weiß gar nicht, wollen Sie das da so liegen lassen? Sie wissen auch, dass das Teure an der ganzen Geschichte nicht die Breite der Straße ist, sondern das sind die Schienen. Das ist das, was wirklich teuer ist.

Ich glaube, die Breite der Straße ist nicht so kostenträchtig, wie Sie das immer versuchen, uns darzustellen. Ich finde, eine Bürgerinitiative braucht uns das nicht zu beantworten, ein Beirat braucht uns das auch nicht zu beantworten, aber ich finde, jemand, der den Anspruch erhebt, nach dem 13. Mai an der Regierung beteiligt sein zu wollen, der muss mir schon die Frage beantworten, woher die 6,5 Millionen Euro am Ende des Tages kommen sollen. Diese Frage habe ich von Ihnen noch nicht beantwortet gehört. Ich hätte gern mit Ihnen um jeden Zentimeter Straße gerungen und um jeden Ast und um jedes Blatt,

(Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]: Das machen wir ja, nur sie reichten nicht! - Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das Geld haben Sie doch ausgegeben und nicht wir!)

wenn Sie mir Ihrerseits erklärt hätten, wo Sie das Geld hergenommen hätten, wenn wir der Straßenbahn dort keine Hochlage verschaffen.

(Beifall bei der SPD)

Schlussendlich, Frau Krusche, ich hoffe immer noch, dass wir die Linie 4 endlich bis nach Falkenberg über die Landesgrenze hinaus zu Ende bauen können. Die Voraussetzungen dafür sind zumindest auf Bremer Seite geschaffen, und vielleicht, Frau Krusche, können wir dann auch gemeinsam mit der Linie 4 bis Falkenberg fahren. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU)*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Krusche, Sie hatten uns vorhin Scheinheiligkeit vorgeworfen. Ich möchte diese Debatte einmal auf einen sachlichen Punkt zurückführen, allerdings nicht, ohne zu vergessen zu sagen, dass ich meine, Sie führen hier eine scheinheilige Debatte!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD - Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Und jetzt zur Sache!)

Es geht um die gleiche Linie 4, die jetzt ausgebaut werden soll zwischen Hollerallee und Bismarckstraße. Als es damals darum ging, auf der Lilienthaler Heerstraße die Linie 4 zu bauen, da hatten Sie keinerlei Hemmungen, Hunderte Bäume zu opfern,

(Beifall bei der CDU und bei der SPD - Zuruf des Abg. Kleen [SPD])

Sie wollten sogar die Mittellage machen. Sich hier jetzt hinzustellen und zu sagen, 16 Bäume, das ist eine Katastrophe, ganz Bremen wollte das nicht, das ist scheinheilig, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD - Abg. Kleen [SPD]: Bravo! - Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Da gab es gar keine Straßenbahn!)

Jetzt zu den Fakten und zu Ihrem Anspruch auf Klimaschutz, auf Umweltschutz! Was wird denn hier gemacht? In erster Linie wird ein hervorragendes, sehr umweltfreundliches Verkehrsmittel bessergestellt, das ist die Straßenbahn, die jetzt einen eigenen Gleiskörper bekommt. Das haben

-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

Sie immer gefordert, und das setzen wir jetzt durch. Das ist doch eine super Angelegenheit.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Dann sagen Sie: Feinstaub und Schadstoffe müssen reduziert werden! Vollkommen richtig! Nur, wenn die Autos im Stau stehen, dann produzieren sie mehr Schadstoffe und mehr Feinstaub. Dadurch, dass wir den Verkehr flüssig machen, wir machen ja keine Autobahn, wir machen den Verkehr nur flüssiger, haben wir Einsparungen an einer der wichtigsten und schwierigsten Kreuzung in diesem Bereich in unserer Stadt.

(Beifall bei der CDU)

Nun hat es lange Diskussionen gegeben, endlos lange Diskussionen über das Für und Wider und die Breiten der Straße. Wir haben uns in intensiven Diskussionen, in intensiven Kompromissen und in unendlichen Gesprächen schließlich im Dezember 2005 auf einen Kompromiss geeinigt. Ich finde, man kann nicht von einer Stadtautobahn oder Lkw-Trasse sprechen, wenn wir zwei 5,50 Meter breite Fahrspuren haben. Das sind überbreite Fahrspuren, und wir haben damit eine erhebliche Anzahl von Bäumen und privaten Flächen gespart. Durch die intelligente Versetzung der Haltestellen haben wir eine erhebliche Flächenersparnis erzielt. Das kann man nicht einfach vom Tisch wischen und sagen: Da ist nichts passiert. Da ist eine Menge passiert in den letzten Jahren!

Deswegen sind wir stolz, dass wir diesen Kompromiss gefunden und ihn auch überall bestätigt bekommen haben. Selbst das Gericht hat uns recht gegeben. Die Bürgerinitiative hat wegen der 4,75 Meter und 5,50 Meter, wie wir sie haben, geklagt, es ist keine Revision zugelassen. Der Kompromiss ist durchgesetzt, ist rechtskräftig, und deswegen muss auch die Politik handeln. Wenn sie etwas entschieden hat - und es ist alles in Ordnung -, besteht überhaupt kein Grund, nicht weiter zu handeln, meinen Damen und Herren. Das ist auch gemacht worden!

(Beifall bei der CDU)

Jetzt sagt man, das sei in einer Nacht- und Nebelaktion passiert. So einfach ist die Sache natürlich nicht! Es geht nicht um die 22 oder 50 Demonstranten, die zum ersten oder zweiten Mal dort gewesen sind, sondern es geht darum, dass natürlich die Sicherheit gewährleistet werden muss, weil die Bäume nicht auf Passanten fallen sollen, und außerdem muss der Strom abgestellt werden, damit die Stromleitungen der Straßenbahn-AG nicht beschädigt werden. Das ist ein

schwieriges Unterfangen, und der Bausenator hat am 16.2. nach der ersten Aktion ganz ausführlich in der Presse erläutert, warum vor Ende der vegetationsarmen Periode diese Bäume gefällt werden müssen. Das geht eben nur noch im Februar, deswegen ist die Zeit, wann das gemacht worden ist, auch ganz klar, nämlich dass es noch im Februar passieren muss, und das ist auch passiert. Insofern verstehe ich die Aufregung nicht!

Das ist ein völlig rechtsstaatliches Verfahren, das hat nichts mit schwarzer Tag für die Demokratie zu tun. Das ist ein guter Tag für die Demokratie, weil nämlich die Beschlüsse, die ordnungsgemäß, rechtskräftig zustande gekommen sind, auch durchgesetzt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Es wird ja nicht einfach so abgerissen. Im April fängt die Straßenbahn mit dem Gleisbau an, und dann geht das alles seinen Gang. Dann wird die Straße für den ÖPNV hergerichtet, die Straße bekommt einen flüssigen Verkehrsfluss, damit wir Schadstoffe einsparen, damit wir Feinstaub einsparen. Ich finde, das hat mit Scheinheiligkeit überhaupt nichts zu tun! - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst muss ich noch einmal ganz deutlich machen, dass die Große Koalition, dass der Senat sehr wohl mit Täuschung und Tricks gearbeitet hat und dass das in keinem Fall transparent war, was hier dargestellt wird, Frau Kummer. Ich weise auch den Vorwurf an meine Kollegin Frau Krusche zurück. Ich führe es jetzt einmal an mit einem Zitat aus dem "Weser-Kurier" vom 13.2.2007, da lässt Herr Neumeyer durch seinen Sprecher für die Presse im "Weser-Kurier" verlautbaren: "Noch im Februar soll ein neuer Termin zur Baumfällung angesetzt werden, die Öffentlichkeit werde frühzeitig umfassend informiert." Soweit die Verlautbarung aus dem Umweltressort!

Was sind die Tatsachen? Die Tatsachen sind, dass es dieses Mal bei der Baumfällung keine Anwohnerinformationen gab, die BSAG hat sogar falsche Auskünfte erteilt und hat gesagt, die Straßenbahnen fahren die ganze Zeit weiter durch. Der Wunsch des Beirats am Donnerstag vor der Baumfällungsaktion, bitte schön, meine Damen und Herren, die immer von den Beiräterechten, von der Berücksichtigung der Öffentlichkeit reden, am Donnerstag vorher sagt der Beirat: Er möge

bitte, weil es ein so sensibles Thema für den Stadtteil ist, das diesen Stadtteil 20 Jahre beschäftigt hat, informiert werden. Was passiert? Am Donnerstag wird ein fast einstimmiger Beschluss, eine Gegenstimme gab es, glaube ich, in dieser Beiratssitzung in dieser Richtung gefasst. Was passiert? Der Beirat erfährt kein Sterbenswörtchen.

Ehrlich gesagt, meinen Damen und Herren, nicht einmal die Notwendigkeit wird hier gesehen, eine Aktuelle Stunde abzuwarten. Das Parlament entmachtet sich auch an solchen Stellen wirklich vollständig selbst.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

So viel Intransparenz, meine Damen und Herren, und so viel, ich sage einmal, hinter das Licht Führen und Augenwischerei ist schon extrem!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der zweite Punkt: Es sei alles beschlossen! Bitte schön, ich sage, hier werden demokratische Spielregeln nicht eingehalten! Es gibt eine EU-Beschwerde dahingehend, dass gegen Gemeinschaftsrecht verstoßen wird, wenn man den Ausbau so vollzieht, wie er gedacht ist. Diese Beschwerde ist noch nicht beschieden, sie ist in Arbeit, und es wird da auch kritisiert, die Beteiligten wissen das sehr wohl, weil im Ressort sicherlich nachgefragt wird nach Fakten seitens der Europäischen Kommission, dahingehend nämlich, dass hier keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wurde, und das kann ein Verstoß gegen das Gemeinschaftsrecht sein.

Es ist kein politischer Stil, wenn man nicht abwartet, wie die Entscheidung ausfällt, sondern Fakten schafft, indem man Bäume absägt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Pflugradt [CDU]: Die Entscheidung ist gefallen!)

Die Entscheidung ist nicht gefallen, wir leben immer noch als Deutschland in einem europäischen Kontext mit europäischem Recht. Dieses europäische Recht muss sehr wohl auch in Bremen eingehalten werden und nicht irgendwie nur das, was man sich letztendlich auch hier selbst vorstellt, was der Fall sein sollte.

Der dritte Punkt: Es wird wirklich ein Märchen aufgebaut, und das weise ich auch noch einmal vollständig zurück, nämlich diese Vermischung zu behaupten, weil die Grünen für eine Sanierung und einen reduzierteren Ausbau in dem Bereich Schwachhauser Heerstraße sind, riskierten sie die Bundesgelder, und hier dann auch noch unseren

grünen Bürgermeister Hollatz anzuführen, der natürlich auch kämpft, dass die Linie 4 fortgesetzt wird! Wir wollen das alle, und wir ziehen da auch an einem Strang.

Es gibt, das ist auch ein ganz, ganz ärgerlicher Punkt, da haben ganz viele konstruktiv über Jahre daran gearbeitet. Beiräte seitens der CDU. Beiräte von den Grünen, Beiräte von der SPD, von der FDP und so weiter, nämlich einen Konsens auf Grundlage des sogenannten Stempel-Gutachtens. Dieser Konsens würde natürlich bedeuten, dass die Straßenbahn ein eigenes Gleisbett bekommt. Dieser Konsens bedeutet natürlich auch, dass die Bundesgelder zur Verfügung ständen. All das, was uns hier jetzt vorgeworfen wird, was wir behindern würden aufgrund der Tatsache, dass wir gegen den Ausbau, und zwar so, wie er jetzt beschlossen ist, sind, ist letztendlich die Unwahrheit und muss von uns total zurückgewiesen werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Manchmal, meine Damen und Herren, denke ich, ich bin im falschen Film, oder was passiert hier eigentlich, weil es auch Verdrehungen von Tatsachen gibt, und von daher ist es ein Problem. Ich habe das Gefühl, dass in einer Großen Koalition Sein und Schein unheimlich auseinanderweichen und dass man auch nicht in der Zeit angekommen ist. Wenn ich denke, Klimakatastrophe, Bürgerproteste, Überschreitung der Schadstoffgrenzwerte, all das ficht Sie hier, meine Damen und Herren, anscheinend nicht an. Wir kämpfen dafür, dass sich das endlich einmal in Bremen wieder verändert. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Neumeyer.

Senator Neumeyer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit 1999 ist die Linie 4, so wie wir sie heute in der Ausbauplanung kennen, Beschlusslage hier in diesem Hause. Seit 1999 wissen wir, dass der Bund sich an der Finanzierung der Linie 4 beteiligt, und zwar maßgeblich, wenn es zu einem durchgängig eigenständigen Gleiskörper der Linie 4 in der gesamten Ausbaustufe kommt. Dass das da in der Zeit geglückt war, das ist keineswegs selbstverständlich gewesen, dass wir eine Straßenbahnverbindung beim Bund anrechnen können als Großvorhaben. Andere Bundesländer gehen mit Autobahnen in die Anmeldung bei Großvorhaben, und wir sind mit einer Straßenbahn gegangen. Es hatte eine Begründung, weil wir tatsächlich die Hochpflasterung durchsetzen und erreichen wollten.

Wir haben die Straßenbahnlinie 4 heute bis nach Borgfeld gebaut. Wir stehen dafür, dass wir die Straßenbahnlinie bis zum Falkenberger Kreuz verlängern wollen, und zwar genauso, wie das bereits 1999 hier auf den Weg gebracht wurde. Da geht es nicht, dass wir zwischendrin einen Torso haben, dass wir zwischendrin ein Nadelöhr haben. Die Straßenbahnlinie 4 fährt nur an einer einzigen Stelle zwischen Bismarckstraße und Hollerallee nicht auf einem eigenständigem Gleiskörper und muss sich exakt an der Stelle mit dem Individualverkehr den Straßenraum teilen.

Das heißt, alles, was wir an Beschleunigung, alles, was wir an Einladung zum Umsteigen auf die Linie 4 ausgesprochen haben, indem wir garantierte Fahrgastzeiten, eine garantiert bessere Fahrwegeverbindung über den ÖPNV als über den Individualverkehr auf den Weg gebracht haben, wird genau durch dieses Nadelöhr kaputt gemacht. Deswegen, meine Damen und Herren, wenn man für den ÖPNV ist, dann muss man dafür sein, dass die Linie 4 durchgängig auf einem eigenständigen Gleiskörper geführt wird.

(Beifall bei der CDU)

Die Beschlusslage war 1999 und im Übrigen auch die damit einhergehende Planaufstellungsbeschlusslage. Insofern ist alles Quatsch, was jetzt erzählt wird, dass es EU-Beschwerden gibt, die noch einmal wieder die Beschlusslage des Parlaments berühren und die zu einer aufschiebenden Wirkung des Gerichtsentscheides führen werden. Im Gegenteil, das Gericht hat eindeutig festgestellt, dass es keine aufschiebende Wirkung gibt, sondern dass es umzusetzen ist. Gerade wenn man es ernst nimmt mit dem Baumschutz, wenn man es ernst nimmt mit der vegetationsfreien Zeit, dann hat man nur ein begrenztes Zeitfenster, es ging eben nur bis zum 28. Februar. Das sage ich auch: Wer Umweltschutz will, der darf es nicht nur in versteckten Zirkeln predigen, sondern der muss das dann auch in der Realität umsetzen, und das heißt, Baumschutz gilt verstärkt ab dem 1. März.

(Beifall bei der CDU)

Es hat hier auch im Parlament eine lange Diskussion gegeben, ob denn die 6,50 Meter - ich finde das ja richtig, es ist schon angesprochen worden - wirklich angemessen sind in diesem innerstädtischen Raum. Dann hat es hier im Parlament einen neuen Kompromiss gegeben, das war im Dezember 2005. Ich bin sehr dankbar dafür. Diesen Kompromiss haben im wesentlichen Carsten Sieling und Jens Eckhoff damals mit beschrieben, der sehr sorgsam, sehr sorgfältig auch, die engsten Nöte und Befürchtungen, dass hier eine Stadtautobahn gebaut werden könnte, aufgenommen hat.

Es ist dann aus 6,50 Metern eine Fahrbahnbreite von 5,50 Metern mit einer Schraffierung in der Mitte als Kompromiss herausgekommen.

Die Beiräte haben im Übrigen nie gesagt, dass sie keine entsprechenden Umbaumaßnahmen haben wollen, sondern sie haben 4,75 Meter gesagt. Zum Anschauen: Das ist der Unterschied zwischen 5,50 Meter, wie es das Parlament beschlossen hat, und 4,75 Meter, wie es auch die Beiräte gefordert haben. Wenn man sich das ansieht, dann weiß man, dass es natürlich richtig ist, dass die Bäume auch bei 4,75 Meter hätten geopfert werden müssen. Deswegen ist es in Wirklichkeit so, die Bäume werden nur vorgeschoben, weil man in Wirklichkeit etwas ganz anderes möchte.

(Beifall bei der CDU)

Bitte nehmen Sie doch zur Kenntnis, dass wir hier zu einer deutlichen Verbesserung der Infrastruktur für alle Verkehrsteilnehmer kommen! Der Fußweg wird verbessert, der Radweg wir verbessert, die Straßenbahn hat einen eigenen Gleiskörper, und es wird am Ende die Qualität haben, wie wir sie auch zwischen Hollerallee und Kurfürstenallee kennen. Kein Mensch würde auf die Idee kommen zu sagen, dass das nicht eine gute Ausprägung einer innerstädtischen Verkehrswegeverbindung ist. Kein Mensch würde sagen, dass das eine brutale Stadtautobahn ist. Vielmehr würde ieder sagen, hier werden die Verkehrsteilnehmer sehr sorgsam, sehr vernünftig nebeneinander auf engem innerstädtischen Raum organisiert, und nichts anderes haben wir hier auch vor.

Wenn Sie dann sagen, das ist in Wirklichkeit eine ausschließlich autofreundliche Maßnahme, dann reden Sie doch an den Realitäten vorbei. Sie wissen doch genau, dass wir die Schwachhauser Heerstraße aus dem Lkw-Führungsnetz herausgenommen haben. Sie wissen doch genau, dass die Verkehrszählungen ergeben haben, dass wir gerade einmal 3 Prozent Lkw-Verkehre überhaupt noch in der Schwachhauser Heerstraße haben. Wer dann so tut, als ob hier eine Riesentrasse entstehen würde, auf der die Lkw lang fahren, der redet doch an den Realitäten vorbei und sagt hier im Parlament auch nicht die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden am Ende feststellen, es werden neue Gleise, die nicht so viel Lärm verursachen, installiert werden. Es wird eine neue Fahrbahndecke installiert werden, die weniger Geräusche verursacht. Wir werden Lärmschutzmaßnahmen an dem maroden Brückenbauwerk der DB haben, die sich lange gemeldet hat. Es ist die wesentliche Achse, die den Bremer Hauptbahnhof mit den

Verkehrszentren überhaupt verbindet. Diese Brücke ist zu sanieren, und die Brückenbaumaßnahme soll im Herbst realisiert werden.

Was, bitte schön, hätten wir eigentlich der Bundesbahn sagen sollen, was hätten wir sagen sollen, wenn wir nicht vorher den Verkehrsraum gesichert und geschützt hätten, dass die Bundesbahn diese wesentliche Verkehrsachse hätte, die uns den Anschluss an Hannover, Hamburg, Osnabrück und überall hin regeneriert, was hätten wir denen sagen sollen? Hätten wir sagen sollen, wegen 16 Bäumen wollen wir, dass der Bremer Hauptbahnhof abgehängt ist? Meine Damen und Herren von den Grünen, das ist keine vernünftige Alternative!

(Beifall bei der CDU)

Wir werden 38 neue Bäume dort pflanzen. Das, finde ich, ist auch wichtig, dass man das weiß. Ich sage auch ganz ehrlich, mich hat die Diskussion betroffen gemacht, als wir den ersten Versuch gestartet haben. Es waren dort 20 Demonstranten, die Anwohner sind im Übrigen alle informiert worden, dass die Aktion bevorsteht. Es war klar, dass wir die Straßenbahnlinie 4 aus Sicherheitsgründen vom Netz nehmen müssen während der Baumaßnahme, und es macht Sinn, dass dies nicht in der Rushhour passiert, sondern es macht Sinn, dass so etwas in einer verkehrsarmen Zeit passiert. Das ist am Wochenende, das ist in den Abendstunden, in den frühen Morgenstunden, sodass man so wenig wie möglich Beeinträchtigungen hat, damit die Straßenbahn auch entsprechend fahren kann.

Ich finde schon, dass man die Verärgerung auch ernst nehmen muss, und es ärgert mich selbst, dass aufgrund dieser Fakten, also der Voraussetzung, dass das nur in einer verkehrsarmen Zeit entstehen und vollzogen werden konnte, der Eindruck entstand, dass dies unter Ausschluss der Öffentlichkeit bei Nacht und Nebel, Frau Krusche, wie Sie das nennen, gemacht wurde.

Insofern, das nehme ich auch sehr kritisch an, sage ich auch ganz offen, ärgert es mich, dass wir durch diese Fakten den Eindruck erweckt haben. Ich bin sicher, bei der zweiten Aktion, da haben wir auch das Angebot gemacht, mit der Initiative noch einmal zu sprechen. Wenn sie dem Gespräch gefolgt wären, hätten wir auch gesagt, wann es losgeht. Aber, Frau Krusche, nehmen Sie es mir nicht übel, dass wir Sie nicht noch anrufen, wann es losgeht, Sie wohnen ja schließlich an der Schwachhauser Heerstraße. Das ist ein Stück zu weit gewesen.

(Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]: Es ist unglaublich, was Sie hier erzählen!)

Sie müssten sich den Wecker dann schon selbst stellen.

(Beifall bei der CDU)

Insgesamt lassen wir uns von Ihnen nichts vorwerfen. Wir machen hier das größte Ausbauprogramm, das den ÖPNV überhaupt betrifft. Wir verlängern die Straßenbahnlinie 4 nach Lilienthal, die Linie 1 nach Osterholz, die Linie 10 zum Mercedes-Werk nach Hemelingen, die Linie 8 in Richtung Stuhr/Weyhe. Das heißt, wir machen hier Verkehrspolitik, politisch eine Steuerung in Richtung ÖPNV. Wir haben in Vorbereitung gemeinsam mit dem Land Niedersachsen eine S-Bahn-Ausschreibung, die überhaupt erstmalig für uns den Verkehrsraum, hier ein S-Bahn-Netz am Bremer Kreuz, erschließt.

Das ist in Wirklichkeit doch eine Orientierung zu einer ÖPNV-Politik, wie die Grünen sie niemals haben aufschreiben können hier in Bremen. Jetzt tun Sie so, als wenn das nicht stattfinden würde, das ist doch in Wirklichkeit eine Ignoranz der Tatsachen, um die es in Wirklichkeit geht.

(Beifall bei der CDU)

Ich freue mich sehr, dass die Baumfällaktion am Wochenende sehr friedlich vollzogen werden konnte.

(Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]: Waren Sie dabei?)

Ich habe mir ehrlich gesagt große Sorgen darum gemacht, dass unnötig Härte auf den Weg gebracht werden muss. Ich bin allen Beteiligten, insbesondere auch der Polizei und den Demonstranten, dankbar dafür, dass man sich hier auf einen sehr ordentliche Dialog eingelassen hat. Es galt immer sehr wohl die Maxime, Menschen dürfen in keiner Weise zu Schaden kommen. Ich bin sehr froh, dass das in der Umsetzung geglückt ist. Das war eine sehr angemessene, sehr zurückhaltende, sehr deeskalierende Vorgehensweise, und zwar von allen Beteiligten.

(Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]: Man sollte meinen, Sie haben daneben gestanden!)

Dafür ein herzliches Dankeschön sowohl an die Demonstrierenden als auch an die Polizei, die schlussendlich die Demonstrierenden davor geschützt hat, dass irgendwelche Äste auf sie herabgefallen sind.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Wer sägt, der geht, Herr Neumeyer!)

Kurzum, ich gehe jetzt von diesem Platz, aber Sie werden noch mit mir zu rechnen haben, Frau Kollegin Abgeordnete! Ich lade Sie ein, wenn die Linie 4 dann bis zum Falkenberger Kreuz fährt.

(Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]: Es geht nicht um die Linie 4! Reden Sie doch nicht immer am Thema vorbei!)

Frau Krusche, dann fahren wir gemeinsam vorbei, wir werden nicht mehr im Stau stehen. Ich bin sicher, Sie werden auch einsteigen! Sie werden nicht mehr im Stau stehen mit dem Individualverkehr in der Schwachhauser Heerstraße, sondern steigen Sie doch um, steigen Sie in die Linie 4 ein, und machen Sie ernst! Wer jetzt so tut, taktisch ist, vor der Wahl ist nach der Wahl, denn viele haben mir den Rat gegeben: Lieber Herr Neumeyer, lassen Sie das jetzt sein, machen Sie es doch kurz nach der Wahl!

Das wäre in Wirklichkeit eine Verschleierungspolitik. Das ist mit mir nicht zu machen! Ich bin für einen transparenten Prozess. Es gibt eine klare Entscheidungsgrundlage hier in diesem Hause in allen möglichen Gremien.

Das Gericht hat es entschieden, und es gibt überhaupt gar keinen Grund zur Änderung, weil 20 Demonstranten, davon waren 6 Abgeordnete aus diesem Hause, gerufen haben: Wir sind das Volk!

(Beifall bei der CDU - Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Ich sage ja, Arroganz der Macht! Nichts weiter!)

Ich bin froh, dass sie wieder zurück ins Parlament gekommen sind. Es gibt überhaupt keinen Grund, dass wir wegen dieser 6 Abgeordneten die Mehrheit im Parlament ignorieren. - Danke!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aktuelle Stunde geschlossen.

Umsetzung der EU-Arbeitszeitrichtlinie bei der Feuerwehr Bremen

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU

vom 27. September 2006 (Drucksache 16/608 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 19. Dezember 2006 (Drucksache 16/647 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Bürgermeister Röwekamp.

Gemäß Paragraf 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen. Herr Bürgermeister Röwekamp, ich gehe davon aus, dass Sie darauf verzichten wollen, sodass wir gleich in eine Aussprache eintreten können. - Das ist der Fall.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tschöpe.

Abg. **Tschöpe** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Feuerwehren sind das Rückgrat der nicht polizeilichen Gefahrenabwehr. Ohne eine starke Berufsfeuerwehr wäre im Bereich der Gefahrenabwehr alles nichts!

(Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

Ohne diese Beamtinnen und Beamten würde kein Feuer gelöscht, kein Chemieunfall beherrscht, kein Verunfallter aus seinem Fahrzeugen geborgen. Gleichfalls könnte kein Massenunfall von Verletzten beispielsweise nach einem Bus- oder Zugunglück ohne die technische Hilfestellung der Feuerwehr bewältigt werden. Die Herstellung und die Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft einer Feuerwehr ist Kernaufgabe staatlicher Daseinsvorsorge.

Zurzeit verrichten in Bremen circa 500 Menschen diesen öffentlichen Dienst. Die Beamten, die an vorderster Front beim Löschen, Helfen, Bergen stehen, haben bisher eine durchschnittliche Arbeitszeit von 56 Stunden die Woche gehabt. Die Begründung für diese unüblich lange Arbeitszeit war die an sich beruhigende Tatsache, dass ihr Einsatz nicht dauernd erforderlich war, da Feuer, Unfälle und Katastrophen weder planbar sind noch regelmäßig oder dauernd anfallen und den Männern und den Frauen insoweit auch Bereitschaftszeiten zufallen, zu denen sie zwar auf den Feuerwachen anwesend sind, aber nicht konkret mit der Brandbekämpfung oder technischen Hilfeleistung beschäftigt sind.

Für den öffentlichen Arbeitgeber war diese Sichtweise bequem, bezahlt er doch einem Arbeitnehmer, der überproportional seine Arbeitskraft zur Verfügung stellen musste, und wälzte den Annahmeverzug, nämlich die Bereitschaftszeiten, auf die Arbeitnehmer ab. Dass diese einseitige Lastenverteilung schon immer ungerecht gewesen ist, versteht sich von selbst. Dass sie nunmehr auch als unrechtmäßig anzusehen ist, hat dankenswerter Weise der Europäische Gerichtshof mit seiner Entscheidung vom 14. Juli 2005 klargestellt. In dieser Entscheidung stellt der Europäische Gerichtshof fest, dass die Tätigkeiten, die von Einsatzkräften einer staatlichen Feuerwehr verrichtet werden, in der Regel in den Anwendungsbereich des Artikels 6 Nummer 2 der EU-Arbeitszeitrichtlinie fallen.

Diese Arbeitszeitrichtlinie enthält Mindestvorschriften für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz bei der Arbeitszeitgestaltung. Als absoluten Mindeststandard legt diese Richtlinie fest, dass wöchentlich nicht mehr als 48 Stunden gearbeitet werden darf. Von dieser Regelung darf nur dann abgewichen werden, wenn der Gesundheitsschutz der Mitarbeiter auf andere Weise gleichwertig sichergestellt werden kann und die Mitarbeiter dies wollen. Diese sogenannte Opt-out-Regelung ist am verständlichen Widerstand des Personalrats gescheitert, da Bremen weder eine andere gleichwertige Sicherstellung des Gesundheitsschutzes noch eine Abgeltung der Mehrarbeit angeboten hat.

Durch die Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit der Beamten erhöht sich nach dem Prinzip der kommunizierenden Röhren der Personalbedarf bei der Berufsfeuerwehr um circa 15 Prozent. Alternativ hierzu könnte allenfalls theoretisch das Leistungsangebot der Feuerwehr um den gleichen Prozentsatz gesenkt werden. Eine solche Reduzierung der Leistungen im Lösch- und Hilfeleistungsbereich und bei Massenanfall von Verletzten kann und darf jedoch kein Weg sein.

(Beifall bei der SPD)

Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, dass eine Feuerwehreinheit handlungsfähig spätestens innerhalb von 10 Minuten bei einem Brand oder einem Unfall eintrifft. Ein Staat, der solche Kernaufgaben nicht darstellen kann oder will, verliert seine Legitimation als soziales Gemeinwesen. Das 10-Minuten-Schutzziel muss erhalten bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Gleichfalls ist es unter den derzeitigen Haushaltsbedingungen jedoch kaum vorstellbar, dass der Senat dauerhaft das rechnerisch benötigte Personal von 75 Beamten zur Verfügung stellen kann. Die Idee, freiwillige Feuerwehren als Puffer für diesen Personalbedarf einzusetzen, würde verkennen, dass in städtischen Strukturen nur einige freiwillige Feuerwehren tagesalarmsicher einzusetzen sind. Eine reguläre Einbindung von Freiwilligen in den dauernden Dienstbetrieb wird durch den Landesfeuerwehrverband abgelehnt und widerspricht im Übrigen auch sämtlichen Ansätzen zur Motivation von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern.

(Beifall bei der SPD)

Es wäre insoweit ein die Bürgerkommune Bremen konterkarierender Schritt. Folgerichtig schließt der Senat eine solche Lösung auch aus. Übrig bleibt zur Deckung des Personalbedarfs ein Mix aus optimierter Dienstplangestaltung, intelligenten Einsatzkonzepten, anteiligen Neueinstellungen und Aufgabenkritik. Die Feuerwehr hat vor diesem Hintergrund bereits die nicht zu ihrem originären Aufgabenbereich gehörende Personalgestellung für den Sekundärtransporthubschrauber der DRF eingestellt. Dies ist auch richtig so.

Unklar ist mir allerdings die Strategie, die gesetzlich vorgeschriebenen Brandsicherheitswachen und auch die Besetzung des DRF-Hubschraubers in Zukunft durch Feuerwehrbeamte in Nebentätigkeit ausüben zu lassen. Soll hier etwa das vorherige Etikett Bereitschaftsdienst nun durch eine Nebentätigkeit ersetzt werden? Eine Nebentätigkeit beim selben Arbeitgeber erscheint eine zumindest gewagte Konstruktion zu sein, wenn gleichzeitig Konsens darüber besteht, dass zum Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer nach der EU-Arbeitszeitrichtlinie eine Beschäftigungsbegrenzung auf 48 Wochenarbeitsstunden einen Mindeststandard festlegt.

Die Antwort des Senats auf die Frage, ob und welche Aufgaben, die nicht zum Kern der Daseinsvorsorge gehören, übertragen oder eingestellt werden können, ist deshalb meines Erachtens nachbesserungswürdig. Nach erfolgter Nachbesserung bei der Aufgabenkritik hat ein verantwortungsvolles Gemeinwesen die dann noch notwendigen Neueinstellungen zeitnah vorzunehmen. Zum einem ist die Einsatzbereitschaft der Feuerwehr in ihren Kernaufgaben verlässlich sicherzustellen, zum anderen ist der Mindeststandard des Gesundheitsschutzes von 48 Wochenstunden für die Feuerwehr schnellstmöglich umzusetzen.

Gestatten Sie mir zum Abschluss einen kurzen historischen Exkurs! In Rom wurde im Jahr 21 vor Christus die erste Feuerwehr mit 600 Sklaven gegründet. Ich denke, Bremen sollte sich dies, obwohl unsere Landesregierung auch den Namen Senat trägt, nicht zum Vorbild nehmen. - Besten Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Herderhorst.

(Bürgermeister Röwekamp: Wer war denn zu dem Zeitpunkt König? - Heiterkeit - Abg. Dr. Sieling [SPD]: Wir Sozialdemokraten kennen nur die Sklaven! Aber alle namentlich!)

Abg. Herderhorst (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich feststellen, dass durch die Europäische Union eine Vielzahl von Richtlinien national umgesetzt werden muss. Eine davon ist die, die wir heute hier zum Thema haben.

Ich möchte, gestatten Sie mir das vorweg, nur folgende Anmerkung machen: Ich finde es langsam irritierend, wie viele Richtlinien hier in deutsches Recht umgesetzt werden müssen. In allen Bereichen der Exekutive werden diese Richtlinien eintreffen und sind eingetroffen und sind dann entsprechend umzusetzen, ob das vorteilhaft oder nachteilig ist, sei dann dahingestellt. Im Übrigen, glaube ich so langsam, wirkt das genau dem entgegen, was wir hier nicht nur in Bremen, sondern auch bundesweit auf die Agenda geschrieben haben, nämlich die Verwaltungsvereinfachung und den Abbau der Bürokratie. Dies ist genau das Gegenteil!

Meine Damen und Herren, nun zum eigentlichen Thema! Ich gehe davon aus, dass diese Richtlinie einheitlich für die Berufsfeuerwehren in Deutschland und in den Kommunen entsprechend gleichmäßig umgesetzt wird, also auch in Bremen und Bremerhaven. Soweit ich aus Bremerhaven höre, geht man dort den Weg über eine Stellenvermehrung und Erhöhung von 20 Stellen und eine Übergangsregelung bis 2009, durch die Beamte einen finanziellen Ausgleich erhalten. Damit wird dann die 48-Stunden-Arbeitszeitgrenze erreicht. Da dieses Thema, wie gesagt, kommunal ist, erlaube ich mir nicht, dazu Stellung zu beziehen.

In Bremen, meine Damen und Herren, hat sich die Deputation für Inneres bereits am 7. November 2006 mit diesem Thema ausführlich befasst. Schon damals sind wir in der Deputation zu dem Schluss gekommen, dass wir die geplanten Maßnahmen zur Umsetzung dieser europäischen Vorgaben, insbesondere des EuGH-Urteils, unter Berücksichtigung des Schutzziels der Richtlinie, nämlich Sicherheits- und Gesundheitsschutz der

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, hier in diesem Fall also der Feuerwehrbeamtinnen und -beamten der Berufsfeuerwehr, und das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung unter Berücksichtigung natürlich des Haushalts, als einzigen Weg erkannt haben. Dabei, das möchte ich noch einmal deutlich hervorheben, gilt das verantwortlich nicht abänderbare Schutzziel für die Feuerwehr, 8 Beamte in 10 Minuten am Einsatzort.

Meine Damen und Herren, es wäre einfach gewesen, den Knoten durchzuschlagen, wenn wir sofort 44 Beamte mehr einstellen könnten. Damit wäre ein Äquivalent für die Absenkung der Mindestarbeitszeit geschaffen. Aber so einfach ist die Welt auch hier in Bremen natürlich nicht, sondern wir müssen uns der Haushaltslage unterwerfen. Insofern wäre diese Lösung zwar einfach, aber nicht realisierbar.

Deshalb haben wir in der Deputation, wie gesagt, auch den Lösungsvorschlag des Senators für Inneres begrüßt. Durch aufgabenkritische, strukturelle und dienstrechtliche Maßnahmen - dazu gehören dann auch die Nebentätigkeiten, die eben von Herrn Tschöpe angesprochen worden sind, wobei ich da keine Kollision sehe, ganz im Gegenteil, aber das müsste ich ietzt besonders ausführen, das erspare ich mir einmal - ist diese Richtlinie umgesetzt worden und damit lediglich ein Personalmehrbedarf von 11 Vollzeitbeschäftigten entstanden. Sollte die Prüfung der Kooperation mit Betriebsfeuerwehren positiv ausgehen, kann unter Umständen eine weitere Reduzierung der Personalmehrbedarfe um 5 Beschäftigungsvolumen angenommen werden, sodass sich der Mehrbedarf auf 6,27 Beamte belaufen würde.

Meine Damen und Herren, der Senat hat im Prinzip auf der Grundlage der Deputationsvorlage auf die Große Anfrage geantwortet. Daraus schließe ich, dass sich zwischenzeitlich die Zielrichtung nicht geändert hat und die Dienstzeitregelung ab 1. April in Kraft tritt. Dabei wird das Brandschutzziel eingehalten und die Sicherheit der Bürger nicht gefährdet. Meine Damen und Herren, ich glaube, dass weite Teile der Antwort auch betriebsinternen Charakter haben und zwischen Feuerwehrleitung, Personalrat der Feuerwehr und dem Senator für Inneres geregelt werden und auch geregelt werden können.

An dieser Stelle möchte ich es nicht versäumen, allen Beteiligten, besonders auch den Feuerwehrbeamtinnen und -beamten, dafür zu danken, dass sie bereit sind, diese Regelungen so zu akzeptieren. Dabei ist völlig klar, ich sagte es, dass eine Lösung, entsprechend mehr Personal einzustellen, der einfachste Weg wäre. Leider müssen wir Wünschenswertes zurzeit zurückstellen. Umso

mehr halten wir diese Lösung für akzeptabel, insbesondere unter dem Schutzgedanken für die Beschäftigten wie auch für die Bürger, die ihr Sicherheitsbedürfnis weiterhin garantiert bekommen.

Der Versuch von Leitung und Personalrat, über eine sogenannte Opt-out-Regelung, Kollege Tschöpe hat es eben angesprochen, also einer individuell vertraglichen Regelung, über 48 Stunden hinaus zu arbeiten, scheiterte daran, dass nur 70 Prozent der Beschäftigten einverstanden waren. Leider ein Anteil, der nicht ausreicht, um die Richtlinie umsetzen zu können! Meine Damen und Herren, ein Kompensationsmodell, das die absolute Einbindung der freiwilligen Feuerwehren zum Inhalt hätte, ist aus den Antworten zu Frage 5 ausführlich als unrealistisch dargestellt.

Über das beschriebene große Maß an ehrenamtlichen Aktivitäten der freiwilligen Feuerwehren hinaus ist keine Möglichkeit gegeben, eine Unterschreitung der Zielzahl zu kompensieren. Dabei ist allen ehrenamtlich tätigen Feuerwehrbeamtinnen und -beamten ausdrücklich für ihren hochgeschätzten Einsatzwert und Einsatzwillen zu danken, die permanent zusätzlich mit der Berufsfeuerwehr nicht polizeiliche Gefahrenabwehr gewährleisten.

Meine Damen und Herren, anhängige Klageverfahren werden zeigen, ob in die Vergangenheit hinein Verpflichtungen zur Vergütung von Mehrarbeit entstehen. Die Urteile anderer Verwaltungsgerichte können wir dabei zur Kenntnis nehmen, entscheidend ist, was das bremische Verwaltungsgericht beziehungsweise Oberverwaltungsgericht dazu aussagen wird.

Meine Damen und Herren, der nächste Doppelhaushalt und die Ausbildungsplanungen müssen zeigen, inwieweit insgesamt den Mehrbedarfen Rechnung getragen werden kann. Ich kann nur an das Parlament und den nächsten Senat appellieren, das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung nicht einzuschränken, sondern im Gegenteil mit Priorität zu versehen. Die Gefahren abwehrenden Kräfte des Vollzugsdienstes in Bremen und Bremerhaven müssen die volle Unterstützung der Politik bei ihrer schweren, gefahrvollen Aufgabenerfüllung erfahren.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch für die Grünen ist der Brandschutz Kernaufgabe staatlicher Daseinsvorsorge. Wir tei-

len mit der Großen Koalition das von Ihnen hier vorgestellte Brandschutzziel, was die Personenzahl und den Zeitabstand betrifft, bis zu dem ein Löschfahrzeug vor Ort sein soll. Es gibt, glaube ich, keine wirklichen politischen Differenzen in dieser Frage. Ich möchte Sie in dem Punkt auch noch einmal loben, weil Sie hier auch vor den neuen Haushaltsberatungen einen deutlichen Bedarf anmelden und das nicht vertuschen. Jedem, der hier heute zugehört hat, ist klar, dass die zukünftigen Haushaltsberatungen ein Problem sind. Man muss das Problem lösen, so oder so, es existiert leider. Eine vollständige Lösung dieses Problems kostet auch eine ganze Menge Geld.

Der Wahrheit zuliebe muss man vielleicht noch sagen, dass schon seit 1995 eigentlich jedem, der es hätte wissen wollen, hätte klar sein müssen, dass wir bei den Arbeitszeitrichtlinien der Feuerwehrbeamtinnen und -beamten etwas ändern müssen. Jetzt nach dem EuGH-Urteil geht es wirklich nicht mehr anders. Eine 48-Stunden-Woche ist genug, diese EU-Arbeitszeitrichtlinie muss durchgesetzt werden.

Mir geht es da nicht so wie Herrn Herderhorst, der jetzt hier meint, wir müssten immer nur das machen, was die EU uns vorträgt. Ich meine, es ist doch gut, etwas durchzusetzen, das richtig ist. Vorher, das sehe ich auch wie Herr Tschöpe, fand eine Art von ziemlich übler Ausbeutung statt, und ohne die Vorgaben der EU hätten wir hier nicht die Kraft gehabt zu sagen, jetzt ist aber Schluss, bis hierher und nicht weiter. Insofern begrüße ich ausdrücklich, dass eine stärkere Ebene Vorgaben macht, die auch Arbeitnehmerstandards in Bremen betreffen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wenn man die EU-Arbeitszeitrichtlinie durchsetzt, Herr Tschöpe hat es schon gesagt, dann kommt man dazu, dass 15 Prozent mehr Feuerwehrbeamtinnen und -beamte eingestellt werden müssten. Das sind nach dem jetzigen Stand 75 Stellen, das macht so ungefähr 4 Millionen Euro aus, und das ist wirklich sehr viel Geld. Da teile ich, was Herr Herderhorst gesagt hat, das wird man bei uns so einfach, so schlank und so schnell nicht hinbekommen.

Insofern begrüßen die Grünen, dass der Senat sich daran macht, ein Konzept vorzulegen, ich sage es einmal flapsig, in dem dieser Bedarf ein bisschen kleingehackt wird. Wie kann man einen Kompromiss zwischen der Haushaltslage finden und dem, was wir eigentlich machen müssten? Wie kann man vielleicht ein bisschen Entlastungen für die Feuerwehr bei den Tätigkeiten schaf-

fen, sodass man doch mit einer geringeren Anzahl von Beamtinnen und Beamten vielleicht hinkommen kann?

Man darf das Problem nicht aussitzen, das ist hier, glaube ich, auch deutlich geworden, nachdem man schon seit 1995 immer versucht, so zu tun, als müsse man sich dem gar nicht stellen. Damit ist jetzt einfach Schluss! Vom Senat sind sinnvolle Dinge vorgeschlagen worden, die im politischen Raum vielleicht nicht strittig sind, das betrifft insbesondere auch die gemeinsame erfolgte Absage, dass eine Kompensation über die freiwillige Feuerwehr erfolgen kann. Darin sind wir uns einig, das kann man nicht machen! Das macht auch das System der freiwilligen Feuerwehr kaputt!

Mir geht es auch ein bisschen so, dass ich dazu, was für den Ausbau von Nebentätigkeiten angedacht worden ist, viele Fragen habe. Man kann nicht die Arbeitszeit der Feuerwehrleute reduzieren und dann gleichzeitig akzeptieren, dass sie zusätzlich, weil man sagt, es geht um Gesundheits- und Arbeitsschutz, andere Dingen machen. Ich glaube, dass das so nicht geht.

Wir haben die Große Anfrage hier so verstanden, dass der Senat Vorbereitungen treffen will für die nächsten Haushaltsberatungen und sich daran macht, ein Konzept vorzulegen, das Kompromisse schließt zwischen dem, was wir uns gemeinsam wünschen, was vielleicht auch erforderlich wäre, und dem, was die Haushaltslage hergibt.

Dem werden sich die Grünen stellen, das ist auch sinnvoll in Richtung Transparenz über die Haushaltsbedarfe der nächsten Jahre. Dabei herauskommen werden Kompromisse, wie meistens im Leben, und ein Stufenplan, das geht sowieso nicht anders, weil man auch gar nicht die Feuerwehrbeamten, die man einstellen möchte, auf einen Schlag hat. Insofern muss man sich auf den Weg über einen Zeitraum von mehreren Jahren machen, um die Situation gesetzesadäquat zu regeln.

Der Aussage zu Bremerhaven, die Herr Herderhorst hier getroffen hat, kann ich mich anschließen. Man kann von hier aus allerdings dann an den Magistrat nur appellieren, dass an dem Punkt gleiche Standards in Bremen und Bremerhaven herrschen. - Ich bedanke mich!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält Herr Bürgermeister Röwekamp.

Bürgermeister Röwekamp*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin sehr dankbar dafür, dass das Parlament so konventional über die Auswirkungen der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs hier debattiert und dem Senat Unterstützung signalisiert für die Form der Umsetzung. Ich glaube, dass das ein zwar nicht ganz leichter, aber am Ende doch sehr vernünftiger Weg ist, den wir hier in Bremen in Verantwortung für die Brandbekämpfung der hier lebenden Menschen, aber insbesondere auch im Hinblick auf das bei der Feuerwehr Bremen beschäftigte Personal gefunden haben.

Ich möchte, Frau Linnert, vielleicht trotzdem ein bisschen dem Eindruck widersprechen, man hätte das schon alles viel früher wissen können. Sie wissen genauso gut wie wir, dass wir mit einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts im Rücken, die ausdrücklich festgestellt hat, dass die Bereitschaftszeit bei Feuerwehrbeamtinnen und -beamten eben nicht als Arbeitszeit im Sinne der Richtlinie zu gelten hat, in die anstehenden Verhandlungen gegangen sind. Insofern sind wir von der Entscheidung des EuGHs vom 14. Juli 2005 an dieser Stelle ein bisschen überrascht worden, und am Ende, muss ich ehrlicherweise sagen, haben wir nur aus Anlass dieser Entscheidung darüber nachgedacht, ein bis dahin völlig bewährtes und zur Zufriedenheit aller Beteiligten geübtes System aufzugeben.

Es ist nicht so gewesen, dass die bei der Feuerwehr in Bremen beschäftigten Beamtinnen und Beamten darauf gedrungen hätten, einen anderen Dienstplan zu bekommen. Ich möchte an dieser Stelle auch ganz nachdrücklich dem zwar nicht hier in der Debatte, aber in der Öffentlichkeit bisweilen vorhandenen Eindruck widersprechen, die Bereitschaftszeiten von Feuerwehrbeamten seien so etwas wie Ruhezeiten. Das ist mitnichten der Fall. Die Feuerwehrbeamten, die bei uns bei der Feuerwehr Bremen beschäftigt sind, sind eben nicht nur in der Brandbekämpfung und erforderlichenfalls im Katastrophenschutz, sondern ganz massiv auch im Rettungsdienst tätig.

Häufig begegne ich in der politischen Diskussion Menschen, die sagen, na ja, es brennt ja nicht so oft in Bremen, wieso habt ihr eigentlich so viele Feuerwehrleute. Ich denke, wir sind alle aufgefordert, auch an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass Feuerwehrbeamte nicht nur in der Brandbekämpfung, sondern ganz vehement und ausgelastet auch im Rettungsdienst tätig sind und im Übrigen daher auch eigene Gebühren erwirtschaften, die zur Refinanzierung unseres Haushalts und der Personalkosten beitragen. Wir reden also nicht

-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

über riesige Freizeiten, die Feuerwehrbeamte in Dienstverrichtungen haben, sondern über überschaubare Bereitschaftszeiten, die sie im Dienst verbringen müssen, um sich entsprechend für den Fall, dass ein Ausrücken erforderlich ist, präsent zu halten.

Es bleibt aber dabei, mit dem System, mit dem Schichtmodell und auch mit der Arbeitszeit waren sowohl die Beschäftigten als auch wir außerordentlich einverstanden. Insoweit hat Herr Herderhorst natürlich recht. Die Richtlinie der Europäischen Union hat am Ende etwas geregelt, wofür es weder aus Sicht der Beschäftigten noch aus Sicht der Behördenleitung irgendeinen Bedarf gab. Das ist der klassische Fall eigentlich, bei dem ich auch der Auffassung bin, dass man darüber nachdenken kann, ob die EU solche Regelungskompetenzen überhaupt braucht.

Die Diskussion ist erledigt, es ist ein Haken daran, die Richtlinie gilt. Sie ist in nationales Recht umzusetzen, sie ist richtlinienkonform umzusetzen. Deswegen haben wir gemeinsam - der Personalratssitzende der Feuerwehr ist heute auch auf der Zuschauertribüne - in vielen Gesprächen versucht zu ermitteln, wie wir die Erwartungshaltungen der Beamtinnen und Beamten mit der Rechtslage versuchen können in Einklang zu bringen. Das ist nicht ganz leicht gewesen, das möchte ich an der Stelle sagen, weil wir zum einen natürlich einen nicht ganz unmaßgeblichen Anteil von Feuerwehrbeamtinnen und -beamten hatten, die im Prinzip an dem bisherigen Dienstsystem, an dem verlässlichen Schichtsystem, festhalten wollen.

Auf der anderen Seite hatten wir allerdings auch die Notwendigkeit - die Verantwortung brauche ich an die Adresse der Vorsitzenden des Haushaltsausschusses nicht zu richten -, nicht nur durch eine pauschale Stellenaufwertung, indem wir 15 Prozent neue Stellen schaffen, das Problem aufzufangen. Die beiden Dinge waren nicht miteinander vereinbar, sodass wir, wie ich finde, sehr konstruktiv und sehr detailliert uns daran gemacht haben zu schauen, wo sind noch Optimierungsbedarfe innerhalb unserer Feuerwehr. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass wir zum Beispiel über Arbeitszeiterhöhungen im Rettungsdienst von 42 auf dann 48 Stunden, aber auch durch Außerdienststellung eines entsprechenden Fahrzeugs in Bremen-Nord, das vor Ort keine Begeisterung ausgelöst hat, das muss man an der Stelle sagen, und durch einige interne Umstrukturierungsmaßnahmen zu diesem Ergebnis kommen können.

Wir sind als Feuerwehr Bremen nicht allein im Rettungsdienst tätig, sondern wir bedienen uns auch an dieser Stelle Leistungserbringern, die auch im Rettungsdienst tätig sind, die im Übrigen andere Arbeitszeiten haben als wir jetzt bei der Feuerwehr Bremen im Rettungsdienst, nämlich zwischen 37,5 und 44 Stunden besteht dort die Bandbreite. Insofern haben wir da auch eine etwas undifferenzierte und unausgewogene Behandlung von Rettungsdienstleistenden in staatlichen Unternehmen und Rettungsdienstleistenden in gemeinnützigen Unternehmen. Das möchte ich an dieser Stelle auch noch einmal ausdrücklich betonen, weil immer der Eindruck entsteht, wir würden uns im öffentlichen Dienst etwas leisten, was es in der Privatwirtschaft nicht gäbe.

Hier ist genau das Gegenteil der Fall! Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Rettungsdienst bei der Feuerwehr Bremen tätig sind, leisten rund 10 bis 15 Prozent Mehrarbeit gegenüber vergleichbaren privaten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Auch an der Stelle ein nicht bequemer, aber am Ende dann ein konsensualer Weg mit den betroffenen Beschäftigten, den wir gemeinsam gegangen sind!

Für den Senat stand von Anfang an allerdings ohne Zweifel fest, wir wollen in Bremen nicht am bewährten Schutzziel rütteln. Wir sind mit unserem Schutzziel schon im unteren Drittel aller Bundesländer. Wir brauchen das Benchmarking an dieser Stelle höchstens dahingehend zu schauen, dass andere noch bessere Schutzziele haben, wo noch mehr Feuerwehrbeamte in kürzerer Zeit im ersten Angriff vor Ort sind. Aber wir halten das vereinbarte Schutzziel für unverzichtbar. Ein Daruntergehen darf es nicht geben! Deswegen finde ich es auch richtig und vernünftig, dass wir im Senat mit dem Finanzsenator gemeinsam diese Verabredung getroffen haben. Das ist konstitutionell für die Gewährung von Brandschutz in Bremen, und ich hielte es für völlig unvertretbar, unter dieses Schutzziel in Zukunft zu gehen.

(Beifall bei der CDU - Abg. Kleen [SPD]: Und einhalten!)

Das bedeutet an der Stelle natürlich auch, dass wir darüber reden mussten, ob und inwieweit es uns gelingen wird, vielleicht an den alten Arbeitszeitmodellen durch eine Opt-out-Lösung festzuhalten. Das hätte vorausgesetzt, dass rund 90 Prozent der betroffenen Beamtinnen und der Beamten auch tatsächlich einer solchen Lösung zustimmen, das heißt, abweichend von der gesetzlichen Regelung individualvertraglich mehr arbeiten zu wollen, als das der Fall war. Wir haben eine Quote von 70 Prozent erreicht, und das ist aus unserer Sicht nicht ausreichend, weil es uns nicht gelingt, mit zwei unterschiedlichen Dienstplänen und Arbeitszeitgestaltungen entsprechend tätig zu

werden, sodass wir uns auf den Weg begeben mussten.

Ich möchte an dieser Stelle auch nur sagen, dass wir im Senat in Anbetracht der Haushaltslage unseres Bundeslandes im Prinzip verabredet haben, Personaleinsparungsquoten auch in den nächsten Jahren, insbesondere auch bei der Feuerwehr, zu erbringen. Der Senat hat aber dabei von Anfang an gesagt, dass er die individuelle Erbringung solcher Personalabbaumaßnahmen von Prioritäten und, den Begriff habe ich bei meiner Tätigkeit hier im Senat neu gelernt, Posterioritäten zu sortieren.

(Abg. Frau Busch [SPD]: Was ist das denn? - Abg. Kleen [SPD]: Dafür haben Sie studiert!)

Der Senat hat eindeutig an dieser Stelle durch seine Beschlüsse bewiesen, dass die Feuerwehr Bremen für ihn eine prioritäre Aufgabenwahrnehmung ist. Dafür bin ich außerordentlich dankbar. Man kann nicht mit dem Rasenmäher Personaleinsparungen erwirtschaften, sondern man muss es sich sehr genau anschauen, an dieser Stelle wäre es unvertretbar gewesen.

Wir haben eine Zielzahlanpassung für letztes und für dieses Jahr erreicht. Ich kann nur dringend darum werben und bitten, dass auch der künftige Haushaltsgesetzgeber und der künftige Senat sich an diese Marschrichtung hält. Das, was wir jetzt vereinbart haben, auch mit der Mitbestimmung, ist ein sehr fragiles Werk der Leistungserbringung. Es hängt sehr viel davon ab, dass diesen Weg die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch mitgehen, und das setzt voraus, dass wir ihnen eine über ein Jahr hinausgehende Stabilität ihrer Arbeitsbedingungen garantieren.

Ich werbe also sehr dafür, dass wir uns darauf festlegen, dass das, was wir miteinander verabredet haben, nicht nur für dieses Jahr, sondern auch darüber hinaus trägt. Ich habe nichts Gegenteiliges gehört, und insoweit bedanke ich mich ganz herzlich für die Debatte und für die Unterstützung des Senats an dieser Stelle. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats mit der Drucksachen-Nummer 16/647 S auf die Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU Kenntnis.

Schulversuch 6-jährige Grundschule

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD

vom 17. November 2006 (Drucksache 16/635 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 30. Januar 2007 (Drucksache 16/658 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Lemke

Herr Senator, ich gehe davon aus, dass Sie die Antwort nicht mündlich wiederholen möchten. - Das ist der Fall.

Treten wir in eine Aussprache ein? - Das ist der Fall

Die Aussprache ist eröffnet.

Das Wort erhält der Abgeordnete Rohmeyer.

Abg. **Rohmeyer** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor Beginn der Debatte hat Frau Kollegin Stahmann mich gefragt, ob ich jetzt das Totenglöcklein der 6-jährigen Grundschule läuten wolle.

(Abg. Frau Wangenheim [SPD]: Was für ein Glöcklein? - Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Das Totenglöcklein, das in der Deputation immer läutet!)

Ich habe gesagt, nein! Die 6-jährige Grundschule ist im Koalitionsvertrag für diese Legislaturperiode als Schulversuch an mehreren Standorten geregelt, und es gehört dazu, dass man zum Ende der Legislaturperiode dann auch einmal eine Bilanz zieht. Wir haben heute die Bilanz, die erst einmal nur in Zahlen vorliegt. Es wird demnächst eine Studie von Professor Holtappels den Schulstandort Borchshöhe betreffend vorgelegt. Die von uns seit langem geforderte wissenschaftliche Evaluation des Schulversuchs 6-jährige Grundschule liegt insgesamt bisher noch nicht vor.

Wenn wir also nur die Zahlen ansehen, kann man festhalten, dass die 6-jährige Grundschule von den Eltern und von den Schülerinnen und Schülern nicht akzeptiert wurde.

(Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen]: Woran liegt denn das?)

-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

Wenn Sie sich ansehen, dass die 6-jährige Grundschule, die frei anwählbar ist, die nicht Schulbezirken und Schulbezirksgrenzen unterliegt, nicht von der großen Mehrheit der Schülerinnen und Schüler angewählt wird und dass sogar eine enorme Zahl von Schülerinnen und Schülern nach der 4. Klasse diese Schulform, obwohl sie bewusst angewählt wurde, zur 5. Klasse wieder verlässt, kann man doch zu dem Ergebnis kommen, dass diese Schulform als Schulversuch - unser Koalitionspartner hat auch einmal das Ziel gehabt, diese Schulen flächendeckend einzuführen -, dass dieses Bestreben, denke ich, durch die Zahlen allein gescheitert ist.

Die Frage ist: Wie geht man damit um? Man muss, glaube ich, sich sehr differenziert die einzelnen Standorte ansehen, weil man nicht per se sagen kann, dass die 6-jährige Grundschule an jedem dieser Standorte von den Zahlen her absolut gescheitert ist. Es gibt zum Beispiel die Tami-Oelfken-Schule, die in einer absoluten Stadtrandlage ganz oben in Lüssum arbeitet, sehr erfolgreich arbeitet mit einer enorm schwierigen Klientel, wo man aus pädagogischen Gründen dazu kommen kann, dass es hier Sinn macht, die Sechsjährigkeit fortzuführen.

Auf der anderen Seite kann man bei der Schule am Alten Postweg, glaube ich, festhalten, dass durch die gescheiterte Kooperation mit der Gesamtschule Mitte, was ich für absolut inakzeptabel halte, dass sich eine Schule der Sekundarstufe I hier der Aufnahme verweigert - dazu gleich noch mehr -,

(Beifall bei der SPD)

dieser Schulversuch kurz vor dem Scheitern steht, und es wäre auch ehrlich, dies einzugestehen, Herr Senator. Diese 6-jährige Grundschule soll ja dazu dienen, eine Durchgängigkeit im Bildungssystem zu bekommen.

Meine Damen und Herren, diese Koalition arbeitet an Kontinuität und Durchgängigkeit in den Bildungswegen. Wir haben nicht nur im Prozess der Bildungslandschaften hier enorme Anstrengungen unternommen, wir haben das hier mehrfach schon debattiert, dass Bildungswege von Kindern, von Schülerinnen und Schülern, in Zukunft durchgängig organisiert sind. Darum brauchen wir auch keine eigenständige 6-jährige Grundschule, das ist die Auffassung der CDU. Es gehört dazu, dass dies ordentlich abgewickelt wird, das sage ich auch ganz deutlich, es muss bewertet werden. Die Zahlen, die aber jetzt nach mehreren Jahren vorliegen, zeigen ganz eindeutig, dass die 6-jährige

Grundschule als Angebotsschule hier gescheitert ist

(Beifall bei der CDU)

Als Angebotsschule gescheitert bedeutet ja nicht, dass der Gedanke verschwunden ist. Zwei von drei Fraktionen dieses Hauses haben hier Wahlprogramme vorgelegt. Da findet sich das Wort "Basisschule" wieder. Bei dem einen heißt es Basisschule, bei dem anderen ein bisschen anders. Da geht man dann nicht mehr von einer Anwahlschule aus, da möchte man dann zwangsweise die Schülerinnen und Schüler zusammenbehalten.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Wir nennen das Einheitsschule!)

Einheitsschule, das ist auch schön!

Liebe Frau Hövelmann, wir lehnen solche Bestrebungen ganz eindeutig ab, das kann ich hier für die CDU-Fraktion sagen.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Es sind ja nicht mehr allzu viele da, die Ihnen zuhören!)

Diese Schulform wird in der nächsten Legislaturperiode im Lande Bremen nicht durchgesetzt werden. Auch das kann ich ganz eindeutig sagen. Die Menschen lehnen ein Diktat ab, welche Schule sie besuchen sollen, und Ihre Einheitsschule ist nichts weiter als der Versuch, die Menschen in eine Gesamtschule zu pressen, die die Menschen nicht wollen. Schulvielfalt ist Chancenvielfalt, dafür steht die CDU-Fraktion in diesem Zusammenhang.

(Beifall bei der CDU)

Wir bekommen in der nächsten Deputationssitzung noch einen Bericht, weil es eine Schule gibt, die einen ganz konkreten Antrag gestellt hat, Herr Senator Lemke. Wir sollen auf die Frage der Deputationssprecherin Frau Stahmann in der nächsten Deputationssitzung im März einen Bericht bekommen, was denn in Vegesack los ist. Da gibt es den Antrag aus der Schule Borchshöhe, dass sie eine Basisschule haben möchte und sich gern das Schulzentrum Lerchenstraße einverleiben möchte.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Das fordern die Eltern, Herr Rohmeyer!)

Nicht nur die Eltern, auch nicht alle Eltern, vor allem sind das nicht viele Eltern, die das wollen, Frau Stahmann,

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber auch die Eltern!)

auch das gehört dann zur Ehrlichkeit. Es ist Fakt, wenn Sie sich die Zahlen der Schule Borchshöhe ansehen, dass auch dort Schülerinnen und Schüler nach der 4. Klasse und auch während der 5. und 6. Klasse den Standort verlassen, und wegen einer Klasse, eines Jahrgangs, dann hier entsprechend die gute Arbeit am Schulzentrum Lerchenstraße zunichte zu machen, lehnen wir strikt ab, meine Damen und Herren, und dagegen werden wir uns auch vehement wehren, dass hier die gute Arbeit am Standort Lerchenstraße kaputt gemacht wird.

(Beifall bei der CDU - Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Das ist doch Quatsch!)

Wir wollen, das sage ich ganz deutlich, uns ja nicht dagegen wehren, wenn es eine große Masse gäbe von Eltern, die einen bestimmten Bildungsgang haben möchten. Darum haben wir auch seinerzeit diesem Schulversuch zugestimmt und gesagt, wir sehen uns an, was da passiert.

Meine Damen und Herren, Sie werden nicht davon reden können, dass diese Zahl große Massen wären, die die 6-jährige Grundschule angewählt hätten, vor allem, wenn Sie sich die Zahlen ansehen, die dann die 6-jährige Grundschule nach der 4. Klasse verlassen, die Schule am Alten Postweg ist ein gutes Beispiel, auch wenn hier erschwerend natürlich noch die Verweigerungshaltung der Gesamtschule Mitte dazukommt. Mehr als die Hälfte, deutlich mehr als die Hälfte verlassen nach der 4. Klasse diesen Standort, die Hälfte der Schülerinnen und Schüler an der Fischerhuder Straße, eine neue 6-jährige Grundschule.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Schauen Sie sich doch einmal das Schulgesetz an!)

Die 6-jährige Grundschule passt nicht in das Bremer Schulsystem - das erkennen Sie, wenn Sie in das Bremer Schulgesetz sehen, Frau Stahmann, auch das gehört zur Wahrheit -, weil die 6-jährige Grundschule schlicht und einfach ein Fremdkörper im bremischen Schulsystem ist. Wir arbeiten daran, dass hier die Durchgängigkeit, die beim gemeinsamen Lernen, wie das auch gelegentlich hier diskutiert wird, notwendig ist, nicht behindert wird. Aber dafür brauchen wir nicht die 6-jährige Grundschule, meine Damen und Herren. Die Durchgängigkeit im Bildungssystem erarbeiten wir auf den vielen anderen Wegen, die wir hier im Haus auch schon debattiert haben.

Für die CDU-Faktion kann ich festhalten, dass wir gespannt erwarten, was von Professor Holtappels in der Deputation vorgelegt wird. Wir sind auch sehr gespannt, das sind ja die Schülerzahlen vom letzten Jahr, die von diesem Jahr liegen noch nicht vor. Ich weiß nicht, ob der Senator schon interne Zahlen von seiner Behörde hier gleich in die Debatte einfließen lassen kann.

Der pädagogische Erfolg der 6-jährigen Grundschule, meine Damen und Herren, wird hier in der Vorlage als vorhanden bescheinigt. Wenn Sie allerdings einmal mit den weiterführenden Schulen reden, auch das gehört zur Wahrheit einer solchen Debatte, und fragen, wie das denn mit den Schülerinnen und Schülern ist, die in der 5. Klasse zum Beispiel auf das Gymnasium kommen, da erfahren Sie zum Teil sehr Erschreckendes. Auch das hängt wieder von den verschieden Standorten ab.

(Abg. Frau Wangenheim [SPD]: Das stimmt doch nicht! - Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Belegen, belegen!)

Frau Hövelmann, das werde ich nicht hier im Plenum machen, aber ich kann das gern unter 4 Augen oder auch in der Deputation ansprechen. Das muss sicherlich geklärt werden, aber es scheint auf jeden Fall der Eindruck, den hier der Senat in seiner Antwort darstellt, nämlich dass es nur Erfolge gibt, nicht überall an den Schulen angekommen zu sein, und es wird auch deutlich etwas anderes an den Schulen erzählt. Das gehört dann auch zu einer ehrlichen Bestandsaufnahme über die Arbeit der 6-jährigen Grundschulen.

Wir sehen dies, wie gesagt, kritisch. Es ist noch nicht das Totenglöcklein, das Frau Stahmann erwartet hat, ich glaube aber, dass es klug ist, zum Ende der Legislaturperiode Bilanz zu ziehen. Die Bilanz für uns ist zurzeit eher eine negative, und wenn wir sie mit entsprechenden Fakten untermauern können, dann werden wir allerdings auch zu Maßnahmen oder Entscheidungen kommen müssen, die die Frage beinhalten, ob der Schulversuch 6-jährige Grundschule fortgeführt werden sollte oder nicht. Nach unserer Wahrnehmung sollte er an zumindest 5 Standorten nicht fortgeführt werden. Über Einzelstandorte muss man dann noch einmal reden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Frau Wangenheim.

Abg. Frau **Wangenheim** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ja, Herr Rohmeyer, so ist das eben, für den einen ist das Glas halb leer und für den anderen ist das Glas halb voll.

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Tja!)

Ich gehöre zu den positiven Menschen, und deswegen ist für mich das Glas mindestens immer halb voll.

(Abg. Focke [CDU]: Prost!)

Das hat mit Prost nichts zu tun.

Uns liegt heute die Große Anfrage der Koalition zum Thema "Schulversuch 6-jährige Grundschule" vor. Der Schulversuch läuft in Bremen an 5 Grundschulen, und ich komme mit der SPD-Fraktion zu dem Ergebnis, die 6-jährige Grundschule ist ein Erfolgsmodell, deswegen ist das Glas halb voll!

(Beifall bei der SPD)

Das ist meine grundsätzliche Botschaft, da wir eben auch sehen müssen, welche Chancen die 6-jährige Grundschule in unseren vielfältigen Schulformen eigentlich hat. Alle 6-jährigen Grundschulen sind Anwahlschulen und können je nach Kapazität von Schülerinnen und Schülern außerhalb des Schulbezirks angewählt werden.

(Abg. Rohmeyer (CDU]: Die sind hoffnungslos überlaufen!)

Weit über die Hälfte der Schülerinnen und Schüler besucht die 5 Schulen bis zur 6. Klasse und wechselt erst danach auf die weiterführende Schule. Besonders hoch ist die Zahl der bleibenden Schüler und Schülerinnen an der Tami-Oelfken-Schule und an der Schule Borchshöhe.

An den Versuchsschulen unterrichten Lehrerinnen und Lehrer, die sowohl eine Ausbildung der Sekundarstufe I als auch die der Grundschule haben. So wird gewährleistet, dass die gleiche fachliche Qualität besteht wie an den Schulen der Sekundarstufe I. Auch der Übergang nach der Klasse 6 innerhalb der neuen Schulstruktur auf weiterführende Schulen ist entgegen allen Befürchtungen und Skeptikern wie Herr Rohmeyer, mir ist es jedenfalls anders bekannt, durch die gute Zusammenarbeit zwischen den 6-jährigen Grundschulen und den Schulen der Sekundarstufe I gelungen.

Es gibt auch ein negatives Beispiel, Herr Rohmeyer, das ist dann die Schule am Alten Postweg und die Gesamtschule Mitte. Aber das ist für mich das einzige negative Beispiel.

(Beifall bei der SPD)

Der eingeschlagene Weg in einem Schulversuch, die durch internationale Untersuchungen belegten großen Vorteile der Kommunität des Lernens auch in Bremen zu erproben, hat sich für mich und meine Fraktion als der richtige Weg erwiesen.

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Und wie belegen Sie das?)

In 2 Jahren wird in einer 6-jährigen Grundschule die Form des kontinuierlichen Lernens genügend erprobt worden sein, sodass eine umfängliche Evaluation des Schulversuchs durchgeführt werden kann. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann aber schon festgehalten werden, dass die hohen Erwartungen überwiegend und mit Erfolg eingelöst werden.

Herr Rohmeyer, Sie haben hier vorhin ausgeführt, die 6-jährige Grundschule sei gescheitert und das Schulzentrum Lerchenstraße gehe, wenn sie diese Kinder übernimmt, davon kaputt.

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Nein, nein!)

An dieser Stelle, Frau Stahmann, ist die Koalition uneinig, da habe ich keine Probleme. Ihre Behauptung ist im Grunde genommen auch, dass die Hälfte der Eltern die Abwahl wieder vornehmen oder ihre Kinder erst gar nicht anmelden würde. Wenn wir flächendeckend dieses Angebot hätten, könnte es das natürlich überhaupt nicht geben.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion ist jedenfalls der Meinung, wir brauchen einen Entwicklungsprozess in Bremen zur gemeinsamen Schule für alle. Mit der 6-jährigen Grundschule und den integrierten Stadtteilschulen beziehungsweise Gesamtschulen sind wir hier für mich auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der SPD)

Die skandinavischen Länder machen es uns vor. Hier rede ich nicht wie eine Blinde von der Farbe, sondern meine Enkelkinder erleben in Norwegen bis zur 7. Klasse die Grundschule, danach bis zur 9. Klasse gemeinsam eine weiterführende Schule, und erst dann gibt es den beruflichen Weg und den Weg zum Studium. So etwas haben wir in Finnland auch kennengelernt. Ich freue mich, dass die SPD den Ausbau der gemeinsamen Schule als verbindliche Ganztagsschule in ihr Regierungsprogramm am letzten Samstag aufgenommen hat.

Wir beschäftigen uns im Moment viel mit dem Thema "Kinderarmut" und was wir dagegen tun können. Morgen wird hier der UNICEF-Bericht diskutiert. Viele Wissenschaftler und Wohlfahrtsverbände sprechen sich für eine Schule für alle aus und gegen ein Aussortieren der Kinder.

(Beifall bei der SPD)

Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten aus der Broschüre des DPWV "Der Skandal der Kinderarmut, 13 Forderungen an Bremen", ich zitiere die 6. Forderung: "Schule für alle Kinder! Der Senat wird aufgefordert, das bestehende gegliederte Schulsystem in den ersten 9 Schuljahren zugunsten einer Schule für alle Kinder abzuschaffen. Dies sollte in der Form flächendeckender Ganztagsschulen geschehen, in denen Kinder und Jugendliche mit und ohne Beeinträchtigung täglich so lange lernen und leben, dass sie sich umfassend bilden können. Parallel können Eltern einer Erwerbstätigkeit nachgehen, dazu gehört auch eine zulässige Betreuung der Kinder während der Ferienzeiten."

(Beifall bei der SPD)

Herr Rohmeyer, das sind Ziele, die ich verfolge, weil ich der Meinung bin, dass das der richtige Weg ist, und deswegen ist für mich bei der 6-jährigen Grundschule das Glas halb voll. Mit so manchem Gymnasium haben wir hier auch Nachsehen gehabt, bis dieses sich irgendwo gefunden hatte, und das wünsche ich mir sogar für die Schule am Alten Postweg.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Dass die CDU die 6-jährige Grundschule nicht so gut und prall findet, das ist eigentlich kein Geheimnis gewesen. Ich finde, dass die 6-jährigen Grundschulen unter schwierigen Bedingungen, so muss man das auch benennen - das Schulgesetz schafft keine optimalen Bedingungen für die Arbeit der 6-jährigen Grundschulen -, trotzdem sehr ambitionierte Arbeit leisten und einen guten Job machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich finde, so fair muss man auch sein, auch wenn wir nicht zufrieden sein können mit den Anmeldezahlen, Herr Rohmeyer, ich finde, daran kann man auch arbeiten. Ich möchte zu Beginn meines Debattenbeitrags noch einmal auf den Ursprung dieser Diskussion um die 6-jährige Grundschule als Modell eingehen.

Das hat ja nicht die Große Koalition erfunden, sondern es gab den Modellversuch an der Schule am Alten Postweg, das war der erste. Er ist vor 8 Jahren gestartet, und den hätte die Koalition, das wurde von der Schule auch oft eingefordert, auch wissenschaftlich auswerten können, hat es aber nicht gemacht. Deswegen ist es auch gut, dass jetzt Professor Holtappels noch einmal die anderen 6-jährigen Grundschulen mit unter die Lupe nimmt und sagt, was gut und was weniger gut läuft, wie wir die Schülerleistungen und die Übergänge verbessern können.

Es ist jetzt aber ein bisschen wie ein Märchen, dass nun die SPD oder die Grünen daran schuld seien. Die CDU ist in der Regierungsverantwortung und trägt natürlich auch dann Verantwortung bei der Frage, ob Schulversuche mit ausgewertet werden oder nicht. Vor fast genau 4 Jahren haben wir hier nach Veröffentlichung der Pisa-Ergebnisse über die Konsequenzen gestritten und auch darüber, wie wir das Bremer Bildungssystem fit für die Zukunft machen, welche Rolle die Grundschulen spielen und was mit den Orientierungsstufen passiert, die in den Siebzigerjahren eingeführt worden sind.

Mit Blick auf die Pisa-Sieger haben wir uns hier oft ausgetauscht, und die Grünen haben gesagt, längeres gemeinsames Lernen zeichnet die Pisa-Sieger aus. Sie machen eine ganz starke individuelle Förderung für jedes Kind, und das ist aus unserer Sicht der Schlüssel für ein besseres Bildungssystem.

So habe ich auch Frau Wangenheim verstanden, dass es auch aus Sicht der SPD eine richtige Weichenstellung ist, und ich finde, darüber muss man hier im Haus immer streiten, auch wenn wir nicht, Herr Rohmeyer, wie Sie jetzt behaupten, hier eine Einheitsschule einführen wollen. Wir wollen eine Schule mit einer sehr starken individuellen Förderung, und das ist genau das Gegenteil von dem, was Sie hier als Einheitsschule bezeichnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Während die Grünen und die SPD sich vor 4 Jahren für die flächendeckende Einführung der 6-jährigen Grundschule als Basisschule aussprachen, hat die CDU die frühe Trennung der Kinder nach Klasse 4 favorisiert, und in den Koalitionsverhandlungen hat sich die Bremer CDU dann auch weitgehend damit durchgesetzt. Die SPD hat dann als Trostpflaster, das sage ich hier jetzt auch ganz deutlich als Opposition, neben der Grundschule Grambker Heerstraße und der Schule am Alten Postweg noch ein paar Standorte dazu be-

kommen. Das war sozusagen der Kuhhandel, der dann im Zuge der Koalitionsverhandlungen gelaufen ist, und viele Probleme sind mit dem Schulgesetz vorprogrammiert gewesen. Darauf werde ich auch gleich eingehen. Die CDU wusste das und wollte das auch so, das muss man hier auch deutlich so sagen. Sie hatte ein Interesse daran, dass die 6-jährige Grundschule nicht so recht zum Laufen kommt.

Aus meiner Sicht wäre es deutlich besser gewesen, sich konsequent für ein Modell zu entscheiden, und zwar für das der 6-jährigen Grundschule. Ich glaube, dass dort ganz große pädagogische Möglichkeiten liegen und man nicht sagen kann, die 4-jährige Grundschule ist per se besser, sondern wenn man die 6-jährige Grundschule vernünftig ausstattet, begleitet und auch mit den Vergleichsarbeiten arbeitet, könnte hier eine ganz sinnvolle Basis für das Bremer Schulsystem liegen.

Die Chance ist aus unserer Sicht verschenkt worden, dem Bremer Schulflickenteppich ist ein neuer Flicken angenäht worden, und leider konnte sich die SPD trotz des Wahlsiegs und anderslautenden Aussagen nicht durchsetzen. Die 6-jährigen Grundschulen sind Insellösungen gewesen. Das ist sozusagen die Situation.

Heute haben wir neben den Grundschulen am Alten Postweg und der Borchshöhe die 6-jährige Grundschule an der Grambker Heerstraße, die Tami-Oelfken-Schule und die Schule an der Fischerhuder Straße. Diese Schulen leisten gute Arbeit, sie sind total ambitioniert, sie machen wirklich ganz hervorragende Projekte und strengen sich wirklich an, die Kinder dort zu fördern, und wissen sehr wohl, dass sie eine ganz hohe Verantwortung haben, weil sie ein Schulversuch sind.

Die Anmeldezahlen und der Übergang an weiterführende Schulen sind die entscheidenden Faktoren für die Entwicklung der 6-jährigen Grundschule, und feststellbar ist, dass nach Klasse 4 die Eltern lernstarker Kinder den Weg zum Gymnasium oder zur Gesamtschule suchen. Der Grund liegt in drei wesentlichen Aspekten, die möchte ich hier noch einmal ausführen.

Erstens haben Eltern nach der Klasse 4 die freie Schulwahl, Herr Rohmeyer, da kann man dann entscheiden, wenn man beim Beratungsgespräch war, mein Kind geht auf die Schule und hat zu 95 Prozent auch die Trefferchance, eine Wunschschule zu bekommen. Das fördert natürlich die Attraktivität oder senkt auf der anderen Seite die Attraktivität der 6-jährigen Grundschule, weil die Eltern zweitens nach Klasse 6 keine freie Schulwahl mehr haben, sondern es entscheidet das

Zeugnis. Da Kinder keine Computer und Eltern eben Eltern sind, gehen viele auf Nummer sicher und melden ihre Sprösslinge von der 6-jährigen Grundschule ab, oder sie wählen sie gar nicht erst an

Es gibt auch eine große Anzahl von Eltern, die sagt, nach der Klasse 4 wollen wir sowieso die Schule ansteuern, und das macht für uns keinen Sinn. Viele merken erst kurz vorher, sie beschäftigen sich auch erst mit der Schulwahl am Ende der dritten Klasse und merken, nach Klasse 4 kann ich frei entscheiden, nach Klasse 6 nicht mehr. Das schmälert auch die Attraktivität der 6-jährigen Grundschule.

Drittens ist der Übergang nach Klasse 6 auf die Wunschschule total schwer, und darüber können Eltern super interessante Aufsätze schreiben, wie man dann sein Kind von einer 6-jährigen Grundschule auf die Schule, das Gymnasium oder die Gesamtschule anzumelden versucht. Ich kann mich noch an den Bildungssenator und auch an die Koalition erinnern, die gesagt haben im Jahr 2003: "Die Übergänge sind gesichert, es können sogar ganze Klassen der 6-jährigen Grundschule auf weiterführende Schulen gehen." Da muss ich sagen, dieses Versprechen hat die Große Koalition nicht eingelöst, und dazu müssen Sie hier noch einmal stehen, warum das eigentlich an dieser Stelle so daneben gegangen ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich finde, man kann auch nicht zufrieden sein mit dem, was man von der Gesamtschule Mitte hört, aber man kann sich auch hier nicht als Große Koalition hinstellen und den schwarzen Peter dann der Schule zuschustern. Hier wird versucht, der Gesamtschule Mitte einen Konstruktionsfehler in die Schuhe zu schieben, und aus meiner Sicht ist das einfach so auch nicht in Ordnung, das zu machen. Man kann darüber streiten, ob eine Gesamtschule sagen darf, die Kinder wollen wir nicht haben, die bekommen wir zu spät, da können wir bestimmte Sachen pädagogisch nicht mehr so auf den Weg bringen, so wie wir das wollen. Da kann man sich inhaltlich mit der Schule auseinandersetzen, aber den Eltern ist etwas anderes versprochen worden.

Ein weiterer Effekt tritt in der Folge dieser ganzen Probleme auf, wenn die leistungsstarken Kinder gehäuft dann auch noch ihre Lerngruppe nach Klasse 4 verlassen, und das schwächt die weiterführenden Klassen 5 und 6. Die Probleme, Herr Rohmeyer, die Sie angesprochen haben, treten nicht bei den Kindern auf, die nach Klasse 5 auf die Gesamtschule gehen oder auf das Gymnasium, sondern die treten, so habe ich es auch ge-

hört, vermehrt auf bei den Kindern, die nach Klasse 6 in Klasse 7 auf das Gymnasium wechseln. In der Tat muss man an der Stelle dann hinsehen: Wird denn der Lehrplan in den Fremdsprachen eingehalten? Wird das Niveau, das man in der Gymnasialklasse 7 haben muss in Mathematik, erfüllt von der 6-jährigen Grundschule? Aber das erwarte ich auch, dass das durch die Schulaufsicht unter die Lupe genommen und sichergestellt wird.

Alles in allem schmälert dies die Attraktivität der 6-jährigen Grundschulen, und diese klagen dann zu Recht, das konnten wir im Zeitungsartikel lesen: "Die anderen stehlen uns unsere guten Schülerinnen und Schüler." Viele Eltern entscheiden sich auch, ich hatte es ausgeführt, kurzfristig am Ende der 4. Klasse, ob ihr Kind auf der 6-jährigen Grundschule bleibt oder auf eine andere Schule der Sekundarstufe I wechselt. Ich möchte jetzt sagen, was aus grüner Sicht eigentlich daraus folgen müsste. Wenn man sich wie die Koalition für diesen Flickenteppich entscheidet, dann muss es für jede 6-jährige Grundschule eine absolut verbindliche und verlässliche Kooperationsvereinbarung geben.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Verlässlich!)

Diese Vereinbarung muss der 6-jährigen Grundschule weiterführende Schulen im Bereich der Gymnasien und der Gesamtschulen zuordnen. Die weiterführenden Schulen müssen dafür Kapazitäten freihalten und erhalten, wenn sie die Schülerinnen und Schüler oder ganze Lerngruppen aufnehmen, was wünschenswert ist.

In der Kooperationsvereinbarung muss auch der Lehreraustausch gesichert werden, es muss die Möglichkeit gegeben werden, dass Klassenlehrer mit ihren Schülern auf die nächste Schule mitwachsen. Ebenso muss der Lehreraustausch in die andere Richtung funktionieren, also von oben nach unten, und darüber hinaus müssen die Lernund Lehrinhalte zwischen den Grundschulen und den weiterführenden Schulen abgestimmt werden.

Fremdsprachen, die an einer 6-jährigen Grundschule angeboten werden, müssen an den Kooperationsschulen, im Stadtteil und in der Region selbstverständlich vorhanden sein. Da habe ich zum Teil Abenteuerliches gehört, dass an einer Grundschule in Gröpelingen Spanisch angeboten wird, aber Spanisch an den anderen Schulen überhaupt nicht weiterführend angeboten worden ist. Dann mutet man den Kindern nachher wirklich richtig weite Wege zu, um andere Schulen als Aufnahmeschulen zu finden, weil das Gymnasium in Walle nicht Spanisch anbietet, sondern nur Französisch.

Eltern müssen bei der Anmeldung ihrer Kinder einer 6-jährigen Grundschule wissen, welches die weiterführenden Schulen sind. Das, denke ich, muss die Koalition oder eine Koalition - egal, wie sie jetzt hier ist - auch einlösen, insbesondere wenn sich aktuell die 6-jährige Grundschule Borchshöhe zu einer Schule von Klasse 1 bis Klasse 10 entwickeln will, Herr Rohmeyer hat das angesprochen.

Es gibt jetzt eine 6-jährige Grundschule, das möchte ich am Ende meiner Rede sagen, die möchte sich zu einer Schule bis Klasse 10 weiterentwickeln. Das wird unterstützt von den Schulleitungen im Stadtteil, das wird von den Eltern - der Elternwille wird von der CDU hier immer bis unter die Decke gehängt - gefordert. Ich finde, man muss sich doch ernsthaft darüber unterhalten können, ob man hier diesen Schulversuch ausweitet, wissenschaftlich begleitet und daraus vielleicht ein Zukunftsmodell strickt, welches sich an den Pisa-Loosern, Herr Rohmeyer! Damit möchte ich meine Rede beenden. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Rohmeyer.

Abg. Rohmeyer (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Stahmann, kommen wir gleich wieder nach Vegesack zur Lerchenstraße und zur Borchshöhe! Wir waren da nämlich gerade. Wissen Sie, welche Kooperationsschule Borchshöhe hat? Es ist nicht die Lerchenstraße, das geht aus einer Antwort des Senats auf eine Kleine Anfrage von Ihnen hervor, es ist die Integrierte Stadtteilschule Gerhard-Rohlfs-Straße.

Ich weiß gar nicht, wie die Borchshöhe darauf kommt, dass es hier mit der Lerchenstraße eine solche Kooperation gibt. Da wird getrickst und gemauschelt, das sage ich auch ganz deutlich, da sind einige wenige, die das mit aller Macht wollen. Ich sage Ihnen aber auch ganz deutlich, das wird in dieser Koalition mit uns und auch in einer nächsten Koalition mit uns. sofern der Wählerwille es zulässt, nicht zu machen sein. Das sagen wir auch ganz deutlich: Eine Basisschule, die irgendwo hinter dem Rücken der Beteiligten von einigen wenigen versucht wird hinzumauscheln und auch unter Ausschluss der Kooperationsschule Gerhard-Rohlfs-Straße, ist mit der CDU nicht zu machen! Weil einige wenige Eltern das so wollen, heißt das noch lange nicht, dass die Menschen in

-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

Vegesack das wollen, liebe Frau Stahmann. In der Mehrheit sind nicht immer die, die am lautesten schreien. Auch das sollten Sie wissen!

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Wir haben bei der Frage der 6-jährigen Grundschule den Senat längere Zeit aufgefordert, eine wissenschaftliche Evaluation vorzunehmen.

(Glocke)

Das wissen Sie auch sehr genau, Frau Stahmann! Jetzt lasse ich aber gern erst einmal Ihre Zwischenfrage zu!

Vizepräsident Ravens: Herr Kollege Rohmeyer, Sie sind bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen? - Bitte, Frau Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Danke schön, Herr Kollege Rohmeyer, das finde ich sehr nett! Ich wollte Sie ganz uneigennützig darauf aufmerksam machen, dass der Schulleiter der Gerhard-Rohlfs-Schule wohl auch ein Schreiben an den Senator für Bildung gerichtet hat, in dem er die Ausweitung des Schulversuchs unterstützt. Jedenfalls ist mir das berichtet worden. Wenn das zutrifft, würde ich den Bildungssenator bitten, auf diesen Aspekt in seiner Rede noch einmal einzugehen.

Abg. Rohmeyer (CDU): Das war jetzt weniger eine Frage, das klang mehr wie eine Bemerkung. Ich finde es aber interessant, dass die Opposition den internen Schriftverkehr innerhalb der Dienststellen des Senators für Bildung kennt.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: So gut ist die Opposition!)

Wir kennen ihn nicht. Ich weiß nur, dass die Schulleitung der Lerchenstraße, die geschluckt werden soll, strikt gegen ein solches Modell ist. Ich finde, die beteiligte Schule, um die es hier geht, die "gefressen" werden soll, Frau Stahmann, müsste sich auch einmal irgendwie dazu verhalten. Wenn die Schulleitung der Gerhard-Rohlfs-Straße das möchte, so mag es sein, die Lerchenstraße möchte es nach unserem Wissensstand nicht. Von daher hat sich dieser Fall per se erledigt, Frau Stahmann. Nur weil von unten einer hochwachsen möchte, heißt das noch lange nicht, dass der, der schon vorher da ist und ab der fünften Klasse dort sehr erfolgreich arbeitet im Gymnasium und der Sekundarschule mit einem sehr erfolgreichen bilingualem Zweig, da einfach verdrängt wird. Aber da sind wir auch sehr gespannt,

was eigentlich in der nächsten Sitzung der Bildungsdeputation vorgelegt wird.

Frau Stahmann hat noch einmal auf die Probleme des Übergangs nach der 6. Klasse hingewiesen. Sie fordern, dass es feste Kooperationen geben soll. Ich habe eben am Beispiel Vegesack aufgezeigt, dass die Kooperationsschule die Gerhard-Rohlfs-Straße ist. Es gibt feste Zuordnungen im Gesamtschulbereich. Sie werden keine festen Zuordnungen im Gymnasialbereich machen können, liebe Frau Kollegin Stahmann.

Darum habe ich vorhin auch die Aussage getätigt, dass die 6-jährige Grundschule ein Fremdkörper in diesem Schulsystem ist, weil es natürlich auch die Wahlfreiheit gibt. Das hängt mit vielen Profilen zusammen, die Sie an den verschiedenen Standorten haben. Sie können niemandem vorschreiben, dass, wenn er gern Latein haben möchte, an eine Schule gehen soll, wo kein Latein gelehrt wird. Das können Sie den Menschen schlicht und einfach nicht vorschreiben. Darum können Sie dies für den Gesamtschulbereich machen, wo auch Kooperationen, das war seinerzeit auch der Auftrag, entwickelt werden sollten und auch etwas geschehen ist. Dass es nicht klappt, ist nicht unser Problem, das sage ich ganz deutlich. Da scheint meine Feststellung, dass dieses Modell wohl doch eher gescheitert sein könnte, zuzutreffen

Sie können aber nicht auch noch die gymnasialen Bildungsgänge versuchen hier hineinzuzwängen. Ich sage Ihnen ganz deutlich, der gymnasiale Bildungsgang kann auch nicht auf diejenigen warten, die erst in der 7. Klasse dazukommen. Der gymnasiale Bildungsgang, Frau Hövelmann weiß, was jetzt kommt - -.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Aus dem Keller hört man das monotone Geräusch der Bartwickelmaschine!)

Nein, Frau Hövelmann, das müssen Sie lernen, weil es neu ist. Sie denken immer noch im Stufenschulsystem. Der gymnasiale Bildungsgang beginnt in Klasse 5 und endet dann durchgehend in Klasse 12, da können Sie nicht warten, was bis Klasse 7 passiert. Sie sehen auch, dass Ihre schöne Vorstellung, die Sie einmal hatten, dass Sie 2 Jahre warten können und alle treten gleichmäßig auf der Stelle, eben nicht die Realität ist. Die Schüler im Gymnasium arbeiten sehr hart.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Es ist halt die Zeit der Büttenreden!)

Man kann dann nicht warten, um in Klasse 7 immer noch auf demselben Niveau zu sein, die Schüler sind weiter. Frau Stahmann hat auch hier bestätigt, dass die Schüler, wo in der 6-jährigen Grundschule nicht genauso hart gearbeitet wurde, große Probleme in der 7. Klasse des Gymnasiums haben, dann zurechtzukommen. Das ist die Realität, die muss man schlicht und einfach zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Das hat nichts mit ideologischen Fragen zu tun. Gehen Sie in die Schulen, und fragen Sie einfach einmal nach!

Darum kann man zu dem Ergebnis kommen, dass man Kooperationen macht, die dann die Frage 6jährige Grundschule und eine integrierte Schule aufnehmen.

(Vizepräsidentin Dr. Mathes übernimmt den Vorsitz.)

Das kann man machen, diese Möglichkeit haben wir vor 4 Jahren eingeräumt. Ich kann nur feststellen - und das sind nur die reinen Zahlen, das ist keine Wertung -, in den reinen Zahlen, die der Senat in seiner Antwort gibt, sehen Sie, dass das in den letzten 4 Jahren schlicht und einfach von den Menschen in Bremen nicht akzeptiert wurde, nicht angenommen wurde,

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, aber ich habe Ihnen erzählt warum, Herr Rohmeyer!)

dass die Anwahlzahlen sich auch nicht in den 1. und 2. Klassen so entwickelt haben, dass diese Schulen ein Erfolgsmodell sind. Dann muss man ehrlicherweise die Frage stellen, wie es weitergeht. Ich bin dafür, dass wir uns den inhaltlichen Fragen des Schulsystems, der Kontinuität, der Durchgängigkeit hier sehr genau widmen. Einen Schulversuch muss man dann aber auch irgendwann zu einem Ergebnis bringen.

Wie gesagt, dies ist ein Zwischenstand, das ist nicht der Abschluss. Wir werden sehr gespannt auf das sein, was Herr Professor Holtappels sagt. Liebe Frau Wangenheim, wenn Sie sagen, das Glas ist halb voll statt halb leer, so ist in manchen dieser Gläser, wenn ich mir zum Teil die einzelnen Standorte anschaue, gar kein Wasser mehr im Glas.

(Beifall bei der CDU - Abg. Frau Wangenheim [SPD]: Da wäre ich einmal vorsichtig!)

Wobei ich hier ausdrücklich noch sagen möchte, das ist mir wichtig, es geht mir nicht um die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer an den 6-jährigen Grundschulen, sie machen eine engagierte Arbeit.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Na, was denn nun?)

Es kommt darauf an, ob dieser Schulversuch in das Schulsystem passt. Da muss man zu einem anderen Ergebnis kommen, da hilft auch die beste pädagogische Arbeit nichts mehr. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als Nächster hat das Wort Herr Senator Lemke.

Senator Lemke: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon sehr bemerkenswert, wenn man nach 8 Jahren Bildungspolitik - und wie ich finde, einer sehr erfolgreichen Bildungspolitik, weil sich sehr viel in Bremer Schulen zum Positiven verändert hat - hört, wenn es um strukturelle Fragen geht, dann hauen die beiden Koalitionäre gegeneinander, so wie ich es eigentlich nicht aus den konstruktiven Debatten in der Bildungsdedeputaion gewohnt bin. Wann immer es um strukturelle Fragen geht, ist ein vernünftiger Umgang, eine vernünftige Beurteilung leider in der Fraktion nicht festzustellen.

Ich will mit der Feststellung von Herrn Rohmeyer beginnen, der sagt, die 6-jährigen Grundschulen werden doch bewusst angemeldet, und dann entscheiden sich die Eltern, ihre Kinder nach der 4. Klasse dort abzumelden. Das ist schlichtweg falsch!

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Das sind Anweisungen!)

Herr Rohmeyer, es tut mir leid, dann haben Sie keine Ahnung, wie Eltern, die in dem unmittelbaren Umfeld einer Grundschule leben, sich entscheiden. Sie geben ihr Kind nicht bewusst in die 6-jährige Grundschule, weil ihr Kind dort 6 Jahre bleiben soll, sondern weil sie ein Kind haben, das die Grundschule glücklicherweise - in einer Großstadt ist das so - direkt vor der Haustür hat. Dann gibt man sein Kind natürlich in die Grundschule, die direkt vor der Tür ist. Herr Rohmeyer, ich denke, Sie sind so lange in der Bildungsdeputation, das sollten Sie auf jeden Fall wissen, dass es völlig normal ist, dass dann viele Eltern sagen: Nach der 4-jährigen Grundschulzeit habe ich das Recht, als Mutter, als Vater zu entscheiden, wohin ich mein Kind gebe. Das als Argument in einer ernsthaften Debatte vorzutragen, finde ich ziemlich

schwach an der Stelle. Das muss ich Ihnen bei allem Respekt ansonsten klar und deutlich sagen!

(Beifall bei der SPD)

Jetzt sind wir in einer Debatte, in der wir sagen, wir wollen doch einmal einen Zwischenbericht hören. Eigentlich ist diese Diskussion zu früh in diesem Haus, denn wenn wir einen Professor mit einer sehr langen Erfahrung in der Erziehungswissenschaft gebeten haben, sich das einmal sehr objektiv anzusehen, dann wäre es eigentlich ganz gut gewesen, wenn wir die Ergebnisse dieser wissenschaftlichen Ausarbeitung abgewartet hätten und uns dann diesem Ergebnis stellen. Das kann durchaus nicht erfreulich sein für die Koalition, wenn die Ergebnisse uns sagen, das war eigentlich eher etwas, das in die Hosen gegangen ist oder wo das Glas wirklich nicht so gut gefüllt ist. Das kann sein, aber es wäre viel besser gewesen, wenn wir diese Ergebnisse heute hätten. Heute stochern wir ein bisschen im Nebel.

Erstens sage ich Ihnen: Es gibt eine Menge Kinder, die das sehr erfolgreich machen. Jetzt frage ich: Was ist eigentlich die Zielsetzung der bremischen Bildungspolitik? Dazu sage ich Ihnen, so wie ich Ihnen das vor 8 Jahren gesagt habe und immer wieder im Haus gesagt habe, wir haben 2 wesentliche Probleme: einmal, dass unsere Kinder nicht ausreichend genug auf das Leben und den Beruf vorbereitet werden. Das hat sich in den letzten Jahren verbessert, ist aber nach wie vor nicht befriedigend. Jetzt kommt etwas sehr Wichtiges, was wir nicht erreicht haben: Wir haben keine Bildungsgerechtigkeit in unserem Land, in Deutschland nicht und in Bremen erst recht nicht!

Das ist und bleibt meine primäre Aufgabe, für die Kinder zu sorgen, deren Eltern nicht so eine dicke Brieftasche haben, wo man sich nicht zu Hause hinsetzt und dem Kind abends etwas vorliest - darauf kommen wir noch im nächsten Tagesordnungspunkt - und sich nicht so darum kümmert, dass sich die Kinder auch mit ihren Talenten, Fähigkeiten und Fertigkeiten, die in ihnen ruhen, so entwickeln können. Das ist das Allererste an Bildungspolitik nach wie vor dieser Koalitionsregierung, das hat niemals infrage gestanden.

Das Zweite ist, wie wir das umsetzen. Da gibt es den Ansatz, dass es falsch war, so wie wir es früher gemacht haben: 4 Jahre lassen wir die Kinder zusammen, dann würfeln wir sie neu zusammen, wieder 2 Jahre zusammen, sie kommen kaum zusammen, dann werden sie wieder getrennt. Das war die Orientierungsstufe, sie war weder bei den Eltern noch bei den Lehrern akzeptiert. Jetzt haben wir das abgeschafft und gesagt: Es wäre ei-

gentlich auch unter dem sozialen Aspekt sehr vernünftig, die Kinder solange wie möglich in der Schule zusammenzulassen.

Ich will nicht die skandinavischen Länder zitieren, sondern es ist ganz klar - dazu brauche ich übrigens Professor Holtappels nicht -, dass es ausgesprochen positiv ist, die Kinder länger unter dem sozialen Aspekt zusammenzulassen, um die Kinder aus den schwächeren, aus den bildungsfernen Familien heranzubringen an einen besseren und stärkeren Bildungserfolg.

(Beifall bei der SPD)

Leider konnten wir uns nicht damit so durchsetzen, ich sage jetzt wir. Ich hätte gern mehr Schulen die Möglichkeit gegeben, eine Sechsjährigkeit zu bekommen, aber es war damals nicht möglich. Jetzt den Schulen zu sagen, dass es hier überhaupt nicht geklappt hat und es abzulehnen ist, halte ich für völlig abwegig. Es ist eben sehr deutlich geworden, übrigens auch durch Ihren Beitrag, dass die Schulen, die Lehrkräfte an den 6-jährigen Grundschulen eine sehr gute Arbeit leisten.

(Abg. Rohmeyer [CDU]: An allen Grundschulen!)

Bitte?

(Abg. Rohmeyer [CDU]: An allen Grundschulen!)

Ja! Das steht ja auch nicht in Frage. Es ist für mich nur sehr wichtig, damit die Schulen nicht entmutigt werden, so wie das Kollegium an der Schule am Alten Postweg entmutigt worden ist durch nicht vorhandene Kooperation. Der Gedanke, als ich damals zu den Eltern gesprochen und gesagt habe, ich möchte garantieren - das deckt sich übrigens mit dem, was Frau Stahmann und auch Frau Wangenheim eben gesagt haben -, dass für ihre Kinder eine Durchlässigkeit gegeben ist, das muss Aufgabe der Bildungspolitik sein, Bildungslandschaften zu konstruieren, bei denen die Eltern genau wissen, sie geben ihr Kind zum Alten Postweg, und anschließend entscheiden sie dann, wohin das Kind weiter geht, aus meiner Sicht möglichst geschlossen. Aber das müssen sie nicht, sondern die Eltern haben selbstverständlich das Recht, danach zu sagen, nein, ich möchte mein Kind woanders hingeben, lieber in eine andere Gesamtschule, weil ich diese Gesamtschule vielleicht nicht so gern mag, oder ich gebe mein Kind nach der 6-jährigen Grundschule zum Gymnasium. Das will ich den Eltern doch nicht wegnehmen. Ich nehme ihnen das doch nicht ab, sondern ich lade sie ein zu dem Dialog.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte aber diesen Eltern garantieren, dass sie einen verlässlichen Partner bekommen, bei dem sie anschließend wissen, da können sie ihr Kind einschulen. Das ist, glaube ich, auch das, was die 3 Fraktionen hier eint: Die Verlässlichkeit zu sagen, dorthin kommt mein Kind! Deshalb bin ich - da habe ich eine andere Auffassung als Sie, Frau Stahmann - ganz enttäuscht darüber, dass mir das nicht gelungen ist, weil ich 2 Jahre lang nicht gehört habe, dass es dort enorme Schwierigkeiten gibt.

Wenn ich aber höre, dass irgendwo von einer Schule gesagt wird, dass Kinder nicht willkommen sind, die sich dort anmelden möchten, dann bin ich fuchsteufelswild und ganz traurig darüber, dass ich so etwas erfahren muss, dass Kinder in unseren Schulen nicht willkommen sind. Das geht nicht, das habe ich dieser Schulleitung auch unmissverständlich so gesagt.

(Beifall bei der SPD)

Glücklicherweise hat sich das mittlerweile entspannt, ich bin sehr dankbar, dass das Schulzentrum Schaumburger Straße gesagt hat, dass es gern bereit ist, diese Kinder aufzunehmen, und wenn ich das richtig verstanden habe, geht wohl eine komplette Klasse jetzt hinüber vom Alten Postweg von der 6-jährigen Grundschule zu der Schule in der Schaumburger Straße.

In der Tami-Oelfken-Schule habe ich nur Positives gehört in der Kooperation mit der integrierten Stadtteilschule In den Sandwehen. Da ist das voll geglückt zu sagen, hier halten wir die Kinder zusammen, wir haben starke Kinder, wir haben schwächere Kinder im System, und wir geben sie durch mit der Option, einen Hauptschulabschluss, einen Realschulabschluss oder einen gymnasialen Abschluss in einer gymnasialen Oberstufe zu machen.

An der Fischerhuder Straße bekomme ich mit Freude mit, dass man mit der Helgolander Straße sehr eng kooperiert, um auch hier eine sehr enge Kooperation zu gewährleisten. Bei der Grambker Heerstraße, eine Schule, die mich mit großer Freude erfüllt, sehe ich, dass genauso eng kooperiert wird. Das liegt an den Menschen, wenn sie sagen, wir wollen miteinander kooperieren. Es tut mir leid, Frau Stahmann, das muss man auch einmal sagen, alle die Punkte, die Sie inhaltlich genannt haben, unterschreibe ich Ihnen.

Der Lehreraustausch ist das, was richtig ist: Die Kommunikation über Lehrpläne, über die Inhalte, was macht ihr in Klassen 5 und 6? Wie ist es mit den Fremdsprachen, welche Fremdsprachen bieten wir in der 6. Klasse an? Wie ist da die Koope-

ration, geht ihr nach dem gleichem Lehrbuch oder mit den gleichen Lehrbüchern um? Das ist elementar wichtig! Wenn das gewährleistet ist, Herr Rohmeyer, dann haben die 6-jährigen Grundschulen auch eine Chance. Ich würde es jetzt hier nicht kaputt reden wollen, sondern ich würde sagen, das ist ein Versuch, lassen Sie uns das abwarten.

Man kann es auch im nächsten Jahr noch nicht sagen, ob es letztendlich fruchtet, wenn es dazu kommen sollte, mehr Kinder zu besseren Schulabschlüssen zu bringen. Diese Hoffnung habe ich nach wie vor. Wenn es uns gelingt, mehr Kinder, mehr Jugendliche zu besseren Bildungsabschlüssen zu bekommen, dann stehe ich nach wie vor hinter diesem Modellversuch. Wir sollten ihn dann nicht abwürgen, sondern wir sollten uns überlegen, wo wir gezielt besser kooperierend mehr Kindern diese Chancen geben sollten.

Sie haben das sehr deutlich gesagt, wir haben am 13. Mai ein wichtiges Datum in dieser Stadt, und dann werden wir sehen, wie wir nach der Wahl weiter dieses inhaltliche Problem in meinem oder in Ihrem Sinne weiter entscheiden. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 16/658 S, auf die Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU Kenntnis.

Leseförderung

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU

vom 13. Dezember 2006 (Drucksache 16/645 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 6. Februar 2007 (Drucksache 16/663 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Lemke.

Ich gehe davon aus, Herr Senator, dass Sie die Antwort nicht wiederholen möchten, sodass wir direkt in eine Aussprache eintreten. - Das ist der Fall!

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Hövelmann.

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lesen macht schlau, lesen schafft Freunde und mit Lesen entdeckt man die Welt.

(Abg. Frau Wargalla [Bündnis 90/Die Grünen]: Und hat Vorteile!)

Aber Besorgnis erregend ist, dass in Deutschland 23 Prozent der Schüler kaum richtig lesen können, das heißt, dass sie den Grundanforderungen, die das Lesen an sie stellt, nur teilweise entsprechen. Besorgnis erregend ist ferner, dass enorme Leistungsunterschiede zwischen den Schülern mit geringer Lesekompetenz und den Schülerinnen und Schülern, die das Lesen sehr gut gelernt haben, bestehen.

Besorgnis erregend ist der deutliche Zusammenhang vom potenziellen Leistungsvermögen und der sozialen Herkunft der Schülerinnen und Schüler, ein Problem, das uns in Bremen, Herr Senator Lemke hat das eben gesagt, in besonderer Weise auch in Zukunft beschäftigen muss. Besorgnis erregend ist die Tatsache, dass das Nicht-lesen-Können ein geschlechtsspezifisches Phänomen ist. Das heißt, dass Jungen von mangelnder Lesekompetenz weit mehr betroffen sind als Mädchen.

Diese Fakten, meinen Damen und Herren, sprechen für sich und werden bestätigt durch die Ergebnisse anderer einschlägiger Untersuchungen wie zum Beispiel der Studie "Leseverhalten in Deutschland im neuen Jahrtausend", 2001 von der Stiftung Lesen durchgeführt, oder von der Deutschen Forschungsgesellschaft gibt es eine Studie, die heißt ganz schön Muss-Lektüre versus, also gegen, Lust-Lektüre. Diese und andere Studien unterstützen diejenigen, die von einer Lesekrise sprechen beziehungsweise darauf hinweisen, dass die Lesekultur einem rapiden Verfall, zumindest einer dauerhaften Gefährdung ausgesetzt ist.

Das alles, meinen Damen und Herren, sind hinreichende Gründe, um sich mit der Leseförderung und ihren Bedingungen intensiver auseinanderzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Bildung fängt nicht erst in der Schule an, das wissen wir. In vielfältiger Weise gilt, wer eher liest, hat es später oft leichter, ganz egal ob in Schule, Beruf oder natürlich auch im Alltag. Lesen ist ein Grundhandwerkszeug, das als Schlüsselqualifikation für die weitere Bildung gilt. Es gilt nach wie

vor, dass die Lesekompetenz von Kindern und Jugendlichen, und zwar wirklich und immer noch, in Deutschland dramatisch nicht ausreichend entwickelt ist. So haben 25 Prozent aller deutschen 15-jährigen nur ganz bruchstückhafte Kenntnisse im Lesen und Schreiben und verstehen nur mit Mühe den Sinn von gelesenen Texten.

Meine Damen und Herren, jeder Vierte in ganz Deutschland versteht nicht, was da auf dem Papier ist. Die Ergebnisse der internationalen Pisa-Studie belegen, dass die Lesekompetenz von Kindern und Jugendlichen leider wirklich nicht ausreichend entwickelt ist. 45 Prozent der Jugendlichen in Deutschland bezeichnen sich als Kaum- oder Gar-nicht-Leser. 45 Prozent der Jugendlichen! Aus Schuleingangsuntersuchungen ist außerdem bekannt, dass über 20 Prozent der Schulanfängerinnen und Schulanfänger Sprachdefizite haben. Dies wirkt sich nicht nur verheerend auf den späteren Erwerb der Lesefähigkeit aus, sondern hat eine große Auswirkung auf die Lernfähigkeit insgesamt.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Leseförderung ist eine Schlüsselaufgabe an unseren Schulen, das ist mittlerweile auch bundesweit bekannt. Die sehr detaillierte Antwort des Senats, die wir heute diskutieren, macht deutlich, dass seit Jahren dieses wichtige zentrale Thema mit dem nötigen Nachdruck in den Schulen verfolgt worden ist. Lesen ist langsam wieder in. Es gibt an jeder Grundschule Leseclubs. Als die Pisa-Krise war, hatten wir, glaube ich, 21 Leseclubs. Innerhalb von einem Jahr haben wir durch einen Kraftakt an jede Grundschule einen Leseclub gebracht.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Thema ist richtig nach vorn gebracht worden.

Es gibt in jeder Grundschule Leseclubs, übrigens auch in Sekundarstufen-I-Schulen, überall sind mittlerweile, ich möchte das auch einmal persönlich sagen, endlich Schulbibliotheken im Aufbau.

(Beifall bei der SPD)

Die Unterrichtsstunden im Fach Deutsch sind in der 1. und in der 2. Klasse um eine Stunde erhöht worden, übrigens auch in Mathematik. Es gibt für jedes Kind einen Lesepass, und mit dem wirklich klasse interaktiven Lernförderprogramm "Antolin" wird allen Kindern der Zugang zum Buch erleichtert. Das ist auch dringend notwendig, denn Untersuchungen belegen die zentrale Bedeutung der Lesekompetenz. So wissen wir, dass Kinder aus einem Haushalt, in dem hundert Bücher und mehr

.

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

zur Verfügung stehen, mit hoher Wahrscheinlichkeit das Abitur machen werden.

In Haushalten ohne Bücher haben Kinder hingegen oft kaum die Chance auf einen Hauptschulabschluss. Deshalb begrüßt es die SPD-Fraktion ausdrücklich, dass in den letzten Jahren gerade in benachteiligten Gebieten Mittel bereitgestellt worden sind, um in Klassenräumen auch selbst Lesecken einzurichten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, auch die letzte Grundschuluntersuchung Vera hat deutlich gemacht, dass wir uns leider noch nicht bei unseren Bemühungen bei der Leseförderung zurücklehnen dürfen. Ich darf aus der Deputationsvorlage vom letzten Monat zitieren: "Die Mehrheit der Bremer Schülerinnen und Schüler kann wörtlich vorgegebene Detaileinformationen in einfachen Zusammenhängen auffinden und wiedergeben, auch wenn sie über den Text verteilt sind, auf der Basis von Einzelinformationen aus dem Text oder zugehörigen Bildern naheliegende Schlüsse ziehen und angeben, wie sie einzelne Stellen im Text verstehen. Zwei Drittel der Schülerinnen und Schüler beweisen dies im Bereich Sprache und Sprache verstehen, ein Untersuchungsfeld, das bei Vera jetzt 2006 zum ersten Mal überprüft worden ist."

Jetzt bitte ich Sie um Aufmerksamkeit! "Die Ergebnisse im Bereich Lesen weisen aber darauf hin, dass es immer noch vielen Kindern nicht ausreichend gelingt, Informationen aus verschiedenen Texten und Textteilen miteinander zu verknüpfen. Es fällt ihnen schwer, ihre Meinungen zu vorgegeben Aussagen schriftlich zu formulieren und zu begründen." Jetzt, meinen Damen und Herren, "dies betrifft fast die Hälfte aller Kinder. Viele Leseaufgaben" - ich zitiere immer noch -"wurden von den Schülerinnen und Schülern nicht bearbeitet, sodass nicht eindeutig beurteilt werden kann, was für die Schüler und Kinder wirklich problematisch war." Soweit das Zitat aus der letzten Deputationsvorlage, meine Damen und Herren, Frau Präsidentin!

Die Schulen wissen um diese Defizite und setzen individuelle Fördermaßnahmen ein. Besonders hervorheben möchte ich die schulinternen und schulübergreifenden Leseintensivkurse, mit denen wirklich sehr positive Erfahrungen, übrigens allen oder vielen Unkenrufen zum Trotz, gemacht werden. Grundschülerinnen und Grundschüler müssen allerdings vermutlich noch mehr Möglichkeiten bekommen, sich mit verschiedenen Textarten, nämlich Erzählungen, Beschreibungen, Tabellen, Diagrammen et cetera, zu befassen. Nur dann

lernen sie, zum Beispiel auch Textaufgaben in Mathematik oder naturwissenschaftliche Beschreibungen zu lesen und zu verstehen.

Ich komme jetzt zu den Eltern. Da ich nur noch 3 Minuten habe, möchte ich das knapp fassen, aber wir wissen alle, dass die Schule kein Reparaturbetrieb sein kann, wenn die Eltern abends nicht vorlesen, wenn die Eltern keine Bücher kaufen und vormachen, dass man lesen muss und nicht nur glotzen soll, dann hat die Schule ihre liebe Not, dort weiterzukommen.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt gute Erfahrungen mit kleinen Klassenbibliotheken, mit Leihbüchern, deren Lektüre von den Schülern selbst empfohlen und beurteilt wird. Es gibt so eine Beurteilung, ich würde dafür bezahlen, dass ich dieses Buch lesen darf, oder selbst wenn ich Geld bekommen würde, würde ich dieses Buch auf keinen Fall lesen. Das ist etwas, was die Kinder anspricht. Schulische Leseförderung setzt zwar im Unterricht an, sie wird aber entscheidend ergänzt und unterstützt durch ein umfassendes Bündel von Maßnahmen, die mit dem Ziel, Schulstruktur zu entwickeln, beschrieben werden können.

Ein Schulprogramm ist ein geeignetes Instrument, sich auch über die Fragen der Leseförderung Gedanken zu machen. Die kulturelle Atmosphäre an der Schule insgesamt bestimmt auch unser Verhältnis zur Schriftkultur. Es kommt also darauf an, auch eine lesefreudige Umgebung in der Schule einzurichten mit Bücherecken, themenbezogenen Medienboxen aus der örtlichen Bibliothek. Übrigens auch Autorenlesungen mit Schriftstellen oder anderen Personen gehören heute schon zum Alltag der Schulen. Am Donnerstagabend gehe ich in die integrierte Stadtteilschule Sandwehen, weil diese eine ganze Woche lang Projekte rund ums Lesen macht und mich freundlicherweise eingeladen hat. Es ist notwendig, solche Themen und Höhepunkte im Schulleben zu integrieren wie Lesenächte. Lesewettbewerbe. Lesefeste und Schreibwerkstätten.

Bei vielen Schulbesuchen, meine Damen und Herren und Frau Präsidentin, habe ich erleben dürfen, dass in der Schulkultur ein Wandel im Hinblick auf das Lesen eingetreten ist. So gibt es nicht nur die eben erwähnten Lesewochen, Lesenächte, Lesewettbewerbe, Projektwochen rund um das Lesen, sondern ehrenamtliche Lesebotschafter und ehrenamtliche Lesehelfer der Freiwilligenagentur. Dieser vielfältige positive Einsatz ist zu begrüßen, und ich hoffe, dass wir in den kommenden Untersuchungen damit dann auch positivere Ergebnisse bei der Lesekompetenz erhalten

werden. Es ist dringend notwendig. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Bensch.

Abg. Bensch (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, Leseförderung, das war eben schon herauszuhören bei den Beiträgen von Frau Hövelmann, ist eher eine Erfolgsstory, das können wir hier ganz deutlich sagen! Wir haben das Glas nicht mehr halb voll, es war sogar schon einmal weniger als nur halb voll. Wenn ich mir die Bildungspolitik der letzten Jahrzehnte ansehe, die Pisa-Ergebnisse, Iglu-Ergebnisse, Vera-Ergebnisse, sind wir jetzt so wirklich auf einem guten Weg, und das sage ich ganz selbstbewusst als CDU-Politiker, daran haben wir mitgewirkt. Unter unserer Regierungsmitbeteilung ist es dazu gekommen, dass es mit Bremen in der Bildungspolitik und auch beim Lesen weiter nach vorn geht. Das soll bedeuten, es kann ruhig so weitergehen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir nämlich über positive Politik sprechen, meine Damen und Herren, darauf können wir auch gemeinsam stolz sein, müssen wir dennoch noch einmal den Blick zurückwerfen. Es ist Fakt, und das haben Sie selbstkritisch auch schon bemerkt, die Ergebnisse waren so schlecht, man mag das nicht so gern sagen, man möchte ja auch Bremen eher stark reden, aber wenn ich über die Vergangenheit rede, über die längst erfolgten immer wieder zitierten Pisa-Ergebnisse, muss man feststellen, Bremen war auf dem hintersten Tabellenplatz. Wir sind dabei, von dort weit wegzukommen, nach oben zu stoßen. Das hat damit zu tun, dass wir hier gemeinsam oft gestritten haben über die richtigen Wege. Was das Lesen angeht, erhoffe ich mir, Frau Hövelmann hat das ganz deutlich gesagt, wie die derzeitigen Studienergebnisse aussehen, da muss noch jede Menge geschehen.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Wir haben 12 Jahre Große Koalition, Herr Bensch, das wollen wir auch nicht vergessen!)

Ja, selbstverständlich! Ich nehme Ihr Lob für die CDU auch entgegen. Einsicht ist nun einmal der erste Schritt zur Besserung, auch wenn es dem einen oder anderen Sozialdemokraten nicht leicht fällt, das haben wir vorhin bei der Strukturdebatte gesehen, führt aber diese Einsicht letztendlich zum Erfolg. Dann kommt auch die Besserung, und

die Besserung ist in Sicht, sie ist im Gange. Die aufgezeigten Defizite auch von Pisa haben ganz deutlich gezeigt, diese Defizite sind das Resultat des alten Schulsystems und waren Gott sei Dank nicht die Defizite der betroffenen Schülerinnen und Schüler. Zur Besserung gehört nämlich auch, dass wir jetzt keine Versuche der Gleichmacherei hier haben, sondern dass auch der Leistungsgedanke letztendlich sogar auch beim Lesen Einzug gehalten hat.

Meine Damen und Herren, die Mitteilung des Senats ist sehr umfangreich, und wenn wir uns in der Bildungspolitik in Bremen nachhaltig verbessern wollen, dann müssen wir eine Vielzahl von Maßnahmen ergreifen, das ist eben bildhaft dargestellt worden durch Frau Hövelmann, da müssen wir Tempo machen und schnell handeln. Die Koalition hat schnell gehandelt in den letzten Jahren. Beispielhaft möchte ich auch noch einmal wiederholen, wir haben wirklich überall an jeder Grundschule einen Leseclub. Das war vor Jahren nicht selbstverständlich, und wir haben sie auch, wie schon gesagt wurde, an den Schulen der Sekundarstufe I.

Meine Damen und Herren, die Senatsantwort ist deckungsgleich mit dem bildungspolitischem Ziel der CDU-Fraktion, wenn nämlich davon die Rede ist, den Kindern das Wissen, die Fähigkeiten und die Kompetenzen zu vermitteln, die sie einfach brauchen, um ihr Leben auch selbst in die Hand nehmen zu können, um dann später auch in Ausbildung, im Studium und im Berufsleben bestehen zu können. Dabei muss gelten, erstens, die Stärken müssen gefördert werden, und zweitens, den Schwächen muss entgegengewirkt werden.

Meine Damen und Herren, in der Senatsmitteilung ist eine Reihe von Maßnahmen aufgeführt, die alle in die richtige Richtung gehen. Neben der schon erwähnten flächendeckenden Einrichtung der Leseclubs gehören auch noch dazu die Lesewettbewerbe für die Grundschulen und das von Frau Hövelmann sozusagen als Motivationsschub bezeichnete Onlineportal "Antolin", wozu ich auch sehr viele positive Rückmeldungen bekomme, nicht nur direkt von meinem eigenen Kind. Alle diese Maßnahmen, meine Damen und Herren, tragen dazu bei, die Leseförderung voranzutreiben. Sie tragen dazu bei, dass Bremens Kinder nun endlich aufholen und bessere Chancen fürs Leben erhalten.

Lesekompetenz, und darin sind wir uns einig, ist und bleibt von zentraler Bedeutung für den schulischen und den beruflichen Erfolg. Umso mehr erfreut es uns als CDU-Fraktion ganz besonders, feststellen zu können, dass es nicht nur dem Bildungssenator gelungen ist, die Schulen, die Bildung und die Leseförderung voranzutreiben, sondern dass auch der von der CDU gestellte Kultursenator, wenn es auch nur ein kleiner Beitrag ist, einen Teil dazu beigetragen hat. Es ist nämlich gelungen, eine lebendige Kooperation mit der Stadtbibliothek zu initiieren. Mit Blickrichtung auf die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen möchte ich sagen, der Kultursenator hat es geschafft, aus dem einst vom Bündnis 90/Die Grünen favorisierten Eins-Plus-Vier-Konzept, was die Bibliotheken angeht, ein Eins-Plus-Vier-Plus-Zwei-Konzept zu verwirklichen, und ich glaube schon, darauf können wir alle gemeinsam hier im Haus stolz sein. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abg. Frau Wangenheim [SPD])

Anhand der vielen Zwischenrufe bemerke ich immer noch Ihre Nervosität, Frau Wangenheim. Ich bin der Meinung, wir sollten uns doch gemeinsam freuen, dass es mit der Leseförderung gut vorangeht. Ich bin ganz gespannt, ob Sie gleich noch einmal nach vorn gehen und vielleicht auch noch einmal ganz konstruktiv hier etwas sagen.

Meine Damen und Herren, es sind aber noch mehrere Fakten, die dazu beitragen, dass es der Leseförderung gut geht, denn es gehören die Vorkurse für Kinder mit Migrationshintergrund dazu und die Förderung von Kindern mit Lese- und Rechtschreibschwäche. Dies sind auch unverzichtbare Bestandteile für eine gelungene kulturelle und soziale Integration.

Meine Damen und Herren, als CDU-Fraktion haben wir auch selbst einen konkreten Beitrag dazu geleistet, dass es mit dem Lesen vorangeht. Damit wir auch ein Bewusstsein bei den Zielgruppen schaffen, sind wir losgezogen in die Regionen nach Bremerhaven, in die Bremer Innenstadt und nach Bremen-Nord, um dort Bücher zu spenden. Überall, wo wir waren und unsere neuen modernen Bücher übergeben konnten und durften, haben wir festgestellt, das ist sehr positiv aufgenommen worden, und auch dies gehört mit dazu, wenn wir Kinder und Schulen erreichen wollen und wenn wir Lehrerinnen und Lehrer weiter motivieren wollen.

Meine Damen und Herren, zusammenfassend stelle ich für die CDU-Fraktion fest, nach den Ergebnissen der Schulleistungsstudien Pisa und Iglu wurden eine Menge Maßnahmen eingeleitet, um bessere Ergebnisse zu erzielen, um den Kindern und Jugendlichen bessere Chancen zu ermöglichen. Die Senatsantwort, Herr Senator Lemke, hat sehr deutlich aufgezeigt, dass nach wie vor ein großer Handlungsbedarf gegeben ist und die

Förderung des Lesens schlechthin eine vordringliche Aufgabe der Bildungspolitik Bremens ist.

Herr Senator, die CDU-Fraktion erwartet, dass dieser richtig eingeschlagene Kurs konsequent fortgesetzt wird. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Jetzt kommen garantiert nur neue Sachen, Herr Bensch. Ein Lehrer hat mir einmal erzählt, als ich seine Klasse besucht hatte, dass er seine Schülerinnen und Schüler gebeten hatte, Lieblingsbücher mitzubringen, weil einige Kinder Probleme beim Vorlesen hatten. Er dachte, das wäre doch einmal ein guter Weg, sich dem Thema Lesen zu nähern und mit den Kindern über die Bücher ins Gespräch zu kommen. Am nächsten Tag stand ein 7-jähriger Junge vor ihm und hielt im schüchtern ein Buch entgegen und sagte, es sei das einzige Buch, was er zu Hause gefunden hat, und das war ein Telefonbuch.

Der Lehrer, der seit mehr als 25 Jahren im Schuldienst ist, war total platt an der Stelle, das hatte er noch nicht erlebt, ausschließen mochte er nicht, dass das noch bei anderen Kindern in Bremen vorkommt. Dies ist ein Beispiel dafür, nur um einmal deutlich zu machen, dass nicht alle Kinder viele Bücher besitzen.

In Finnland spenden die örtlichen Süßigkeitsfabriken Schokolade und Naschzeug für die Kindergärten und Schulen. Man muss sich also für Bremen vorstellen, Hachez oder Jacobs Suchard würde Container von Schokolade für die Schulen und Kindergärten zur Verfügung stellen, und einmal in der Woche kommt eine Lautsprecherdurchsage in der Schule: So, bitte jetzt die Lernsachen beiseite legen, die Sachen, an denen ihr gerade arbeitet, bitte, nehmt euch eure Schokolade, nehmt euer Lieblingsbuch und lest. Dann wird auf diesem Weg die Lesestunde eingeläutet. Wenn man dann sieht, wie alle Kinder leise vor sich hinknabbern und ihre Lieblingsbücher lesen, dann merkt man doch, dass Leseliebe auch durch den Magen gehen kann. Vielleicht ist das auch das Geheimnis des finnischen Erfolgs, dort wird eben gern gelesen!

Betritt man eine kanadische Schule, so geht man als Erstes durch die school library, die Schulbibliothek, die nicht nur topmodern ist und über bestens qualifiziertes Personal verfügt, sondern auch einen zentralen Stellenwert beim Lernen und im Unterricht einnimmt. Davon träumen wir noch, aber wir sind auf dem Weg, hier vieles zu erreichen. Momentan sind wir allerdings davon noch meilenweit entfernt. Der Junge mit dem Telefonbuch mag ein Einzelfall sein, aber vielleicht ist es eben doch keiner. Viele Kinder besitzen nur wenige Bücher. Ihre Eltern gehen mit ihnen nicht selbstverständlich in die Bücherei so wie wir, wie viele es von uns vielleicht tun.

Auf der anderen Seite gibt es Kinder, die ganz viele Bücher besitzen, die im Internet mehr zu Hause sind als ihre Eltern und ihren Eltern vorlesen, statt vorgelesen zu bekommen, und in dieser Spannweite bewegen wir uns im Augenblick auch in Bremen. Da haben wir eine ganz breite Palette. Frau Hövelmann hat darauf hingewiesen, wie viele Kinder nicht lesen können. Wir haben aber auch viele Kinder, die sich echt im Spitzenfeld tummeln und super vorlesen, super selbst Geschichten schreiben und ganz erfolgreich sind bei vielen Wettbewerben.

Lesen bedeutet, Vorstellungen und Wissen zu erweitern, es bereitet Vergnügen, regt die Phantasie an und fordert zur Auseinandersetzung mit der eigenen Persönlichkeit heraus. Es ermöglicht den Zugang zu den Erfahrungen und Gefühlswelten anderer und trägt zur Entwicklung eigener Persönlichkeit und Identität bei. Deshalb, finde ich, sind alle Initiativen, die das Lesen fördern, angefangen bei der Leselust bis hin zu privaten Bücherspenden, wichtig. Es ist auch wichtig, das Soziale beim Lesen anzuerkennen, das gemütliche Beisammensein, das Gemeinschaftliche, das miteinander Sprechen, das alles ist auch wichtig für das Lernen.

Leseförderung gehört nicht nur in die Grundschule, sondern auch in die weiterführenden Schulen ab Klasse 5 und aufwärts. Lesen muss immer wieder trainiert und gefördert werden, das haben wir bei den Schulleistungsstudien Iglu von Professor Bos auch noch einmal vorgetragen bekommen. Deswegen braucht wirklich jede Schule eine Schulbücherei. Das ist kein Luxus, sondern das ist notwenig, und wir brauchen Leseclubs nicht nur für die Grundschulen, sondern auch für die weiterführenden Schulen! Auch für die Berufsschulen wäre es toll, wenn wir solche Angebote hätten. Wir brauchen Leseangebote noch und nöcher!

Vorlesen ist für kleine Kinder und große Kinder wichtig, es fördert das soziale Lernen, aber wir brauchen auch Elternförderangebote, das ist hier schon angeklungen. Eltern sollten stärker als bisher über die Wichtigkeit von Büchern und über das Lesen informiert werden, und hier leistet das aus Kanada importierte Projekt von Professor Dr.

Petra Milhoffer von der Bremer Universität einen ganz sinnvollen Beitrag. Dieses Projekt nennt sich "Bremer Babybücher". Das beginnt damit, dass, wenn ein Kind im Krankenhaus geboren worden ist, die Eltern ein Bücherpaket für die Familie überreicht bekommen, schon für die Eltern zum Vorlesen oder für die kleinen Kinder, wenn sie anfangen können zu blättern.

Das sind Babybücher, das sind aber auch Kinderbücher, die für das 1. Lebensjahr gedacht sind. Das alles ist wichtig, und ich finde, man muss auch ein bisschen Geld in die Hand nehmen, um die Sockelfinanzierung sicherzustellen, daran hapert es im Augenblick noch, aber mit Drittmitteln wird man das allein auch für Bremen, auch bei sinkenden Geburtenzahlen, nicht decken können. Dieses Projekt finde ich richtig gut, und es sollte auch weiter gefördert werden. Wie gesagt, in Kanada ist es ein Riesenerfolg und fördert wissenschaftlich begleitet auch nachweislich das Vorlesen der Eltern.

Ich möchte noch einmal kurz darauf abheben, was aus meiner Sicht nach diesen ganzen Diskussionen aus den Schulleistungsstudien wichtig wäre für Bremen. Wenn wir uns die Ergebnisse genau ansehen, merken wir, dass Jungen und Mädchen ganz unterschiedliche Lesegewohnheiten haben und dass darauf auch eigentlich die Bildungsangebote und die Leseangebote in der Schule Rücksicht nehmen müssten. Es outen sich heute immer mehr Jugendliche als Leseverweigerer, und nach einer Untersuchung des Instituts für angewandte Kinder-Medien-Forschung lesen 55 Prozent aller Jungen im Alter zwischen 10 und 16 Jahren keine erzählende Literatur mehr, 55 Prozent!

Außerdem bieten für die meisten Jungen aller Altersgruppen Film-, Fernseh- und PC-Spiele höhere Erlebnisqualitäten als Bücher. Dies hat zur Folge, dass sich die Schule auf die unterschiedlichen Lesevoraussetzungen und -zugänge von Mädchen und Jungen einzustellen hat und dem im Unterricht konkret Rechnung tragen muss. Deswegen möchte ich hier für die Grünen vorschlagen, dass es sehr sinnvoll wäre, wenn wir in Bremen ein Konzept zur gezielten geschlechtsspezifischen Leseförderung an Bremer und auch Bremerhavener Schulen entwickeln würden.

Hier sollten aus meiner Sicht folgende Aspekte besondere Berücksichtigung finden: Erstens müssten Formen entwickelt werden in der Leseförderung, die den unterschiedlichen Voraussetzung von Jungen und Mädchen in den jeweiligen Alterstufen gerecht werden. Jungen interessieren also andere Themen, sie wollen oft über Fußball lesen, Mädchen manchmal auch, aber Jungen in-

teressieren sich für andere Sachbücher und andere Geschichten als Mädchen. Dem muss man auch im Unterricht Rechnung tragen.

Zweitens müssen Unterstützungsmaßnahmen entwickelt werden mit dem Ziel einer weitgehenden geschlechtermäßigen Angleichung der Anzahl von in den Schulen professionell Tätigen. Man muss auch sehen, dass man männliche Vorbilder hat. In den Grundschulen haben wir sehr viele Lehrerinnen, aber wenige Lehrer, und wir bräuchten einfach auch mehr Männer. Die Bremer Freiwilligenagentur schickt viele Männer schon als Vorleser in die Grundschulen, aber auch daran muss man arbeiten, dass nicht nur Mütter vorlesen, sondern dass auch Väter lesen. Vieles funktioniert eben doch über die Vorbilder an dieser Stelle.

Das wäre eine Anregung bei einer weiteren Lesestrategie für die Stadt Bremen. Ich wollte noch einmal sagen, Herr Bensch, Sie haben gesagt, die CDU ist herumgegangen und hat Bücher gestiftet, das ist eine super Aktion, aber die Bremer Leselust, die auch hier aus diesem Haus unterstützt wird, hat schon 40.000 Euro eingeworben, Geld, was direkt den Bremer Schulen zur Verfügung gestellt wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Die Skulptur der Grünen ist leider gestohlen worden. Jedenfalls haben wir nur den Sockel, und wir sind immer noch auf der Suche, und sachdienliche Hinweise belohnen wir bestimmt ausgiebig mit Schokolade und Streicheleinheiten. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat Herr Senator Lemke.

Senator Lemke: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist eine sehr schöne Debatte, deswegen auch für den Bildungssenator auch so schön, weil wir wirklich nachweisen können, dass wir in den letzten Jahren hier ganz viel auf den Weg gebracht haben.

(Präsident Weber übernimmt wieder den Vorsitz.)

Ich bin hundertprozentig sicher, dass sich das letztendlich auch auswirken wird auf die Entwicklung der Schülerinnen und Schüler, die daran teilgenommen haben. Ich habe eben einmal nachgezählt, es waren 17 verschiedene Punkte, die früher nicht an unseren Schulen durchgeführt wur-

den, die wir in den letzen Jahren aber eingeführt haben.

Ich bin sehr dankbar, weil es nicht nur ausschließlich schulische Aktivitäten sind, so wie das in den drei Debattenbeiträgen deutlich geworden ist. Es haben sich ganz viele Menschen aus unterschiedlichen Bereichen, das war nicht nur die CDU-Fraktion, sondern es waren viele, viele Menschen, ehrenamtlich bereitgestellt und gesagt, das ist etwas sehr Vernünftiges, da machen wir mit im Interesse einer Verbesserung der Situation, speziell an unseren Grundschulen.

(Beifall bei der SPD)

Ich fand eben auch diese kleine Geschichte sehr zielführend, die Sie vorgetragen haben, Frau Stahmann, mit den Lieblingsbüchern. Ich würde gern auf die Schokolade verzichten, das ist nicht so sinnvoll. Der Aspekt, der dahinter steht, der pädagogische Aspekt, war völlig richtig. Das habe ich, Entschuldigung, Herr Rohmeyer, in Finnland erlebt, als in einer Klasse völlig unterschiedliche Lektüren auf dem Tisch lagen. In einer Finnisch-Stunde gab es ganz unterschiedliche Lektüren. Ich sah einem kleinen Jungen über die Schulter und der hatte ein Jahrbuch des finnischen Eishockeyverbandes vorliegen. Da sagte ich, es kann doch nicht angehen, dass du jetzt hier so das Eishockeyheft liest, wo nebenbei ein Mädchen oder ein Junge Harry Potter las. Dann sagte mir der Lehrer, doch, doch, das ist ganz ausdrücklich gewollt, die Kinder lesen das, was sie interessiert, wo sie neugierig sind, womit sie sich identifizieren.

Das fand ich absolut vorbildhaft zu sagen, wir wollen die Kinder erreichen und nicht langweilen. Wenn eine Junge oder ein Mädchen nun absolut keinen Harry Potter lesen möchte, sondern sich lieber mit einer anderen Lektüre auseinandersetzt, und wenn das Gegenstand des Unterrichts ist, das finde ich absolut zielführend.

Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, da ich der Debatte eben sehr konzentriert zugehört habe, wir kommen nicht daran vorbei, erstens festzustellen, dass wir eine Menge getan haben. Es ist auch schön, dass wir sagen, das sind alles Punkte und Maßnahmen, die wir gut auf den Weg gebracht haben. Aber es ist genauso deutlich geworden, wir dürfen nicht aufhören nachzulegen. Warum nicht?

Die Ausgangssituation in unseren Familien ist in den letzten 8 Jahren, das kann ich sehr gut beurteilen, nicht besser geworden. Ich habe gedacht, in 8 Jahren kann ich das auf einen vernünftigen Weg bringen, du bekommst die Ansprache der Eltern, du bekommst die Schulen voll mit auf deinen Weg. Das ist zum Teil gelungen, aber gleichzeitig, wenn Sie das nüchtern und objektiv ansehen, was in den Familien in der Zeit passiert ist, ist das nicht dementsprechend besser geworden, sondern meine Informationen aus vielen Besuchen gerade in den Grundschulen sind, das ist sicherlich deckungsgleich mit Ihren Erfahrungen, dass viele Eltern es nicht mehr hinbekommen, ihre Kinder auf die Grundschule vorzubereiten.

Wir haben leider nicht das verpflichtende Kindergartenjahr vor der Einschulung. Wir erleben, dass immer mehr Kinder ganz schlecht vorbereitet in die Grundschule kommen. Das geht los mit den elementarsten Problemen bei den Toilettengängen, was bei uns früher eine Selbstverständlichkeit gewesen ist. Heute bekomme ich dramatische Eindrücke von entsprechenden Klassenlehrerinnen und Klassenlehrern der 1. und 2. Klassen, die sagen, mein Gott, wie kommen die Kinder in die Grundschule zu uns, und welche Aufgaben haben dann die Lehrkräfte in der Grundschule.

Das muss uns klarmachen, wir dürfen nicht aufhören und sagen, jetzt haben wir die 17 Punkte angeschoben, und das reicht jetzt, sondern wir müssen dringend dafür sorgen, das gilt auch als Auftrag für die nächste Legislaturperiode, dass wir zum Beispiel mehr Ganztagsangebote einrichten müssen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist eine ganz dringende Forderung und Konsequenz dessen, was wir sehen, wenn wir erkennen, dass es viele Elternhäuser gibt, die nicht mehr in der Lage sind, ihre Kinder auf den Weg zu bringen, dass sie vorbereitet werden auf das Leben, auf den Beruf nach einer abgeschlossenen schulischen Ausbildung. Das ist für mich ein sehr wichtiger Bereich, denn Sie müssen wissen, die Kinder haben ein derartiges Angebot, was auf sie zukommt, wenn sie nach Hause kommen. Häufig sind sie dann nicht in einer behüteten Familie, wo darauf geachtet wird, dass sie entsprechend Vokabeln lernen und Schularbeiten machen, sondern da wird die Glotze angestellt.

Erlauben Sie mir auch noch einmal ein Beispiel! Ich war neulich bei einer wunderbaren Einweihungsfeier Auf den Heuen. Für die örtlichen Abgeordneten, die nicht dabei sein konnten, empfehle ich, gehen Sie dringend einmal in diese völlig neu renovierte Grundschule, sie ist in den Fünfzigerjahren entstanden, gehen Sie da jetzt einmal hinein! Es ist sensationell, wie sich diese Schule von der räumlicher Struktur auch inhaltlich auf ei-

nen ganz tollen Weg begibt und das in einem Stadtteil, der unendlich schwierig ist.

Die Population dort in Oslebshausen an dieser Grundschule ist ganz schwierig. Es ist für mich eine große Freude gewesen, dort diese Räume zu übergeben. Ich sagte aber dort zu den Grundschülern: Ich habe von einem Schüler Folgendes gehört, ein ganz trauriges Schicksal. Er hatte seine Eltern gefragt, ob er auf die Klassenreise mitfahren darf. Die Eltern haben gesagt, du willst doch unbedingt deine Playstation haben, du kannst nicht beides haben! Jetzt musst du dich entscheiden, nimmst du die Playstation oder gehst du auf die Klassenreise mit. Dieser Junge ist dann nicht mit auf die Klassenreise gegangen, sondern er hat eine Playstation bekommen.

Das hatte ich so gesagt vor diesen vielen einhundert, zweihundert Kindern Auf den Heuen, und ich merkte an der Reaktion der Kinder, dass sie die Schülerentscheidung voll cool und richtig fanden. Das hat mich natürlich ganz traurig gemacht.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Playstation wollen alle!)

Das ist natürlich traurig, wenn wir diese Situation erkennen und sagen, was ist das für eine Werteverfall. Für uns Erwachsene ist es doch zehnmal wichtiger, den Kindern, den Jugendliche zu sagen, ihr müsst unbedingt auf die Klassenreise mitgehen, und eure Eltern dürften euch niemals diese Frage stellen: Wollt ihr eine Playstation, oder wollt ihr mit auf die Klassenfahrt? Das ist doch gar keine Frage, wo wir dort als Bildungspolitiker stehen. Das finde ich ganz dramatisch, und das geht natürlich auch in die Richtung, welche Angebote haben unsere Jugendlichen am Nachmittag.

Den Kindern zu sagen, nein, nein, ihr geht in die Ganztagsschule, ihr habt dort eure Angebote im musischem Bereich, in der Leseförderung selbstverständlich, euch wird, sofern ihr klein seid, vorgelesen, sofern ihr größer seid, lest ihr euren Klassenkameraden oder auch gern in der 1. und 2. Klasse vor, dieses Angebot, wofür wir auch bundesweit ganz bekannt sind, dass wir die Ganztagsangebote enorm nach vorn gebracht haben. müssen wir unbedingt in der nächsten Legislaturperiode trotz aller Haushaltnöte mit einer Priorität versehen. Es ist unglaublich wichtig, gerade in den benachteiligten Stadtteilen, dass wir den Kindern ein Ganztagsangebot geben, um sie nicht an der Playstation zu halten, um sie nicht vor der Glotze sitzen zu lassen, sondern sie über eine gezielte Leseförderung stark zu machen für einen guten Schulabschluss. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU Kenntnis.

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 57 vom 30. Januar 2007

(Drucksache 16/661 S)

Wir verbinden hiermit:

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 58 vom 13. Februar 2007

(Drucksache 16/664 S)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Ortsgesetz zur Änderung der Nutzungs- und Gebührenordnung für Übergangswohneinrichtungen der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 6. Februar 2007 (Drucksache 16/662 S)

Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz zur Änderung der Nutzungsund Gebührenordnung für Übergangswohneinrichtungen beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Damit wären wir zum Ende unserer heutigen Tagesordnung gekommen. Ich bedanke mich und schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 17.41 Uhr)